

Al

(Ausgegeben am 12. Juli 1990)

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

1. Sitzung

Hannover, den 21. Juni 1990

Inhalt:

| | | | |
|---|-------|--|----|
| Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten | 1 | Gansäuer (CDU) | 10 |
| Alterspräsident Schneider (Sibbesse) .. | 1 | <i>Beschluß</i> | 12 |
| Feststellung der Beschlußfähigkeit durch Namensaufruf | 3 | Wahl der Vizepräsidenten und Schriftführer | 12 |
| Mitteilung über die Bildung der Fraktionen | 5 | Feststellung der Konstituierung des Landtages der Zwölften Wahlperiode | 13 |
| Beschlußfassung über die Tagesordnung .. | 5 | Mitteilung über den Rücktritt des Ministerpräsidenten | 13 |
| Wahl des Landtagspräsidenten | 6 | Wahl des Ministerpräsidenten | 13 |
| Amtsübernahme durch den gewählten Landtagspräsidenten | 6 | Schröder, Ministerpräsident | 16 |
| Präsident Milde | 6 | Bestätigung der Landesregierung | 16 |
| Geschäftsordnung für den Landtag der 12. Wahlperiode — Drs 12/1 — Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der Grünen — Drs 12/3 — Änderungsantrag der Fraktion der FDP — Drs 12/6 .. | 8 | Vereidigung der Landesregierung | 17 |
| Waike (SPD) | 8 | Erste und zweite Beratung: | |
| Hildebrandt (FDP) | 9, 11 | Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik — Antrag der Fraktion der FDP — Drs 12/2 | |
| Kempmann (Grüne) | 10 | | |

Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik — Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen — Drs 12/5 .. 19

Hildebrandt (FDP) 19, 38

Bruns (SPD) 22, 37, 42

Frau Dr. Dückert (Grüne) 26, 39

Gansäuer (CDU) 29, 37

Hirche (FDP) 32, 42

Schröder,
Ministerpräsident 42

Beschluß 39

Erste Beratung:

a) Entwurf eines Vorschaltgesetzes für ein Niedersächsisches Gesetz über Lernmittelfreiheit (NLFr-VorschaltG) — Gesetzent-

wurf der Fraktionen der SPD und der Grünen — Drs 12/4 — Änderungsantrag der Fraktion der CDU — Drs 12/9

b) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Lernmittelhilfe — Gesetzentwurf der Fraktion der FDP — Drs 12/8 42

Schneider (Salzgitter) (SPD) 42

Goldmann (FDP) 44

Klare (CDU) 45

Puls (Grüne) 48

Wallraff (SPD) 50

Wernstedt,
Kultusminister 51

Ausschußüberweisung 52

Nächste Sitzung 52

Vom Präsidium:

Präsident Milde (SPD)
Vizepräsident Dr. Blanke (CDU)
Vizepräsidentin Goede (SPD)
Vizepräsident Remmers (CDU)
Vizepräsidentin Herrmann (Grüne)
Vizepräsident Rehkopf (FDP)

Schriftführerin Lau (SPD)
Schriftführerin Lübben (SPD)
Schriftführer Mientus (SPD)
Schriftführer Rettig (SPD)
Schriftführer Puls (Grüne)
Schriftführer Brunkhorst (CDU)
Schriftführerin Pawelski (CDU)
Schriftführer Reinemann (CDU)
Schriftführerin Stoll (CDU)

Auf der Regierungsbank:

(Nach der Bestätigung der Landesregierung)

Ministerpräsident
Schröder (SPD)

Innenminister
Glogowski (SPD)

Finanzminister
Swieter (SPD)

Sozialminister
Hiller (SPD)

Kultusminister
Wernstedt (SPD)

Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Dr. Fischer (SPD)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Funke (SPD)

Justizministerin
Alm-Merk (SPD)

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten
Trittin (Grüne)

Ministerin für Wissenschaft und Kunst
Schuchardt

Umweltministerin
Griefahn

Frauenministerin
Schoppe (Grüne)

Beginn: 11.06 Uhr.

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten

Alterspräsident Schneider (Sibbesse):

Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zur konstituierenden Sitzung des Niedersächsischen Landtages der 12. Wahlperiode heiße ich Sie alle herzlich willkommen.

Nach parlamentarischem Brauch leitet der oder die älteste Abgeordnete die erste Sitzung des neugewählten Landtags bis zur Wahl des Präsidenten.

Ich bin Hellmut Schneider aus Sibbesse, Ortsteil Hönze, über den Landeswahlvorschlag der CDU gewählter Abgeordneter dieses Landtages. Ich wurde am 22. April 1923 geboren.

(Bruns (Emden) [SPD]: Hast dich gut gehalten!)

— Danke sehr. — Ich frage, ob sich unter den gewählten Abgeordneten jemand befindet, die oder der älter ist als ich.

(Gansäuer [CDU]: Das ist nicht der Fall!)

Das ist anscheinend nicht der Fall.

Ich eröffne daher hiermit die erste Plenarsitzung des neugewählten Landtags und begrüße auch alle Gäste, die der Sitzung von der Tribüne aus beiwohnen. Sie sind bei uns herzlich willkommen.

(Beifall.)

Als erstes habe ich eine für den weiteren Ablauf wesentliche Verfahrensfrage zu klären. Die Geschäftsordnung des vorhergehenden Landtages ist nicht mehr in Kraft. Bis zur Entscheidung über eine Geschäftsordnung für den Landtag der 12. Wahlperiode ist unser Verfahren daher noch ungeregelt, soweit nicht die Verfassung Vorschriften enthält. Es hat sich aber für die vor der Entscheidung über die Geschäftsordnung liegenden Punkte der Tagesordnung durch die Praxis ein parlamentarisches Gewohnheitsrecht gebildet, das auch in der Geschäftsordnung des vorigen Landtages Niederschlag gefunden hat. Wenn sich kein Widerspruch ergibt, werden wir für die Punkte daher die entsprechenden Vorschriften der Geschäftsordnung des Landtages der 11. Wahlperiode anwenden. Das sind die §§ 2, 68 und 79. — Ich höre keinen Widerspruch; dann kann so verfahren werden.

(Bruns [SPD]: Das ändert sich aber noch!)

Im übrigen gilt Artikel 9 Abs. 2 Satz 1 der Verfassung, wonach der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschließt, wenn die Verfassung nichts anderes bestimmt.

Es ist notwendig, aus der Mitte des Hauses zwei Abgeordnete aufzurufen, die bis zur Wahl des Präsidenten mit mir gemeinsam den Sitzungsvorstand bilden. Als vorläufige Schriftführer werden vom Alterspräsidenten üblicherweise die jüngste und der jüngste Abgeordnete benannt. Dies sind in diesem Landtag die Abgeordnete Frau Andrea Hoops von den Grünen, geboren am 19. Oktober 1961, und der Abgeordnete Sigmar Gabriel von der SPD, geboren am 12. September 1959. Ich frage beide, ob sie bereit sind, dieses vorläufige Amt zu übernehmen.

(Frau Hoops [Grüne]: Ja! — Gabriel [SPD]: Ja!)

— Ich höre keinen Widerspruch; dann darf ich Sie bitten, an meiner linken und rechten Seite Platz zu nehmen.

(Die beiden Schriftführer nehmen ihre Plätze am Präsidententisch ein.)

Ich danke Ihnen beiden, daß Sie dieses vorübergehende Amt angenommen haben, und stelle nun fest, daß das Präsidium vollzählig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind vom Volk des Landes Niedersachsen in dieses Parlament entsandt worden, um als seine Vertreter in den nächsten vier Jahren die Geschicke dieses Landes als Staatsorgan der Legislative und der parlamentarischen Kontrolle zu lenken zum Wohle und im wohlverstandenen Interesse für seine Bürgerinnen und Bürger. Unsere Aufgabe endet aber in der heutigen Zeit nicht mehr, wie das früher üblich war, an den Landesgrenzen. Wir sind auch aufgerufen, an der Einheit Deutschlands, am großen europäischen Haus sowie an Frieden und Freiheit in der Welt im Rahmen der uns gegebenen Möglichkeiten mitzuwirken. Ich komme darauf noch zurück.

Ich möchte an dieser Stelle feststellen, daß die Landesparlamente der Bundesrepublik nach wie vor ihre Bedeutung und ihre Berechtigung haben. Sie haben darüber hinaus ein weites Arbeitsfeld wahrzunehmen. Zwar haben sich die Aufgaben in den zurückliegenden Jahren gewandelt; die Tätigkeit der Landesparlamente ist aber nicht geringer geworden. Das zeigt auch die Bilanz, die der scheidende Herr Landtagspräsident für die 11. Wahlperiode vorgelegt hat. Daraus ergibt sich, daß wir die Nachfolge eines fleißigen Landtags antreten, meine Damen und Herren. Ich meine deshalb, daß wir zunächst ein Wort des

Alterspräsident Schneider (Sibbesse)

Dankes an die Abgeordneten des vorigen Landtags richten sollten.

(Beifall im ganzen Hause.)

Wegen des Fortfalls der letzten vorgesehenen Plenarsitzung konnte es nicht mehr zu einer öffentlichen Würdigung ihrer Arbeit kommen.

Dieser Dank gilt auch der bisherigen Regierungsmannschaft mit unserem Ministerpräsidenten Dr. Ernst Albrecht an der Spitze.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Beifall bei der SPD.)

Viele der Kolleginnen und Kollegen aus der 11. Wahlperiode haben wieder ein Landtagsmandat errungen. Für 55 Abgeordnete bedeutet aber der Ablauf der 11. Wahlperiode das endgültige oder vorläufige Ende ihrer Tätigkeit im Landesparlament, dem sie zum Teil viele Jahre angehört haben. Stellvertretend für alle Ausgeschiedenen möchte ich meinen Vorgänger im Amt des Alterspräsidenten, Herrn Klaus-Peter Bruns, nennen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD. — Beifall bei der CDU, bei der FDP und bei den Grünen.)

Er gehörte dem Landtag von 1963 bis jetzt an und hat in den Jahren 1970 bis 1976 auch Regierungsverantwortung als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten getragen. Mit großem Engagement, viel Temperament, aber mit Aufrichtigkeit, Sachlichkeit und Fairneß gegenüber den politischen Gegnern hat er sich für die Belange des Landes Niedersachsen und seiner Bürger im Sinne seiner politischen Vorstellungen eingesetzt. Allen neuen Abgeordneten kann er Vorbild als guter Parlamentarier und Demokrat sein.

(Beifall im ganzen Hause.)

Da wir uns — das darf ich zwischendurch sagen — schon eine sehr lange Zeit gut kennen, Herr Bruns, kann ich das auch mit voller Überzeugung zum Ausdruck bringen.

Ihm und allen, die mit ihm ausgeschieden sind, gilt unser besonderer Dank für die hier geleistete Arbeit, für ihren Einsatz in den Wahlkreisen, für viele zusätzlich übernommene Aufgaben zum Wohle und im Interesse unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir wünschen ihnen für die Zukunft alles Gute, Gesundheit, Zufriedenheit, Glück und, wenn sie noch beruflich oder kommunalpolitisch tätig sein werden, viel Erfolg für ihr zukünftiges Wirken.

Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Landtagswahl am 13. Mai dieses Jahres hat die Mehrheiten in diesem Parlament geändert. Eine

neue Koalition hat sich gebildet, in deren Programm einschneidende Veränderungen gegenüber der bisherigen Landtagspolitik vorgesehen sind. Die Umsetzung dieser Pläne wird sicherlich viele heftige Debatten in diesem Hause bringen. Mein Wunsch ist es, daß auch in diesen Fällen sachlich und ohne persönliche Diffamierung der politischen Gegner diskutiert wird. Auch scharfe Auseinandersetzungen, meine Damen und Herren, sollten so geführt werden, daß sich die Kontrahenten danach noch versöhnlich ins Auge schauen können.

In diese Wahlperiode, die bis Juni 1994 dauert, werden zwei Ereignisse von historischer Bedeutung fallen. Das eine ist die Wiederherstellung der deutschen Einheit, das andere der Beginn des gemeinsamen Marktes in den Europäischen Gemeinschaften. Vor vier Jahren hat der damalige Alterspräsident Bruns an dieser Stelle folgendes gesagt — ich zitiere —:

„Zur Friedenssicherung und Versöhnung mit den Nachbarländern braucht nicht der Verzicht auf die Wiedervereinigung zu gehören. Wenn wir es schaffen sollten, das Mißtrauen abzubauen und eine umfassende Abrüstung zu erreichen, wenn dann die Grenzen zwischen uns und unseren östlichen Nachbarn ebenso durchlässig und friedlich sein werden wie die zwischen uns und unseren westlichen Nachbarn, dann kann es zu einer Einheit kommen, die niemanden bedroht.“

Damals hat niemand gedacht, daß sich diese Gedanken so schnell in Realitäten verwandeln würden. Die Revolution unserer Landsleute in der DDR und die Veränderungen in Osteuropa haben diesen Wandel möglich gemacht. Es wird nun auch an uns liegen, die noch kommenden Probleme und Schwierigkeiten zu bewältigen und die deutsche Einheit in einem gemeinsamen Europa zu erreichen. Ich wünsche uns Einsicht, den Willen und auch die Kraft dazu.

(Beifall im ganzen Hause.)

Ein wichtiger Bestandteil dieses friedlichen Umbaus in Europa wird die Aussöhnung zwischen Deutschland und Polen sein. Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir dazu ein persönliches Wort. Ich selbst bin mit meiner Familie 1946 aus Schlesien vertrieben worden. Seit langen Jahren arbeite ich neben meiner kommunalpolitischen Tätigkeit für die Vertriebenen. In der 4. Wahlperiode von 1959 bis 1963 gehörte ich dem Niedersächsischen Landtag als Vertreter des Gesamtdeutschen Block BHE an. Seit jungen Jahren bis

jetzt haben mich das durch die Vertreibung von Millionen Deutschen verursachte Leid und die vielen Nöte und Probleme beschäftigt.

Die Vereinigungsbestrebungen der beiden Teile Deutschlands stellen unsere Politiker vor sehr schwierige Entscheidungen. Nach Meinung der Alliierten scheint es notwendig zu sein, um ein friedliches und ausgesöhntes Verhältnis zu unseren polnischen Nachbarn, ja, um ein gedeihliches Zusammenwachsen aller Staaten zu erreichen, die Nachkriegsgrenzen endgültig anzuerkennen.

(Kempmann [Grüne]: Nach unserer Meinung auch!)

Sie verlangen von uns für Ihre Zustimmung zur Vereinigung der beiden Teile Deutschlands, daß die hierfür zuständigen Gremien eine verbindliche Erklärung abgeben.

(Kempmann [Grüne]: Das wollen wir auch!)

Dies hat zur Folge, daß der Bundestag und die Volkskammer der DDR in einer gemeinsamen Erklärung die polnische Westgrenze garantieren und damit einen Strich unter dieses traurige Kapitel der Nachkriegsgeschichte ziehen.

(Beifall. — Zuruf von den Grünen: Das hat ja auch lange gedauert!)

Parallel hierzu sehen wir die erfreulichen Veränderungen in der DDR und in anderen früheren kommunistischen Staaten, die es den Flüchtlingen und Übersiedlern ermöglichen, in freier Entscheidung in ihre Heimat zurückzukehren. Diese Möglichkeit haben die Vertriebenen aus dem Ostgebiet nicht mehr.

(Kempmann [Grüne]: Was heißt hier „Ostgebiet“? — Bruns [SPD]: Nun laß ihn doch!)

Sie wird ihnen durch diese Vereinbarung genommen. Sicher sind die meisten von ihnen hier inzwischen voll integriert und hätten nur teilweise noch die Absicht, zurückzukehren. Für viele aber, insbesondere für die älteren, bedeutet dies ein endgültiges Abschreiben der Heimat. Zumindest für die dadurch gegebene Wehmut und Trauer sollten insbesondere wir hier in diesem Hause für diese Menschen Verständnis zeigen.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen der FDP.)

Es sollte auch möglich seien, erlittenes Unrecht, das ja nicht persönlich verschuldet wurde, wiedergutzumachen. Darüber hinaus sollten wir nicht vergessen, den in den östlichen Ländern verbliebenen Deutschen das Leben wieder lebenswerter

mitgestalten zu helfen. Hier geht es insbesondere um die Volksgruppenrechte, um die Wiedereinführung von deutschsprachigen Gottesdiensten in den Kirchen und die Schaffung von deutschen Schulen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns nun mit Mut und Zuversicht in die Zukunft sehen. Dem Landtag der 12. Wahlperiode wünsche ich ein erfolgreiches Wirken in Frieden und Freiheit zum Wohle aller Menschen in unserem Lande und darüber hinaus zum Nutzen für Natur und Umwelt. In diesem Sinne sollten wir ans Werk gehen.

Wir kommen jetzt zur

Feststellung der Beschlußfähigkeit durch Namensaufruf.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Hoops, die Namen der Abgeordneten des Landtages der 12. Wahlperiode aufzurufen. Sie, meine Damen und Herren, bitte ich, nach dem Aufruf Ihres Namens aufzustehen und mit „hier“ zu antworten.

(Zuruf: Das haben wir noch nie gemacht! — Weitere Zurufe.)

— Wir wollen das parlamentarisch so machen, wie das bisher üblich war. Ich sehe nichts Besonderes daran, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe.)

— Meine Damen und Herren, ich freue mich über Ihr Lächeln. Aber mein Wunsch war es — ich halte das nach wie vor für richtig —, daß wir uns durch die Namensnennung und das Aufstehen kennenlernen und uns auch dadurch schon ein bißchen näherkommen.

(Heiterkeit und Beifall.)

Ich bitte die Frau Kollegin, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Schriftführerin Frau Hoops verliest die Namen der Abgeordneten:)

Adam
Aller
Frau Alm-Merk
Auditor
Frau Auerbach
Augustin
Backhauf
Bartling
Beckmann
Biel
Biermann
Dr. Blanke
Böhlke
Boekhoff

Bontjer
von Borstel
Graf von Bothmer
Brauns
von Bredow
Frau Breuel
Briese
Brunkhorst
Bruns
Frau Bührmann
Dr. Cassens
Collmann
Deike
Frau Detert-Weber
Dierkes
Döting
Döscher
Dr. Domröse
Dorka
Frau Dr. Dückert
Dr. Eilers
Endlein
Dr. Engstler
Eveslage
Fasold
Fischer
Fuchshuber
Funke
Gabriel
Gansäuer
Glogowski
Frau Goede
Goldmann
Grill
Groth
Gruber
Frau Hammelstein
Frau Hartwig
Haselbacher
Hasselmann
von der Heide
Heineking
Heinemann
Herbst
Frau Herrmann
Hildebrandt
Hintrichs
Hirche
von Hofe
Frau Hoops
Horrnann
Dr. Hruska
Inselmann
Isernhagen
Jahn
Jansen

Jordan
Jürgens
Jüttner
Kempmann
Kethorn
Kirschner
Klare
Frau Knoblich
Köneke
Kohlenbach
Kopischke
Frau Kopp
Krapp
Frau Kruse
Küpker
Kuhlmann
Frau Lau
Frau Lemmermann
Frau Lenke
Lindhorst
Frau Lübben
Dr. Martens
Mientus
Milde
Möhrmann
Möllring
Mühe
Frau Müller
Müller
Nolting
Ontijd
Oppermann
Ottens
Patzschke
Frau Pawelski
Plaue
Pörtner
Puls
Rabe
Reckmann
Rehkopf
Reinemann
Remmers
Dr. Remmers
Rettig
Rippich
Dr. Ritz
Röhrs
Ronsöhr
Schack
Schirmbeck
Frau Schliepack
Schmalstieg
Dr. Schneider (Isernhagen)
Schneider (Sibbesse)
Schneider (Salzgitter)

Frau Dr. Schole
Schröder
Schultze
Schuricht
Schurreit
Schwarz
Frau Seeler
Sehrt
Senff
Frau Stiller
Stock
Frau Stoll
Dr. Stratmann
Swieter
Frau Tewes
Theilen
Thielke
Frau Tönsing
Frau Vockert
Frau Vogelsang
Waike
Wallraff
Freiherr von Wangenheim
Wernstedt
Frau Wiegel
Wiesensee
Wilken
Wolter
Frau Zachow

Meine Damen und Herren, es sind 155 Abgeordnete in den Niedersächsischen Landtag der 12. Wahlperiode gewählt worden. Durch Namensaufruf wurde festgestellt, daß auch 155 Abgeordnete anwesend sind. Damit ist der Landtag beschlußfähig.

Mitteilung über die Bildung der Fraktionen

Nunmehr kann ich Ihnen mitteilen, daß sich im Landtag der 12. Wahlperiode vier Fraktionen konstituiert haben: die SPD-Fraktion mit 71 Mitgliedern, die CDU-Fraktion mit 67 Mitgliedern, die FDP-Fraktion mit neun Mitgliedern und die Grüne-Fraktion mit acht Mitgliedern. Die SPD-Fraktion und die Grüne-Fraktion haben eine Zählgemeinschaft gebildet.

(Ah! bei der CDU und bei der FDP. — Heiterkeit. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Beschlußfassung über die Tagesordnung

Meine Damen und Herren, der Präsident des Landtages der 11. Wahlperiode hat für die erste Sitzung der 12. Wahlperiode eine Tagesordnung vorgeschlagen, die Ihnen mit der Einladung zugegangen ist. Diese Tagesordnung liegt Ihnen also gedruckt vor. Sie soll nach Vereinbarung der

Fraktion um folgende Punkte ergänzt werden:

Erstens. Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik — Antrag der Fraktion der FDP — Drs 12/2

Zweitens. Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik — Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen — Drs 12/5

Drittens. Vorschaltgesetz für ein Niedersächsisches Gesetz über die Lernmittelfreiheit (NLFr-Vorschalt-G) — Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und der Grünen — Drs 12/4. Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 12/9 vor.

(Bruns [SPD]: Er liegt nicht vor!)

Viertens. Zweites Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Lernmittelhilfe — Gesetzentwurf der Fraktion der FDP — Drs 12/8

(Zurufe von den Grünen: Den haben wir auch nicht!)

— Erhebt sich dagegen Widerspruch, meine Damen und Herren?

(Zurufe von der SPD und von den Grünen: Sie liegen nicht vor, Herr Präsident!)

— Ich höre von meinem Mitarbeiter zur Rechten — damit muß ich die Landtagsverwaltung ansprechen —, daß die zwei letztgenannten Anträge nicht vorliegen sollen.

(Hildebrandt [FDP]: Die kommen noch!)

— Gut; sie werden noch verteilt. Damit können wir unseren weiteren Verpflichtungen nachkommen.

Ich habe Sie zu fragen, ob sich gegen die Erweiterung der Tagesordnung Widerspruch erhebt. — Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die vorgesehene Tagesordnung mit den vorgeschlagenen Ergänzungen abstimmen. Wer für die Annahme dieser Tagesordnung ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Ist jemand dagegen? — Stimmenthaltungen? — Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung einstimmig angenommen.

(Bruns [SPD]: Das ist Harmonie!)

Wir kommen nun, meine Damen und Herren, zur

Alterspräsident Schneider (Sibbesse)

Wahl des Landtagspräsidenten

Nach Artikel 8 Abs. 1 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung wählt der Landtag seinen Präsidenten. Nach Parlamentsbrauch ist die stärkste Fraktion dieses Hauses vorschlagsberechtigt. Das ist die SPD-Fraktion. Sie hat den Abgeordneten Horst Milde schriftlich vorgeschlagen.

Die Fraktionen haben vereinbart, die Wahl durch Handzeichen vorzunehmen. Ich frage Sie auch hier: Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann können wir so verfahren.

Wer dem Vorschlag zustimmt, daß der Abgeordnete Horst Milde zum Präsidenten des Niedersächsischen Landtages für die 12. Wahlperiode gewählt wird, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Ist jemand dagegen? — Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? — Eine Stimmenthaltung.

(Starker Beifall im ganzen Hause. — Zahlreiche Abgeordnete beglückwünschen den neugewählten Präsidenten.)

Ich stelle fest, daß der Abgeordnete Horst Milde einstimmig bei einer Enthaltung zum Präsidenten des Niedersächsischen Landtages gewählt worden ist.

Herr Abgeordneter Milde, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Präsident Milde: Ich nehme die Wahl an. — Beifall bei der SPD und bei den Grünen sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP.)

Sehr verehrter Herr Präsident, ich spreche Ihnen zu Ihrer Wahl die Glückwünsche des Hauses aus. Wir wünschen und hoffen, daß Sie wie Ihr Vorgänger ein gerechter und fürsorglicher Präsident sein werden, der mit glücklicher Hand die Geschicke dieses Hauses leitet und sein Amt zum Wohle des Landes wahrnimmt.

Ich bitte Sie nunmehr, diesen Platz einzunehmen und die weitere Sitzung zu leiten.

(Beifall im ganzen Hause. — Präsident Milde übernimmt den Vorsitz. — Die Schriftführer verlassen ihren Platz im Präsidium. — Zurufe: Ihr müßt oben bleiben! — Die Schriftführer nehmen ihren Platz im Präsidium wieder ein.)

Amtsübernahme durch den gewählten Landtagspräsidenten

Präsident Milde:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir mit der Wahl zum Landtagspräsidenten ausgespro-

chen haben. Ich werde mich nach Kräften bemühen, dieses Amt gerecht und unparteiisch zu führen, und bitte alle Mitglieder dieses Hauses, mich dabei zu unterstützen. Ihnen, Herr Alterspräsident Schneider, danke ich für die bisherige Leitung der Sitzung. Sie haben die Arbeit der Landtagsabgeordneten der 11. Wahlperiode, die diesem Landtag nicht wieder angehören, bereits gewürdigt. Dem Dank, den Sie ausgesprochen haben, möchte ich mich anschließen. Alle haben gute Arbeit geleistet. Das wird nicht im mindesten dadurch in Frage gestellt, daß sie selbst oder auch die Wählerinnen und Wähler gemeint haben, andere sollten nun das Werk fortsetzen. Auch ich wünsche den scheidenden Kolleginnen und Kollegen von Herzen alles Gute für Ihre persönliche und berufliche Zukunft.

Ich habe auch meinem Amtsvorgänger, Herrn Dr. Blanke, zu danken. Sie, Herr Kollege Blanke, haben das Präsidentenamt in den zurückliegenden fünf Jahren in Ihrer ruhigen, souveränen und objektiven Art zum Wohle des Landtags wahrgenommen und den ganzen Landtag stets mit Würde vertreten.

(Beifall.)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, hinzufügen: Wir wissen, daß das in der Fortentwicklung der Demokratie in unserem Staat nicht immer ganz einfach ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem neugewählten Landtag gehören viele erfahrene Abgeordnete, aber auch eine große Zahl neuer Mitglieder an. Sie alle, die neuen und die alten Mitglieder, heiße ich herzlich willkommen. Mit Genugtuung stelle ich fest, daß die Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen demokratiefeindlich gesonnenen Kräften, gleich welcher Art, erneut eine Absage erteilt haben.

(Beifall.)

Ich möchte Ihnen als neu gewählter Präsident zu Beginn der Sitzung zwei Anliegen nahebringen, die mir besonders wichtig erscheinen. Das erste Anliegen betrifft die Frage, wie wir durch unsere tägliche parlamentarische Arbeit und insbesondere durch die Art des Umgangs miteinander dazu beitragen können, daß bei den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes das Bewußtsein für den Wert unserer parlamentarischen Demokratie lebendig bleibt.

Gerecht zu sein und niemanden zu verletzen sollte immer unser Ziel hier in diesem Hause sein. In der 11. Wahlperiode konnte sich die Niedersächsische Landesregierung bekanntlich nur auf eine parlamentarische Mehrheit von einer Stimme

stützen. Diese äußerst knappe Mehrheit hat Auseinandersetzungen begünstigt, die um der Sache willen nicht immer unbedingt erforderlich waren. Es ist für eine lebendige Demokratie zwar unerlässlich, daß die unterschiedlichen politischen Vorstellungen im Parlament zur Sprache kommen und daß auch gelegentlich eine harte Auseinandersetzung geführt wird. Aber die Betonung der Gegensätze allein genügt nicht. Das wäre mit dem verfassungsmäßigen Auftrag eines jeden Abgeordneten, Vertreter des ganzen Volkes zu sein, nicht vereinbar. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erwarten mit Recht von uns, daß wir über den parteipolitischen Meinungskampf die bestehenden Gemeinsamkeiten nicht vergessen und daß wir gemeinsam um Lösungen ringen, die dem Wohle des ganzen Landes dienen. Diese Aufgabe können wir nur erfüllen, wenn wir uns in einer Weise politisch auseinandersetzen, die bei aller Gegensätzlichkeit der Standpunkte von gegenseitigem Respekt bestimmt ist.

Vergessen wir eines nicht: Auch unser parlamentarischer politischer Gegner ist wie wir selbst vom Volke gewählt und besitzt damit die gleiche demokratische Legitimation, den Willen des Volkes hier im Landtag zu artikulieren. Es ist die geschäftsordnungsmäßige Aufgabe des Präsidenten, dafür zu sorgen, daß unsere parlamentarische Arbeit in der hiernach gebotenen Form vor sich geht und daß die Würde des Landtags gewahrt bleibt. Ich werde mich bemühen, diese Aufgaben konsequent zu erfüllen.

Das zweite Anliegen: Von großer politischer Tragweite für die heute beginnende 12. Legislaturperiode wird die sich immer konkreter abzeichnende Entwicklung zu einem einheitlichen deutschen Staat sein. Wenn es uns Deutschen gelingt, diese Vereinigung in Frieden zu vollenden, dann hat dies im guten Sinne wahrhaft historische Bedeutung nicht nur für das deutsche Volk, sondern auch für das friedliche Zusammenleben der Völker in Europa und darüber hinaus in der ganzen Welt.

Die damit auch auf Niedersachsen zukommenden neuen Aufgaben sind eine Herausforderung an die Phantasie und die Tatkraft aller, die in diesem Lande für Politik und für Gesellschaft Verantwortung tragen. Ich kann und möchte an dieser Stelle nicht auf den politischen Meinungsstreit im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag eingehen. Es wird uns ja im Laufe dieser Sitzung noch beschäftigen. Aber bei aller tagespolitischen Auseinandersetzung sollten wir darüber nicht eine große Aufgabe dieses Parlamentes vergessen, die

ihm nach der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands gestellt ist.

Unsere Landesverfassung vom 13. April 1951, deren klare Regeln sich zweifellos in fast vier Jahrzehnten im politischen Alltag bewährt haben, trägt die Überschrift „Vorläufige Niedersächsische Verfassung“. Das Wort „Vorläufige“ weist darauf hin, daß diese Verfassung nach dem Willen des Verfassungebers ebenso wie das Grundgesetz nur für eine Übergangszeit unser Staatswesen ordnen sollte. Folgerichtig heißt es darum auch in Artikel 61 Abs. 2 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung, daß sie ein Jahr nach Ablauf des Tages außer Kraft tritt, an dem das deutsche Volk in freier Entscheidung eine Verfassung beschließt.

Unabhängig von der Frage, welchen vom Grundgesetz vorgesehenen verfassungsrechtlichen Weg die Herstellung der politischen Einheit Deutschlands nehmen wird, müssen wir uns in Niedersachsen schon jetzt darüber Gedanken machen, ob unsere vorläufige Verfassung mit dem gleichen Inhalt zu einer endgültigen werden soll. Bevor eine solche Entscheidung getroffen wird, müssen wir auch im Hinblick auf die fortschreitende europäische Integration vielfältige Fragen klären, beispielsweise: Wie stehen wir Niedersachsen zu den verschiedenen Plänen einer Neugliederung der Länder in der Bundesrepublik und in der DDR? Was muß getan werden, um das politische Gewicht der deutschen Bundesländer und damit unser bewährtes föderatives System auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu erhalten? Wie kann der Landtag auch künftig seine politische Führungsrolle wahren? Müssen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verstärkt am politischen Meinungsbildungsprozeß und Entscheidungsprozeß beteiligt werden?

Angesichts dieser und vieler anderer Fragen fordere ich Sie, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, zu gemeinsamer Mitarbeit auf. Es wäre schlimm, wenn wir uns später einmal angesichts einer möglicherweise eingetretenen politischen Bedeutungslosigkeit der Landtage vorwerfen lassen müßten, nicht rechtzeitig das Erforderliche getan zu haben. Es ist mein persönlicher Wunsch, ganz besonders an diesem Tag, daß es nicht dazu kommt, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese meine Hoffnung in Wort und Tat zu Ihrer eigenen in der politischen Arbeit machen würden.

Uns allen und den Menschen unseres Landes wünsche ich, daß wir das Ende dieser Legislaturperiode in äußerem und innerem Frieden in

Präsident

einem geeinten Deutschland erleben mögen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall im ganzen Hause.)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Geschäftsordnung für den Niedersächsischen Landtag der 12. Wahlperiode.

Geschäftsordnung für den Landtag der 12. Wahlperiode — Drs 12/1 — Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der Grünen — Drs 12/3 — Änderungsantrag der Fraktion der FDP — Drs 12/6

Als Beratungsgrundlage ist an Sie die Landtagsdrucksache 12/1 — Entwurf einer Geschäftsordnung für den Niedersächsischen Landtag der 12. Wahlperiode — verteilt worden. Dieser Entwurf entspricht wörtlich der Geschäftsordnung des Landtags der 11. Wahlperiode.

Hierzu wird vom Abgeordneten Waike das Wort gewünscht. Herr Abgeordneter Waike, ich erteile Ihnen das Wort.

Waike (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, daß jetzt über die vorliegenden Änderungsanträge insgesamt diskutiert wird. Herr Hildebrandt, ich kenne den Änderungsantrag der FDP vom Inhalt her. Er wird möglicherweise erst jetzt verteilt und liegt uns bislang nicht vor.

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zur bisherigen Geschäftsordnung vor. Er ist — wie immer, wenn die Geschäftsordnung zu verändern ist — etwas schwer verständlich. Deshalb möchte ich mit wenigen Sätzen sagen, worum es hierbei geht. Der Änderungsantrag betrifft drei Punkte.

Es geht zunächst darum, daß die Zahl der Vizepräsidenten von bisher vier auf fünf erhöht werden soll.

Es geht zweitens darum, daß der Name zweier Ausschüsse verändert werden soll. Der Unterausschuß „Fremdenverkehr“ soll umbenannt werden in „Unterausschuß für Freizeit, Tourismus und Heilbäderwesen“. Der Ausschuß für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler sowie Fragen des Zonenrandgebiets soll künftig Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten heißen.

Schließlich geht es uns mit dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen darum, die Mitgliederzahl in drei Ausschüssen zu verändern. Wir schlagen Ihnen mit unserem Änderungsantrag vor, die Mitgliederzahl im Ausschuß für Gleichberechtigung

und Frauenfragen von bisher neun auf 13 zu erhöhen, die Mitgliederzahl im Ausschuß für öffentliches Dienstrecht von bisher 13 auf elf zu reduzieren und die Mitgliederzahl im Geschäftsausschuß von bisher 13 auf neun zu reduzieren. Wir bitten Sie, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

Herr Präsident! Ich möchte jetzt eine Anmerkung zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP machen. Herr Hildebrandt, ich gehe davon aus, daß sich dieser Änderungsantrag auf die von Ihnen gewünschte Änderung des § 3 Abs. 2 der Geschäftsordnung bezieht und zum Ziel hat, vom Höchstzahlverfahren nach d'Hondt abzugehen.

Lassen Sie mich dazu bemerken, daß ich den Wunsch der FDP-Fraktion durchaus verstehen kann und daß dieser Änderungsantrag sicherlich auch legitim ist. Aber, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, Sie werden verstehen, daß wir diesem Änderungsantrag nicht zustimmen können. Die von Ihnen beantragte Änderung der Geschäftsordnung würde dazu führen, daß das Zugriffsrecht der FDP nicht bei Platz 16, sondern bei Platz elf einsetzen würde. Wenn wir nicht eine Konstruktion fänden, wie wir sie etwa in der Niedersächsischen Gemeindeordnung haben, würde das bedeuten, daß sich für die Koalitionsfraktionen in einem Ausschuß keine Mehrheit ergeben würde.

(Jahn [CDU]: Zählgemeinschaft! — Gegenruf von Bruns [SPD]: Die müßt ihr miteinander machen!)

— Ich habe es gehört, Herr Jahn. Wenn Sie das Wort lieber hören, sage ich auch gern Zählgemeinschaft. Ich weiß, daß es in dieser Frage in der Vergangenheit von der anderen Seite die eine oder andere Anmerkung und den einen oder anderen Zwischenruf gegeben hat.

Diesem Änderungsantrag stimmen wir nicht zu, meine Damen und Herren.

Herr Hildebrandt, aus einem Gespräch mit Ihnen weiß ich, daß Sie einen weiteren Änderungsantrag einbringen wollen. Ich nehme dazu gleich Stellung, weil ich einmal hier vorn stehe. Dieser Änderungsantrag, den ich vom Inhalt her kenne, hat zum Ziel, die Mitgliederzahl in verschiedenen Ausschüssen auf 17 aufzustocken. Wir würden insoweit den Antrag stellen, diesen Änderungsantrag an den Geschäftsausschuß zu überweisen, damit dort das Für und Wider einer solchen Maßnahme erörtert werden kann. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Hildebrandt.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Waike, ich will mit unserem Änderungsantrag zur Geschäftsordnung nicht die alte Debatte darüber erneuern, was das bessere und gerechtere Zählverfahren ist. Tatsache bleibt, daß die Zählgemeinschaft durch ihr Votum, das d'Hondtsche-Wahlsystem zur Grundlage zu machen — ich sage „Zählgemeinschaft“, weil es in diesem Verfahren tatsächlich die richtige Bezeichnung ist — —

(Bruns [SPD]: Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

— Herr Kollege Bruns, bitte jetzt nicht. Ich will wenigstens den Satz zu Ende führen.

Herr Kollege Bruns, die Tatsache, daß Sie das Verfahren nach d'Hondt gewählt haben, hat zur Wirkung, daß die drittstärkste Fraktion in wichtigen Ausschüssen, die offensichtlich auch für Sie wichtige Politikfelder darstellen, nicht mit Sitz und Stimme vertreten ist, z. B. im Gleichberechtigungsausschuß oder im neu benannten Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten, in dem Sie sogar eine eigene Ressortzuständigkeit haben. Deshalb haben wir hierzu einen Antrag vorgelegt. Wir bitten Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Waike, dem Argument, daß Sie in einem Ausschuß, nämlich im 11er-Ausschuß, keine Mehrheit haben werden, kann man entgegenhalten, daß man keinen 11er-Ausschuß, sondern einen 13er- oder 15er-Ausschuß einsetzt. Insofern wäre die Frage der Mehrheitskonstruktion sehr unproblematisch zu lösen. Es wäre schon richtig, auch der drittstärksten Fraktion die Möglichkeit zu geben, ihre politische Entscheidung nicht nur durch einen Sitz, sondern auch durch eine Stimme in den jeweiligen Ausschüssen sichtbar zu machen.

Ich möchte jetzt den zweiten Geschäftsordnungsantrag ansprechen.

Präsident Milde:

Herr Abgeordneter Hildebrandt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Bruns?

Hildebrandt (FDP):

Bitte schön, Herr Kollege Bruns!

Bruns (SPD):

Herr Hildebrandt, ich glaube, daß es sowohl für die neuen Kollegen in diesem Hohen Hause als auch für die Öffentlichkeit interessant wäre, zu wissen, warum Sie diese Regelung nicht in der vergangenen Wahlperiode vorgenommen haben, als Sie mit der CDU zusammen die Mehrheit hatten.

(Beifall bei der SPD.)

Hildebrandt (FDP):

Herr Kollege Bruns, die Antwort auf diese Frage ist sehr leicht zu geben. Wir waren in einer Koalition, und wir waren nicht — —

(Bruns [SPD:] Und die CDU wollte nicht! Und nun wollen wir nicht!

— Dazu können Sie sich noch erklären, Herr Bruns. Sie werden noch merken — in der Debatte über den Deutschlandvertrag werden Sie es sogar sehr schnell merken —, was es bedeutet, in einer Koalition zu sein,

(Bruns [SPD]: Das haben wir schon!)

wenn Sie nämlich heute nach dem Willen der Grünen tanzen müssen.

Noch einmal: Die Sache ist klar. Wir sind jetzt nicht mehr in einer Koalition. Wir stellen die Anträge, die wir für richtig empfinden. Deshalb lautet die Bitte an das Haus, die Geschäftsordnung so zu ändern, daß auch die drittstärkste Fraktion in ihren Möglichkeiten, parlamentarisch zu arbeiten, nicht eingegrenzt wird.

(Beifall bei der FDP.)

Der zweite Änderungsantrag, den wir hilfsweise vorlegen und zu dem ich gleich Stellung nehmen darf, hätte zur Folge, daß dann, wenn der erste Antrag abgelehnt würde, in einigen Ausschüssen die Zahl der Ausschußmitglieder erhöht würde. Ich nenne hier wiederum als Beispiel den Gleichberechtigungsausschuß und den Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten. Das sind für Sie offensichtlich wichtige Politikfelder. Die Zahl der Mitglieder der Ausschüsse, die aufgeführt sind, müßte auf 17 erhöht werden. Dann hätte die FDP-Fraktion als drittstärkste Fraktion dort nicht nur einen Sitz, sondern auch Stimmrecht. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Der Vorschlag, Herr Waike, diesen Antrag in den Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen, ist letzten Endes eine Beerdigung erster Klasse. Sie wissen, wie lange es dauert, bis der Geschäftsordnungsausschuß — das ist auch die Erfahrung der letzten Legislaturperiode gewesen — zu einem

Hildebrandt

Beschluß kommt. Aber vielleicht haben Sie tatsächlich eine andere Vorgehensweise im Auge. — Herr Waike!

(Waike [SPD]: Herr Hildebrandt, wenn Sie die Dauer ansprechen, kann ich Ihnen sagen, daß die Zählgemeinschaft noch verschiedene Wünsche bezüglich der Geschäftsordnung hat und daß von daher auch unser Wunsch besteht, möglichst zu einer umfassenden Änderung zu kommen! In dem Zusammenhang würde Ihr Antrag natürlich mit behandelt werden!)

— Vielen Dank, Herr Waike. Ich bitte aber um Verständnis, daß wir doch bei diesen Anträgen bleiben. Wir werben um Zustimmung zu diesen Anträgen. Wir werden es dann dem parlamentarischen Verfahren unterwerfen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Kempmann.

Kempmann (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hildebrandt, nun verstehe ich Sie nicht mehr. Ich dachte, Sie hätten sich hier zu Wort gemeldet, um uns für den Antrag zu danken, den wir hier als Zählgemeinschaft zur Änderung der Geschäftsordnung eingebracht haben. „Zählgemeinschaft“ halte ich übrigens für ein gutes Wort. Ich lerne sehr schnell, und Zählgemeinschaft ist sehr gut.

(Heiterkeit bei den Grünen.)

Ich darf Ihnen verraten, daß es die Grünen gewesen sind, die das mit der SPD verhandelt und durchgesetzt haben.

(Bruns [SPD]: Nun gebt mal nicht so an!)

Es geht uns darum, daß es hier in Zukunft für jede im Hause vertretene Fraktion die Position eines Vizepräsidenten oder einer Vizepräsidentin geben wird.

(Bruns [SPD]: Richtig!)

Ich halte das für vernünftig, weil ich meine, daß man es nicht machen kann, Fraktionen vom Präsidium auszuschließen. Sie haben das ja immer anders gehalten. Sie haben immer vehement die Auffassung vertreten, die Zahl könne nicht ausgeweitet werden, und Sie haben uns damit vier Jahre lang aus dem Präsidium herausgehalten. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.
— Bruns [SPD]: So ist es!)

Wir machen das anders. Wir machen das auch anders, um ein Signal zu setzen. Es hätte Ihnen also gut angestanden, das hier auch einmal zu sagen und zu würdigen.

Zu dem zweiten Antrag, die Mitgliederzahl bestimmter Ausschüsse zu erhöhen, will ich Ihnen sagen, daß man darüber nachdenken kann. Man sollte es aber nicht über das Knie brechen. Sie hätten nämlich auch die Chance gehabt, das nicht erst heute morgen zu Papier zu bringen, sondern wir haben ja vielfach über Geschäftsordnungsänderungen gesprochen. Sie hätten das also auch schon vorher sagen können. Auch das wäre ein guter Stil gewesen.

Wir werden das im Geschäftsordnungsausschuß besprechen, und wir werden das schnell besprechen, weil wir in der Tat das Interesse haben, auch noch eine Reihe von anderen Änderungen in der Geschäftsordnung durchzusetzen. Da sollte es nach unserer Meinung auch darum gehen, Minderheitenrechte zu stärken, festgemacht zum Beispiel an der Frage der Einsetzung von Enquete-Kommissionen und dergleichen mehr. Insofern weit sind wir deutlich der Meinung, daß wir hier von der bisherigen Praxis der Geschäftsordnung abgehen sollten, um gerade auch kleine Fraktionen — das zielt dann auch auf Sie — hier in ihren Rechten zu stärken.

Wir sollten spätestens bis zum Oktober-Plenum mit dieser Beratung zu Ende kommen, und dann sollten wir auch über Ihren Antrag sprechen. Deshalb ist es der richtige Weg, den zu überweisen. Heute jedoch — das müßte ja wohl auch in Ihrem Interesse liegen — sollten wir darüber beschließen, die Zahl der Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen auf fünf zu erhöhen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Gansäuer.

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der CDU-Fraktion sind wir bezüglich der Ausschußverteilung von der Größenordnung ausgegangen, die bisher besprochen war. Insofern bitte ich auch um Verständnis dafür — anderenfalls müßten wir in meiner Fraktion in eine neue Diskussion darüber eintreten, wer denn die zusätzlichen Ausschußsitze wahrnehmen müßte —

(Bruns (Emden) [SPD]: Wir auch!)

daß wir zunächst einmal dabei bleiben. Wir hoffen, daß wir der FDP-Fraktion dann im Geschäftsordnungsausschuß entgegenkommen können.

Bei Hare/Niemeyer haben wir bisher schon unsere Probleme gehabt.

(Schröder [SPD] lacht.)

— Lachen Sie nicht so laut, Herr Schröder! Sie werden Ihre auch noch kriegen; da können Sie sicher sein!

(Schröder [SPD]: Das weiß ich!)

— Das wissen Sie, okay! — Ich glaube, daß es viele Gründe für das eine oder für das andere System gibt. An dieser Stelle möchten wir aber doch bei unserer Auffassung bleiben, in diesem Fall an d'Hondt festzuhalten, wie es bisher auch immer gewesen ist. Wir werden also dem Antrag, den Herr Waike hier erläutert hat, zustimmen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD.)

Präsident Milde:

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse über die vorliegenden Änderungsanträge in der Reihenfolge der betroffenen Paragraphen der Geschäftsordnung einzeln abstimmen.

Zunächst rufe ich auf den § 3 der Geschäftsordnung. Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 12/6 vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zu § 5 der Geschäftsordnung liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der Grünen in der Drucksache 12/3 vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen?

(Unruhe. — Hildebrandt [FDP] meldet sich zu Wort.)

— Herr Hildebrandt, bitte schön, Sie haben das Wort.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident, ich bedanke mich dafür, daß Sie mir das Wort erteilt haben. Bei uns ist eine Irritation dadurch eingetreten, daß wir es so angenommen haben, daß Sie über diese einzelnen Pa-

ragraphen der Drucksache 12/3 getrennt abstimmen lassen würden, so daß es dann auch zu einer Alternativabstimmung gekommen wäre zu § 11 Abs. 1 auf der zweiten Seite des Antrags der Fraktion der SPD. Deshalb bitte ich Sie, diese Abstimmung noch einmal zu wiederholen.

Präsident Milde:

Herr Hildebrandt, dazu kommen wir noch. Ich muß in der Reihenfolge der Paragraphen vorgehen. Sie haben Anträge zu nachfolgenden Paragraphen gestellt.

Meine Damen und Herren, um der Klarheit willen lasse ich noch einmal über den Änderungsantrag zu § 5 der Geschäftsordnung abstimmen. Damit ist den Irritationen Rechnung getragen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zu § 10 der Geschäftsordnung. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der Grünen in der Drucksache 12/3 vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich ebenfalls um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Jetzt kommen wir, Herr Hildebrandt, zu § 11 der Geschäftsordnung. Dazu haben Sie soeben einen Änderungsantrag gestellt. Wird dazu das Wort gewünscht? — In der Debatte ist beantragt worden, diesen Antrag an die Ausschüsse zu überweisen. — Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Bei wenigen Gegenstimmen ist der Antrag auf Ausschußüberweisung angenommen worden.

Ich komme dann — insgesamt gesehen — zu dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der FDP.

(Zurufe: Der Änderungsantrag der SPD und der Grünen zu § 11!)

— Ich bitte um Entschuldigung. Das geht heute aber auch sehr außergewöhnlich zu.

(Gansäuer [CDU]: Das hätten Sie gern gewollt, aber es ist anders gekommen!)

Ich lasse also über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der Grünen zu § 11 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Dieser Antrag ist bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

Präsident

Ich lasse nun noch einmal insgesamt über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der Grünen in der Drucksache 12/3 abstimmen. — Wer stimmt diesem Änderungsantrag insgesamt zu? — Danke schön. Gegenstimmen? — Das ist einstimmig so beschlossen. — Damit ist die Geschäftsordnung klar, und wir können fortfahren.

Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

Wahl der Vizepräsidenten und Schriftführer

Nach Artikel 8 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung wählt der Landtag neben dem Präsidenten auch dessen Stellvertreter und die Schriftführer.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: -innen!)

Wir kommen zunächst zur Wahl der Vizepräsidentinnen und -präsidenten. Nach § 5 Abs. 2 der soeben beschlossenen Geschäftsordnung sind fünf Vizepräsidentinnen und -präsidenten zu wählen,

(Zurufe)

— das ist schwer; man muß sich daran gewöhnen; Sie wissen, wie es gemeint ist — die von den Fraktionen vorzuschlagen sind. Die Fraktionen der SPD und der Grünen haben sich hinsichtlich des Vorschlagsrechts für die Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten und der Schriftführerinnen und der Schriftführer geeinigt. Zwei Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten sind von der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen, zwei Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten von der Fraktion der CDU und ein Vizepräsident bzw. eine Vizepräsidentin von der FDP-Fraktion vorzuschlagen.

Die Fraktionen haben schriftliche Vorschläge vorgelegt. Die CDU-Fraktion hat vorgeschlagen den Abgeordneten Dr. Blanke, die SPD-Fraktion die Abgeordnete Frau Goede, die CDU-Fraktion den Abgeordneten Remmers, die Fraktion der Grünen die Abgeordnete Frau Herrmann und die FDP-Fraktion den Abgeordneten Rehkopf.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorschläge. Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können die fünf Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten in einem Wahlgang durch Handzeichen gewählt werden. Ist das Haus damit einverstanden? — Das ist der Fall.

Ich lasse dann insgesamt abstimmen. Wer gibt den Vorschlägen seine Zustimmung? — Danke schön. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das ist einstimmig so beschlossen.

Damit sind die genannten Abgeordneten zu Vizepräsidenten gewählt worden. Ich frage jetzt die fünf Abgeordneten, ob sie bereit sind, das Amt der Landtagsvizepräsidentin oder des Landtagsvizepräsidenten anzunehmen.

Zunächst Herr Dr. Blanke!

(Dr. Blanke [CDU]: Ja!)

Frau Goede!

(Frau Goede [SPD]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Herr Remmers!

(Remmers [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Frau Herrmann!

(Frau Herrmann [Grüne]: Ja!)

Herr Rehkopf!

(Rehkopf [FDP]: Ja, ich nehme an!)

Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl und hoffe auf gute Zusammenarbeit.

(Beifall.)

Entsprechend der Geschäftsordnung haben wir jetzt neun Schriftführer zu wählen.

(Kuhlmann [CDU]: Und Schriftführerinnen!)

— Ja, wir werden uns alle miteinander bessern. — Das Vorschlagsrecht ergibt sich aus § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung. Die Fraktionen haben folgende Vorschläge eingereicht: die SPD-Fraktion die Abgeordneten Frau Lau, Frau Lübben, Herrn Mientus, Herrn Rettrig und Herrn Puls von der Fraktion der Grünen, die CDU-Fraktion die Abgeordneten Brunkhorst, Frau Pawelski, Herrn Reinemann und Frau Stoll.

Ich halte das Haus damit für einverstanden, daß die neun Schriftführerinnen und Schriftführer gemeinsam durch Handzeichen gewählt werden. — Das Haus ist einverstanden. Wer diese neun Kolleginnen und Kollegen zu Schriftführerinnen bzw. Schriftführern wählen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Damit sind die genannten Damen und Herren gewählt, die ich jetzt fragen möchte, ob sie die Wahl zur Schriftführerin bzw. zum Schriftführer annehmen.

Zunächst Frau Lau!

(Frau Lau [SPD]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Frau Lübben!

(Frau Lübben [SPD]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Herr Mientus!

(Mientus [SPD]: Ja!)

Herr Rettig!

(Rettig [SPD]: Ja!)

Herr Puls!

(Puls [Grüne]: Ja!)

Herr Brunkhorst!

(Brunkhorst [CDU]: Ja!)

Frau Pawelski!

(Frau Pawelski [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Herr Reinemann!

(Reinemann [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Frau Stoll!

(Frau Stoll [CDU]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Ich beglückwünsche auch Sie zu Ihrer Wahl und stelle fest, daß nunmehr das Präsidium vollständig gewählt ist.

Ich danke den Schriftführern des vorläufigen Sitzungsvorstandes — jetzt ist es soweit — für ihre Amtsführung und bitte die gewählten Schriftführer Herrn Mientus und Frau Stoll, jetzt hier mit mir den Sitzungsvorstand zu bilden.

(Beifall. — Die Schriftführer Mientus und Frau Stoll nehmen ihre Plätze ein.)

Feststellung der Konstituierung des Landtages der Zwölften Wahlperiode

Nach der Beschlußfassung über die Geschäftsordnung und nach der Wahl des Präsidiums stelle ich nunmehr fest, daß sich der Landtag der Zwölften Wahlperiode konstituiert hat.

Mitteilung über den Rücktritt des Ministerpräsidenten

Nach Artikel 24 Abs. 2 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung tritt der Ministerpräsident zurück, sobald ein neugewählter Landtag zusammentritt. Es ist folgendes Schreiben des Ministerpräsidenten an den Präsidenten des Niedersächsischen Landtages eingegangen:

„Hannover, den 21. Juni 1990

Sehr geehrter Herr Präsident!

Gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung erkläre ich meinen Rücktritt.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Dr. Albrecht“

Bevor wir zur Neubildung der Regierung kommen, möchte ich dem bisherigen Herrn Ministerpräsidenten und seiner Landesregierung für die in der vergangenen Wahlperiode geleistete Arbeit den Dank des Hauses aussprechen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP und Zustimmung von Frau Dr. Dücker [Grüne].)

Wir kommen dann zur Regierungsbildung und beginnen mit der

Wahl des Ministerpräsidenten

Artikel 20 Abs. 1 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung lautet:

„Der Ministerpräsident wird vom Landtage mit der Mehrheit der Abgeordneten ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt.“

Die Fraktionen der SPD und der Grünen haben mit Schreiben vom 18. Juni 1990 den Abgeordneten Gerhard Schröder für die Wahl zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Es geht jetzt um die Entscheidung über diesen Wahlvorschlag. Gewählt wird mit Stimmzetteln in geheimer Abstimmung. Wer den Abgeordneten Gerhard Schröder zum Ministerpräsidenten wählen will, kreuzt „Ja“ an. Wer ihn nicht wählen will, kreuzt „Nein“ an. Wer sich der Stimme enthalten will, kreuzt „Enthaltung“ an.

Die Abgeordneten werden durch den Schriftführer Mientus aufgerufen. Ich bitte die aufgerufenen Abgeordneten, dann einzeln hier nach vorn zu kommen. Auf der rechten Seite des Präsidiums erhalten sie ihren Stimmzettel mit Umschlag. Gehen Sie dann bitte einzeln zur Wahlkabine. Nach Ihrer Abstimmungsentscheidung in der Wahlkabine bitte ich Sie, den Stimmzettel in den Umschlag zu stecken und in die Wahlurne zu werfen.

Ich halte das Haus damit einverstanden, daß ich beauftrage die Schriftführerin Frau Lau, unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung, den Stimmzettel mit Umschlag auszugeben und die Wählerliste zu führen, den Schriftführer Reinemann, Aufsicht darüber zu führen, daß immer nur eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter zur Wahlkabine geht, und den Schriftführer Puls, ebenfalls unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung, die Aufsicht und die Namenskontrolle bei der Wahlurne zu führen.

Präsident

Ich bitte alle Abgeordneten, darauf zu achten, daß das Kreuz auf dem Stimmzettel korrekt angebracht wird, so daß kein Zweifel über die Gültigkeit ihrer Stimme entstehen kann. Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder anderen Kennzeichen versieht, macht ihn ungültig. Es sind daher auch nur die in der Wahlkabine bereitliegenden Kugelschreiber zur Stimmabgabe zu benutzen. Die Verwendung eines anderen Schreibgerätes ist als unzulässige Kennzeichnung anzusehen, die zur Ungültigkeit des Stimmzettels führt.

Für die Dauer der Wahlhandlung bitte ich wieder alle Personen, die nicht Abgeordnete sind, einschließlich der Journalisten und der Kamerteams, den Plenarsaal zu verlassen. Ausgenommen sind die Staatssekretäre sowie die aus dienstlichen Gründen anwesenden Mitarbeiter der Landtagsverwaltung. Die Abgeordneten bitte ich, bis zum Aufruf ihres Namens auf ihrem Platz sitzen zu bleiben und nach Abgabe ihrer Stimme gleich wieder Platz zu nehmen. Ich appelliere an Ihre Disziplin. Unnötiges Herumlaufen und -stehen stören den Wahlablauf sehr.

Ich bitte nun die drei von mir genannten Schriftführer, ihr Amt zu übernehmen. Den Kollegen Puls bitte ich, sich davon zu überzeugen, daß die beiden Wahlurnen leer sind, und mir das auch anschließend zu bestätigen. — Die Wahlurnen sind leer. Der Abgeordnete Puls bestätigt das.

Ich bitte nun, die Damen und Herren Abgeordneten namentlich aufzurufen.

Adam
 Aller
 Frau Alm-Merk
 Auditor
 Frau Auerbach
 Augustin
 Backhauß
 Bartling
 Beckmann
 Biel
 Biermann
 Dr. Blanke
 Böhlke
 Boekhoff
 Bontjer
 von Borstel
 Graf von Bothmer
 Brauns
 von Bredow
 Frau Breuel
 Briese
 Brunkhorst
 Bruns

Frau Bührmann
 Dr. Cassens
 Collmann
 Deike
 Frau Detert-Weber
 Dierkes
 Döring
 Döscher
 Dr. Domrose
 Dorka
 Frau Dr. Dückert
 Dr. Eilers
 Endlein
 Dr. Engstler
 Eveslage
 Fasold
 Fischer
 Fuchshuber
 Funke
 Gabriel
 Gansäuer
 Glogowski
 Frau Goede
 Goldmann
 Grill
 Groth
 Gruber
 Frau Hammelstein
 Frau Hartwig
 Haselbacher
 Hasselmann
 von der Heide
 Heineking
 Heinemann
 Herbst
 Frau Herrmann
 Hildebrandt
 Hinrichs
 Hirche
 von Hofe
 Frau Hoops
 Horrmann
 Dr. Hruska
 Inselmann
 Isernhagen
 Jahn
 Jansen
 Jordan
 Jürgens
 Jüttner
 Kempmann
 Kethorn
 Kirschner
 Klare
 Frau Knoblich
 Köneke

Kohlenbach
Kopischke
Frau Kopp
Krapp
Frau Kruse
Küpker
Kuhlmann
Frau Lau
Frau Lemmermann
Frau Lenke
Lindhorst
Frau Lübben
Dr. Martens
Mientus
Milde
Möhrmann
Möllring
Mühe
Frau Müller
Müller
Nolting
Ontijd
Oppermann
Ottens
Patzschke
Frau Pawelski
Plaue
Pörtner
Puls
Rabe
Reckmann
Rehkopf
Reinemann
Remmers
Dr. Remmers
Rettig
Rippich
Dr. Ritz
Röhrs
Ronsöhr
Schack
Schirmbeck
Frau Schliepack
Schmalstieg
Dr. Schneider (Isernhagen)
Schneider (Sibbesse)
Schneider (Salzgitter)
Frau Dr. Schole
Schröder
Schultze
Schuricht
Schurreit
Schwarz
Frau Seeler
Sehrt
Senff

Frau Stiller
Stock
Frau Stoll
Dr. Stratmann
Swieter
Frau Tewes
Theilen
Thielke
Frau Tönsing
Frau Vockert
Frau Vogelsang
Waike
Wallraff
Freiherr von Wangenheim
Wernstedt
Frau Wiegel
Wiesensee
Wilken
Wolter
Frau Zachow

Der Namensaufruf ist beendet. Ich bitte nun die an dem Wahlverfahren beteiligten Schriftführer, Frau Lau, Herrn Reinemann und Herrn Puls, nacheinander abzustimmen. Anschließend wählt dann der Sitzungsvorstand.

Ich frage, ob noch ein Abgeordneter im Saal ist, der nicht gewählt hat. — Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahl.

Das Wahlergebnis wird in Kürze bekanntgegeben. Ich unterbreche die Sitzung, bitte aber alle Abgeordneten, auf den Plätzen zu bleiben. In dieser Zeit werden die am Wahlvorgang beteiligten Schriftführer, Frau Lau, Herr Reinemann und Herr Puls, sowie die fünf Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten die Stimmen auszählen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 13.12 Uhr.

Wiederbeginn: 13.24 Uhr.

Präsident Milde:

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift hat die Wahl folgendes Ergebnis:

155 abgegebene Stimmzettel, zwei ungültige Stimmzettel, 153 abgegebene gültige Stimmzettel, davon 79 Jastimmen.

(Starker, langanhaltender Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, das war noch nicht das vollständige Ergebnis; das waren die Jastim-

Präsident

men. Es sind abgegeben worden 72 Neinstimmen und zwei Stimmenthaltungen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Gemäß Artikel 20 Abs. 1 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung wird der Ministerpräsident vom Landtag mit der Mehrheit der Abgeordneten gewählt. Das heißt, bei der gesetzlichen Zahl von 155 Abgeordneten müssen mindestens 78 Stimmen für den zu wählenden Ministerpräsidenten abgegeben werden. Für den Abgeordneten Schröder sind 79 Stimmen abgegeben worden. Damit ist der Abgeordnete Schröder zum Ministerpräsidenten gewählt worden.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich frage den Abgeordneten Schröder, ob er die Wahl annimmt.

(Schröder [SPD]: Ich nehme die Wahl an. — Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Damit sind Sie, Herr Kollege Schröder, zum Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt. Ich beglückwünsche Sie und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit Glück und Erfolg.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie, ob Sie in der Lage sind, dem Landtag jetzt Ihr Kabinett vorzustellen.

(Ministerpräsident Schröder: Ich will das tun, Herr Präsident.)

— Bitte, Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Schröder, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem das Hohe Haus mich zum Ministerpräsidenten gewählt hat, berufe ich gemäß Artikel 20 Abs. 2 Satz 1 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung zu Mitgliedern der Landesregierung:

Herrn Gerhard Glogowski als Innenminister,

Herrn Hinrich Swieter als Finanzminister,

Herrn Walter Hiller als Sozialminister,

Herrn Professor Rolf Wernstedt als Kultusminister,

Herrn Dr. Peter Fischer als Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr,

Herrn Karl-Heinz Funke als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,

Frau Heidrun Alm-Merk als Justizministerin,

Herrn Jürgen Trittin als Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Frau Helga Schuchardt als Ministerin für Wissenschaft und Kunst,
Frau Monika Griefahn als Umweltministerin und
Frau Waltraud Schoppe als Frauenministerin.

Ich bitte das Hohe Haus, die Landesregierung gemäß Artikel 20 Abs. 3 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung zu bestätigen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen)

Präsident Milde:

Danke, Herr Ministerpräsident. Das soll jetzt geschehen.

Bestätigung der Landesregierung

Nach Artikel 20 Abs. 3 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung bedarf die Landesregierung zur Amtsübernahme der Bestätigung durch den Landtag. Ich lasse jetzt über diese Bestätigung abstimmen. Wer der Landesregierung in der Besetzung, wie sie der Herr Ministerpräsident soeben mitgeteilt hat, die nach der Verfassung erforderliche Bestätigung erteilen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Die Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Die Bestätigung der Landesregierung ist damit erteilt. Ich beglückwünsche die Mitglieder der Landesregierung.

Meine Damen und Herren! Es ist vorgesehen, die Mitglieder der Landesregierung noch vor der Pause zu vereidigen. Zuvor müssen jedoch die Ministerinnen und Minister durch Aushändigung der Ernennungsurkunden ernannt werden. Das geschieht jetzt in einem Nebenraum. Ich unterbreche daher die Sitzung für kurze Zeit, bitte Sie aber, auf Ihren Plätzen zu bleiben. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 13.33 Uhr.

Wiederbeginn: 13.54 Uhr.

Präsident Milde:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet. — Ich bitte die Fotografen, noch ein ganz klein wenig zurückzutreten, damit sich das Kabinett hier versammeln kann.

Wir kommen zur

Vereidigung der Landesregierung

Nach Artikel 22 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung haben der Ministerpräsident und die Minister vor dem Landtag ein Bekenntnis abzulegen und einen Eid zu leisten. Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten und die Minister, jetzt vorzutreten. Sie haben sich hier versammelt. Ich darf darüber hinaus bekanntgeben, daß Frau Schoppe die Ernennungsurkunde aus technischen Gründen noch nicht erhalten konnte. Dies hängt mit ihrem Mandat in Bonn zusammen. Sie wird voraussichtlich nach der Mittagspause vereidigt werden.

Ich bitte jetzt alle Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben. Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, das Bekenntnis und der Eid sind von Ihnen einzeln abzulegen. Ich bitte Sie, nacheinander zu mir zu kommen und dann Ihr Bekenntnis und die Eidesformel zu sprechen.

Herr Ministerpräsident!

Schröder, Ministerpräsident:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde.

Präsident Milde:

Herr Innenminister!

Glogowski, Innenminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde.

Präsident Milde:

Herr Finanzminister!

Swieter, Finanzminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Milde:

Herr Sozialminister!

Hiller, Sozialminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde.

Präsident Milde:

Herr Kultusminister!

Wernstedt, Kultusminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Milde:

Herr Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident

Präsident Milde:

Herr Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten!

Funke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Milde:

Frau Justizministerin!

Frau Alm-Merk, Justizministerin:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Milde:

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten!

Trittin, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde.

Präsident Milde:

Frau Ministerin für Wissenschaft und Kunst!

Frau Schuchardt, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen üben werde.

Präsident Milde:

Frau Ministerin für Umwelt!

Frau Griefahn, Umweltministerin:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsident Milde:

Ich danke Ihnen. Damit ist die neue Landesregierung verfassungsmäßig gebildet. — Bitte, nehmen Sie wieder Platz.

Ich habe jetzt noch ein Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten bekanntzugeben. Es hat folgenden Wortlaut:

„Gemäß Artikel 20 Abs. 2 Satz 2 der vorläufigen Niedersächsischen Verfassung habe ich Herrn Minister Glogowski zu meinem Stellvertreter ernannt.“

Ich beglückwünsche Herrn Minister Glogowski zu seiner Ernennung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, wir machen jetzt eine Pause. Das Landtagspräsidium bittet alle Anwesenden zu einem Empfang in die Wandelhalle. — Ich unterbreche die Sitzung bis 16 Uhr.

Wir setzen die Tagesordnung dann fort mit der Beratung der beiden vorliegenden Anträge zum Staatsvertrag mit der DDR sowie der Vorlagen zur Lernmittelfreiheit.

Unterbrechung: 14.04 Uhr.

Wiederbeginn: 16.03 Uhr.

Präsident Milde:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne unsere Sitzung wieder. Inzwischen hat die Frau Bundestagspräsidentin den Mandatsverzicht von Frau Schoppe bestätigt, so daß Frau Schoppe inzwischen vom Ministerpräsidenten zur Frauenministerin ernannt werden konnte.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir kommen daher jetzt zur Vereidigung von Frau Schoppe. Ich darf Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

Frau Frauenministerin, ich bitte Sie, zu mir heraufzukommen und das in der Verfassung vorgeschriebene Bekenntnis abzulegen und den Eid zu sprechen.

Schoppe, Frauenministerin:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsident Milde:

Ich rufe jetzt auf:

Erste und zweite Beratung:

Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik — Antrag der Fraktion der FDP — Drs 12/2

Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik — Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen — Drs 12/5

Diese beiden Anträge werden zusammen beraten. Als Redezeit für die Fraktionen sind insgesamt 60 Minuten vorgesehen. Die Einbringung kann jeweils bis zu 7,5 Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: SPD und CDU jeweils bis zu 15 Minuten, FDP und Grüne jeweils bis zu 7,5 Minuten.

Das Wort hat der Abgeordnete Hildebrandt.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der nach den Landtagswahlen folgenden Ausgabe des SPD-Parteiorgans „Vorwärts“ berichtet die SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs über die Präsidiumssitzung vom 14. Mai, dem Tag nach den Landtagswahlen. Ich zitiere nach dpa: „Wir diskutierten den Staatsvertrag mit der DDR. Es sind wichtige Änderungen vorgenommen, nicht zuletzt aufgrund der SPD in der DDR. Aber wir denken, jetzt ist der Staatsvertrag ein faires Angebot an die DDR.“

(Unruhe.)

Präsident Milde:

Herr Abgeordneter Hildebrandt, gestatten Sie, daß ich Sie einen Moment unterbreche. — Ich habe Verständnis dafür, daß Sie jetzt noch gratulieren, meine Damen und Herren. Aber es wäre mir sehr viel lieber, wenn Sie dem Redner zuhören würden.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU.)

Das gilt auch für den Abgeordneten Schultze. — Es tut mir leid, das Thema ist zu ernst, als daß wir hier unaufmerksam sein könnten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dem Redner zuhören würden.

(Zustimmung bei der CDU.)

Hildebrandt (FDP):

Ich bedanke mich, Herr Präsident.

Dem deutschlandpolitischen Chaos der SPD, das in den Wochen nach dieser Präsidiumssitzung folgte, wurde dann die Krone aufgesetzt mit dem Vorschlag Lafontaines zu einem entschiedenen Nein und seiner unsinnigen Empfehlung, im Bundestag und im Bundesrat unterschiedliche Voten abzugeben. Der deutschlandpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Büchler, bewertete dies in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ wie folgt:

„Dies wäre ein Trauerspiel für die Sozialdemokratie angesichts einer bisher beispiellosen staatspolitischen Aufgabe.“

Der Antrag der FDP mit der Aufforderung an die Landesregierung, dem Staatsvertrag zuzustimmen, ist der notwendige parlamentarische Versuch, um dieses Trauerspiel dem Land Niedersachsen zu ersparen,

(Beifall bei der FDP)

Hildebrandt

unserem Land, das in einer besonderen Weise mit dem unmittelbaren Nachbarn DDR verbunden ist und das in besonderem Maße die Konsequenzen positiver oder negativer Art erfahren wird, abhängig von den politischen Entscheidungen.

Wir haben in der letzten Legislaturperiode mehrere deutschlandpolitische Debatten geführt, in denen die unterschiedlichen Positionen im Plenum deutlich geworden sind.

(Bruns [SPD]: Die haben wir noch in Erinnerung! Mit Herrn Minister Jürgens!)

Sie reichten von einem eindeutigen Bekenntnis der damaligen Koalitionspartner CDU und FDP sowie von Teilen der SPD zur staatlichen Einheit Deutschlands über ein „eigentlich nicht“ des Herrn Schröder bis hin zur klaren Ablehnung durch die Grünen.

Heute ist zu erkennen, daß die CDU, die FDP und die Grünen bei ihren Positionen geblieben sind. Die SPD aber hat sich nach einer beispiellosen Zerreißprobe in Bonn dazu durchgerungen, dem Staatsvertrag zuzustimmen. Alle Parteigremien haben so votiert. Der Bundesvorsitzende Hans-Jochen Vogel ist zufrieden. Auch der Sprecher der niedersächsischen Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, hat gestern noch einmal ausdrücklich bekräftigt, daß ein klares Ja zum Staatsvertrag jetzt die einzig sinnvolle Lösung ist. Dies war ein klares Signal auch an die Abgeordneten der SPD im Niedersächsischen Landtag.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vergessen Sie bitte nicht, daß die Forderung nach einer Wirtschafts- und Währungsunion zuerst von der SPD erhoben worden ist. Frau Matthäus-Maier sagte laut der „Süddeutschen Zeitung“ vom 13. Februar: Die Einführung der DM wäre „der Startschuß für ein Wirtschaftswunder in der DDR“.

Ich möchte auch eine Äußerung des SPD-Ehrenvorsitzenden Willy Brandt zitieren, der in der Sendung „heute“ am 24. Februar von Peter Voß befragt worden ist. Herr Voß fragte:

„Böhme“

— damit ist der damalige Vorsitzende der SPD in der DDR gemeint —

„will die vom Bundeskanzler angebotene Wirtschafts- und Währungsunion sehr schnell. Lafontaine ist gegen eine rasche Verwirklichung. Wem geben Sie recht?“

Darauf antwortete Brandt:

„So rasch wie möglich bin ich für die gemeinsamen Regelungen der Dinge, die das Leben der Menschen direkt berühren. Das ist die Währungs- und Wirtschaftsunion.“

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verkenne nicht, daß die Zusammenarbeit in der Entwicklung des Staatsvertrags zwischen der Bundesregierung und der Opposition, zwischen der Bundesregierung und den Ländern zu Beginn dieses Prozesses anders hätte gestaltet werden können. Das Ergebnis, das in Zusammenarbeit aller, aber vor allem mit der DDR gefunden wurde, ist ein verantwortbares und für die kurze Zeit, die zur Verfügung stand, gelungenes Werk. Der Zeitdruck ging weniger von der Bundesregierung aus als vielmehr von den Menschen in der DDR, die auf gepackten Koffern saßen, und der Tatsache, daß jeder Tag später den Prozeß der Einheit schwietiger, kostspieliger und riskanter gestaltet hätte.

Der Staatsvertrag wird nicht der letzte Schritt sein, der bis zur Einheit Deutschlands notwendig ist. Aber er regelt neben der Wirtschafts- und Währungsunion zentrale Dinge. Es ist eine Einigung über die Anerkennung der polnischen Westgrenze erzielt worden, die sowohl das Parlament der DDR als auch der Deutsche Bundestag wollten. Es war nicht der Wille der Alliierten, wie heute durch den Herrn Alterspräsidenten zum Ausdruck gekommen ist,

(Beifall bei der FDP)

sondern es ist unser gemeinsamer politischer Wille gewesen. Es ist Einvernehmen über die Regelung der Besitzverhältnisse in der DDR erreicht worden. Es ist, was die Umweltunion angeht, vereinbart worden, daß die DDR baldmöglichst Voraussetzungen dafür schafft, daß auf dem Gebiet des Umweltschutzes dem Recht der Bundesrepublik entsprechende Regelungen getroffen werden, und zwar zum Bundes-Immissionsschutzgesetz, zum Abfallgesetz, zum Benzinbleigesetz, zum Chemikaliengesetz, zum Wasserhaushaltsgesetz nebst ihrer Durchführungsregelungen. Das Atomrecht der Bundesrepublik tritt zum 1. Juli 1990 in der DDR in Kraft. Damit gelten auch sämtliche Bestimmungen bezüglich der Reaktorsicherheit.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Was ist mit den Überleitungsvorschriften? Das stimmt doch gar nicht!)

Das bedeutet, daß die DDR mithin auch den Weisungen des Bundesumweltministers unterworfen ist. Dies bedeutet ferner, daß das Atom-

kraftwerk Greifswald den Sicherheitsbestimmungen der Bundesrepublik unterworfen ist.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Was ist mit Morsleben z. B.?)

Es ist vereinbart worden, daß dieses Kraftwerk zum 16. Dezember 1990 abgeschaltet wird. Ein früheres Abschalten ist technisch nicht möglich. Zunächst müssen Sicherheitsfragen geklärt werden. Des Weiteren müssen radioaktive Reststoffe eingedampft werden. Dieses kann nur während des Betriebes erfolgen. Sobald dieses geschehen ist, wird das AKW abgeschaltet.

(Beifall bei der FDP.)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vieles mehr ist inzwischen geregelt worden. Deshalb gibt es für eine Ablehnung des Staatsvertrages durch die neue Koalition hier angesichts der historischen Bedeutung und vor allem angesichts seiner Bedeutung für die Menschen in der DDR kein tragfähiges Argument mehr.

(Beifall bei der FDP. — Zustimmung bei der CDU.)

Den Bedenken, die Sie in Punkt 6 Ihres Antrages nennen, wird in wesentlichen Aspekten Rechnung getragen. Was Ihren Antrag generell betrifft, so muß man sich wundern, mit welchem Hochmut Sie über die DDR-Regierung hinweggehen, die doch ein souveräner und voll verantwortlicher Partner beim Abschluß des Vertrages war.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Bruns [SPD]: Es wäre ja schön gewesen, wenn das so gewesen wäre!)

— Herr Kollege Bruns, Herr Romberg ist doch ein Mitglied Ihrer Partei. Wie können Sie dann dem Landtag eine Entschließung vorlegen, in der wahrheitswidrig behauptet wird, die politische Verantwortung für den Staatsvertrag liege — das ist Punkt 5 Ihrer Entschließung — allein bei der Bundesregierung? Das sollten Sie uns schon erklären, Herr Schröder und Herr Bruns.

Herr Ministerpräsident, Sie haben eben eine Kabinettsitzung zu diesem Tagesordnungspunkt abgehalten. Sie werden sich spätestens in dieser Sitzung Klarheit über Punkt 7 Ihres Antrags verschafft haben. Sie sollten uns also mitteilen können, wie das Kabinett votieren will, wenn Sie diese Volksvertretung, die frisch gewählt worden ist, ernst nehmen.

Um allen SPD-Abgeordneten klar zu sagen, wozu es geht, stelle ich fest: Enthaltung gibt es

nicht im Bundesrat. Wer der Abstimmung fernbleibt, stimmt mit nein. Sie sollten als eigenständige Fraktion Ihrer Regierung eine klare Position abverlangen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Diskutiert wurde genug. Heute und morgen muß entschieden werden. Es gibt hier nur den Versuch, durch einen Vernebelungsantrag, der von der SPD vorgelegt wurde, die Männerfreundschaft Lafontaine/Schröder zu beglücken, und den Versuch der Grünen, sich in einer zentralen nationalen Frage durchzusetzen und der SPD in Niedersachsen das deutschlandpolitische Gesicht zu nehmen. Insofern hat es auch einen tiefen Sinn, daß ausgerechnet der Vertreter einer Partei, die die Einheit Deutschlands und die Integration Europas ablehnt, ressortmäßig für diesen Bereich zuständig geworden ist.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine nationale Frage, die wir heute debattieren und bei der wir erwarten können, daß die SPD-Fraktion eine klare Antwort gibt, auch deshalb, weil sie in besonderem Maße die Interessen Niedersachsens berührt. Ich appelliere daher an die Mitglieder der SPD, ihre Verantwortung als freigewählte Parlamentarier wahrzunehmen, sich in der wichtigen zentralen Frage für Deutschland, aber auch für Niedersachsen nicht leiten zu lassen von persönlichen Machtinteressen und parteitaktischen Kalkülen einzelner,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

sondern mit der Zustimmung zum Antrag der Fraktion der FDP ein klares Bekenntnis zur Einheit Deutschlands abzulegen. Ich appelliere an die SPD, sich nicht aus der Verantwortung zu stehlen, sondern der besonderen nachbarschaftlichen Verantwortung Niedersachsens gerecht zu werden und die Voraussetzungen mitzuschaffen, damit den Menschen in der DDR ein menschenwürdigeres und hoffnungsvolleres Leben ermöglicht wird als bisher.

Ich beantrage für die Fraktion der FDP namentliche Abstimmung. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Bruns.

Bruns

Bruns (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die erfülltesten Tage in meinem politischen Leben — ich gebe zu, heute ist einer hinzugekommen —

(Beifall bei der SPD)

waren jene Tage, an denen in Osteuropa, besonders aber in der DDR, die Menschen durch eine friedliche Revolution die kommunistische Diktatur, die absolute Herrschaft des kommunistischen Apparates und der kommunistischen Ideologie überwunden haben. Das waren die schönsten Tage in meinem politischen Leben. Für mich war besonders beeindruckend, daß es die vielen jungen Menschen waren, die auf die Straße gingen, mutig auf die Straße gingen. Diese Revolution ist weitestgehend ihr Werk, das Werk der jungen Männer und der jungen Frauen in der DDR.

(Beifall bei der SPD.)

Sie waren hineingeboren in den kommunistischen Staat, in die kommunistisch beherrschte Gesellschaft, erzogen im kommunistischen Kindergarten, indoktriniert bei den Jungen Pionieren, über den kommunistischen Leisten geschlagen in Schule und Universität, zum Haß gegen die europäische, demokratische Tradition erzogen, in der Nationalen Volksarmee, um dann festzustellen: Es war alles umsonst. Die ganze kommunistische Erziehungsmacht hat nicht hingereicht. Der Wille der Freiheit und der Wille zur Selbstbestimmung waren stärker als alle totalitäre Staatsmacht. Das ist eine der schönsten Erfahrungen, die ich in meinem politischen Leben gemacht habe.

(Beifall bei der SPD.)

Ich glaube, so oder ähnlich haben wir es doch wohl alle an jenen Tagen empfunden, wenn wir fassunglos davorstanden und unsere Sprache nicht mehr ausreichte, um das, was wir empfanden, auszudrücken, so daß wir dann zurückwichen auf die eine Vokabel: Wahnsinn, Wahnsinn!

Das ist doch die Erkenntnis gewesen, über die wir uns an jenen Tagen wenigstens alle einig waren.

Meine Damen und Herren! Mir geht es darum, folgendes deutlich zu machen: Es geht mir bei der Diskussion über den Staatsvertrag des Bundeskanzlers Helmut Kohl — und es ist sein Staatsvertrag, lieber Herr Hildebrandt;

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

die zuständigen Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland konnten nicht einmal mitdiskutie-

ren bei dem Zustandekommen dieses Staatsvertrages; es ist also sein Staatsvertrag —

(Beifall bei der SPD)

nicht um das Ja oder Nein zur deutschen Einheit. Der deutschen Einheit sind wir alle verpflichtet,

(Lachen bei der CDU)

allein in Respekt — — —

(Zurufe von der CDU.)

— Wenn Sie mal aus meinem Munde hören, warum Sie die Wahl verloren haben, meine Damen und Herren, dann auch wegen dieser Unverschämtheiten, die Sie hier an den Tag legen, auch wegen dieser Unverschämtheiten!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wollen Sie mir denn unterstellen, daß hier jemand steht, der dieses Parlament belügt, der nicht das sagt, was er wirklich meint? Was ist das für eine Art und Weise, in der Sie mit dem politischen Gegner umgehen?

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

— Gansäuer [CDU]: Vorsichtig! — Zuruf von Kuhlmann [CDU].)

Ich weiß, was los ist: Sie beurteilen uns nach Ihren Vorurteilen. Sie sollten uns beurteilen nach dem, was wir tun, und nach dem, was wir sagen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

— Kuhlmann [CDU]: Sie haben von der Lebenslüge der Nation gesprochen in bezug auf Wiedervereinigung!)

Ich kehre zurück zu dem, was ich dem Parlament gern mitteilen möchte. Ich lasse mich auch durch den Geräuschterror nicht davon abhalten.

(Kuhlmann [CDU]: Ihre Regierung wünschte die deutsche Einheit ausdrücklich nicht! Das haben Sie im Niedersächsischen Landtag noch vor wenigen Wochen gesagt! So!)

— Ich lasse die noch ein bißchen, damit unsere Zuhörer wissen, mit wem sie es auf der rechten Seite des Hauses zu tun haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich bitte den Landtagspräsidenten, die Minuten, die ich Pause machen muß, der CDU-Fraktion und nicht mir anzuschreiben.

(Jahn [CDU]: Ich glaube, es geht los!)

Präsident Milde:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kuhlmann?

Bruns (SPD):

Nein. Eine Zwischenfrage von Herrn Kuhlmann bestimmt nicht. Er ist schon einmal reingefallen. Er sollte lieber gar keine Zwischenfrage mehr stellen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, der deutschen Einheit sind wir alle verpflichtet; allein in Respekt vor der Leistung derer, die sich die Freiheit erkämpft haben und die sich mit der erkämpften Freiheit die Einheit erarbeiten wollen.

Es geht ausschließlich um die Frage, ob der Staatsvertrag des Bundeskanzlers Kohl der richtige Weg zur deutschen Einheit ist oder nicht. Das ist der Punkt, über den heute hier diskutiert wird. Ich sage, Herr Hildebrandt, mit Nachdruck für jedes einzelne Mitglied meiner Fraktion: Nein, dieser Staatsvertrag entspricht nicht dem Ziel, einen Weg zur deutschen Einheit zu gehen mit möglichst wenig sozialen und kulturellen Brüchen. Er entspricht nicht, sondern er widerspricht diesem Ziel.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir befürchten übereinstimmend in unserer Fraktion, daß die Menschen in der DDR zum zweiten Mal betrogen werden.

(Widerspruch bei der CDU. — Zuruf von der CDU: Das ist eine Unverschämtheit! — Stock [CDU]: Das ist schlimm, was Sie sagen! Haben Sie sich das wohl überlegt?)

Nachdem die Menschen in der DDR 40 Jahre lang betrogen worden sind, um die Früchte der Befreiung von der Nazidiktatur betrogen wurden, fürchten wir jetzt, daß sie dadurch um die Früchte ihrer Revolution gebracht werden könnten, daß die Demokratie in der Gestalt der Massenarbeitslosigkeit zu ihnen kommt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Darum geht es im Ringen um die Frage des Kohl'schen Staatsvertrages; nicht um das Bekenntnis zur deutschen Einheit.

Es geht uns auch darum, meine Damen und Herren, daß die ersehnte und erkämpfte Freiheit in der DDR, die wir auch als das Ergebnis der sozial-liberalen Politik von Willy Brandt und Walter Scheel sehen, daß diese ersehnte Freiheit in der

DDR nicht durch soziales Unglück für Millionen von Menschen verdunkelt wird. Darum geht es uns bei der Diskussion um den Staatsvertrag.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich möchte, bitte, nicht falsch verstanden werden:

(Zuruf von Hirche [FDP]. — Gegenruf von Auditor [SPD]: Er muß sich erst an die neue Situation gewöhnen!)

Niemand von uns im Westen kann sich brüsten

— — —

(Briese [CDU]: Die Rede schließt mit dem Satz „Gisy ins Kabinett“!)

— Meine Damen und Herren, haben Sie das gehört? — „Die Rede von Bruns schließt mit dem Satz: Gisy ins Kabinett.“ — Sie wissen, von wem wir das gehört haben. Von ihm haben wir nichts anderes erwartet. Ich werde darauf gleich noch zurückkommen, wenn Sie mir Gelegenheit geben.

(Zuruf von der CDU: Mit etwas mehr Substanz!)

Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Niemand von uns im Westen kann sich brüsten, mit seinem Verhalten den Sieg der Freiheitsbewegung im Osten herbeigeführt zu haben. Der entscheidende Durchbruch in Polen war das Werk der tapferen Männer und Frauen von Solidarnosc. In Ungarn zeigte sich, daß die alte Freiheitsbewegung unter den Panzern des Warschauer Paktes nicht erstickt war. In der Tschechoslowakei war die Macht des Wortes von Vaclav Havel und von anderen Philosophen und Dichtern stärker als die Macht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. In der DDR war es der ruhige und beharrliche Mut derer, die nach den Gottesdiensten auf die Straßen gingen und riefen: „Wir sind das Volk.“ Die Revolution im Osten, in der DDR ist das Werk der Menschen dort.

Aber, meine Damen und Herren, ich sage ebenso deutlich und mit Selbstbewußtsein: Ich bin stolz, der Partei anzugehören, in der jener Mann sein Lebenswerk vollenden konnte, der Voraussetzungen geschaffen hat für die erfolgreiche Freiheitsrevolution im Osten — nämlich Willy Brandt. Ich bin stolz darauf!

(Starker Beifall bei der SPD.)

Wer will bestreiten, daß die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Bundesregierung eine Voraussetzung für die Emanzipation der osteuropäischen Staaten von Moskau gewesen ist? Wer will das bestreiten? Sie werden keinen Tschechen, kei-

Bruns

nen Polen finden, der das bestreitet. Vielleicht werden sich einige von der CDU finden, die das bestreiten.

(Beifall bei der SPD.)

Wer will bestreiten, daß das zunächst nur formale Durchsetzen der Menschenrechte im kommunistischen Machtbereich, nämlich der KSZE-Prozeß und die Schlußakte, eine wesentliche Voraussetzung für die Operationsfähigkeit der Friedensbewegung und der Freiheitsbewegung in Osteuropa gewesen ist? Sie von der CDU und auch Ihr heutiger Bundeskanzler haben das alles bekämpft. Sie haben nicht nur diese Politik diffamiert, sondern auch die Persönlichkeiten, die für diese Politik gestanden haben, nämlich Willy Brandt und Walter Scheel. Das sollte hier heute nicht überhört werden.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben die KSZE-Akte abgelehnt. Sie standen dabei allein, fast allein. Sie hatten nur einen einzigen Verbündeten, nämlich die Kommunisten in Albanien. Das waren die einzigen Verbündeten, die Sie gegen den KSZE-Prozeß gehabt haben.

(Horrnann [CDU]: Jetzt werden Sie unverschämt!)

Wir werden es nicht zulassen — das ist gerade schon wieder versucht worden —, daß Sie jetzt den Spieß umdrehen und ausgerechnet uns wieder einmal in die Ecke derer stellen wollen, die nicht zu unserem Volk stehen. Die SPD nicht!

(Reinemann [CDU]: Genau so! — Briese [CDU]: Was heißt hier „stellen“?)

Nicht 1918, als die erste deutsche Demokratie gegen den Widerstand von Kommunisten und Konservativen durchgesetzt werden mußte, und nicht 1933 haben wir auf der falschen Seite der Geschichte gestanden,

(Kuhlmann [CDU]: Wir auch nicht! — Unruhe bei der CDU)

als die SPD die einzige Partei im Reichstag war, die gegen Hitler gestimmt hat; die Konservativen und Liberalen haben für ihn gestimmt, alle, ohne Ausnahme.

(Beifall bei der SPD.)

Wir standen auch 1945 in der DDR nicht auf der falschen Seite der Geschichte,

(Reinemann [CDU]: Aber heute mit Sicherheit! — Weitere Zurufe von der CDU)

als nach der Zwangsvereinigung Sozialdemokraten von der CDU und der SED verfolgt worden sind.

(Beifall bei der SPD. — Unruhe bei der CDU.)

Ich will das hier noch einmal deutlich sagen: SED und CDU waren die Kompagnons in jenem Staat, der Sozialdemokraten verfolgte und Christen verfolgte.

(Starker Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den Grünen. — Zurufe von der CDU. — Unruhe bei der CDU.)

Sie waren die Kompagnons in jenem Staat, in dem die Menschenrechte mit Füßen getreten wurden.

(Beifall bei der SPD. — Döring [CDU]: Wer hat denn dort jetzt die Mehrheit?)

Die Liberalen rannten mit ihrem Fähnchen hinterher: „Wir auch Sozialismus, wir auch Sozialismus, wir auch!“ Wohl gemerkt, meine Damen und Herren und lieber Herr Hildebrandt: nicht Sozialismus unter Chruschtschow, sondern Sozialismus unter Stalin, hinter dem sie mit ihrem Fähnchen hergerannt sind — nicht Sie, sondern die Liberalen in der DDR.

(Reinemann [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

— Nein, keine Zwischenfragen.

(Stock [CDU]: Diese Auftaktrede, die Sie hier halten, finde ich ganz schlimm! — Jahn [CDU]: Geschichtsklitterei ist das!)

Meine Damen und Herren, niemand aus dem Bereich der konservativen und liberalen Parteien hat das Recht, die Sozialdemokraten zu verdächtigen, in Schicksalsfragen unseres Volkes unzuverlässig zu sein. Daher wiederhole ich: Bei der Frage um den Staatsvertrag des Bundeskanzlers geht es nicht um die Frage des Ja oder Nein zur deutschen Einheit, sondern allein um die Frage, ob der Alleingang des Bundeskanzlers Kohl der richtige Weg ist oder nicht. Wir sagen: Nein, das ist nicht der richtige Weg. Nur darum geht es.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung von Frau Dr. Schole [Grüne]. — Stock [CDU]: Als erfahrener Parlamentarier sollten Sie sich schämen, hier solch eine Auftaktrede zu halten! Wenn das der Stil einer Regierungspartei ist, die Sie hier einführen — unverschämt!)

Aus unserem Entschließungsantrag können Sie ersehen, daß wir sowohl gegen die Weise des Zu-

standekommens des Staatsvertrages als auch gegen seinen Inhalt große Bedenken haben. Diese Bedenken haben die Grünen und wir gleichermaßen. Erstens. Die Verfassungsorgane unseres Staates wurden bei der Abfassung des Staatsvertrages nicht beteiligt. Im Gegenteil, sie wurden brüskiert. Zweitens. Die politischen Kräfte, die unsere Demokratie tragen, wurden vom Einigungsprozeß, soweit er sich in der Staatsakte abspielt, ausgeschlossen. Drittens. Die übergangslose Einführung der D-Mark und damit das übergangslose Aussetzen der maroden DDR-Betriebe der konzentrierten Wirtschaftsmacht des Westens gegen den Rat anerkannter Experten ist nach unserer Meinung ein Fehler. Viertens. Die Übergangsfrist von zehn Jahren — die Sie, Herr Hildebrandt, gerade unterschlagen haben — für die nicht unseren Sicherheitsstandards entsprechenden Atomanlagen wie zum Beispiel in Morsleben ist eine Situation, die wir, Grüne und Sozialdemokraten, nicht akzeptieren.

(Hirche [FDP]: In Niedersachsen!)

Es gäbe also für keinen Sozialdemokraten einen Grund, den Kohlschen Staatsvertrag in der morgigen Sitzung des Bundesrates passieren zu lassen. Es gäbe keinen Grund, ihn passieren zu lassen — weil wir ihn für unglücklich halten —, wenn wir noch Herr des Verfahrens wären. Aber wir sind es nicht. Niemand ist mehr Herr des Verfahrens.

(Zuruf von Reinemann [CDU].)

Der Zug zur deutschen Einheit hat durch den Fahrplan des Bundeskanzlers ein solches Tempo erreicht, daß ein plötzlicher Stopp durch den Bundesrat ein unverantwortbares Chaos in der DDR und mit Rückwirkungen schlimme Folgen in der Bundesrepublik anrichten würde.

(Zurufe von der CDU.)

Darum darf der Staatsvertrag nicht scheitern.

(Aha! bei der CDU.)

Daß wir das so sehen, wußte auch die FDP.

(Hildebrandt [FDP]: Das ist doch eine fürchterliche Eierei! — Stock [CDU]: Ober-eiertänzer!)

— Herr Präsident! — Ich will in die Art und Weise, wie der Herr Präsident sein Amt führt, nicht hineinreden.

(Jahn [CDU]: Das fehlte auch noch!)

Aber wenn der Geräuschterror absolut wird, meine ich doch, daß man dies in diesem Parlament so nicht machen kann.

(Beifall bei der SPD. — Stock [CDU]: Erst hält er eine Verleumdungsrede, und dann beschwert er sich!)

Daß wir das, was ich zum Schluß gesagt habe, so sehen, wußte auch die FDP. Nun gedenkt sie, mit kleinen Pfiffigkeiten wie dem vorliegenden Antrag die rot-grüne Koalition in Schwierigkeiten zu bringen. Da will ich Ihnen nun einmal in aller Offenheit und Freundschaft etwas sagen, meine Damen und Herren: Wenn wir Schwierigkeiten in der Koalition bekommen,

(Gansäuer [CDU]: Dann macht ihr sie Euch selber!)

dann machen wir sie uns selber.

(Gansäuer [CDU]: Ja!)

Dann brauchen wir euch nicht. Dazu seid ihr nicht nötig!

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Viele von uns hätten gar keine Schwierigkeiten, dem FDP-Antrag zuzustimmen. Ich hätte auch überhaupt keine Schwierigkeiten, ihm zuzustimmen.

(Zurufe von Hildebrandt [FDP], Küpker [FDP] und Frau Knoblich [CDU]: Machen Sie es doch!)

Aber ich will nicht darum herumreden, warum ich es nicht tue und warum es viele andere meiner Partei, die dies möchten, auch nicht tun. Ich will Ihnen einfach und ehrlich sagen, warum nicht: Wir können es nicht, weil wir einen Koalitionsvertrag haben, in dem wir niederlegten, daß wir nicht mit unterschiedlichen Voten abstimmen. Das ist allein der Grund.

(Beifall bei den Grünen. — Aha! bei der CDU. — Zurufe von der CDU.)

Ich halte nämlich überhaupt nichts von den Interpretations-Kunststückchen, mit denen in der CDU/FDP-Koalition — warten Sie einmal, gleich wird Herr Hildebrandt blaß — die doch eigentlich ganz normalen Widersprüche zwischen zwei Koalitionspartnern zugedeckt werden sollten. Die meisten von Ihnen, viele waren dabei. Das war doch eher peinlich. Ich denke noch an das Entsetzen in den Augen von CDU-Vertretern und von Herrn Hildebrandt, als Minister Jürgens in seiner letzten deutschlandpolitischen Rede deutlich machte,

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen)

Bruns

daß die FDP in wichtigen Positionen der SPD näher war als dem Koalitionspartner CDU.

(Reinemann [CDU]: Das lag am Redenschreiber!)

Wissen Sie noch, wie groß die Aufregung war? Die Glocke des Präsidenten konnte kein Ende finden! Wir mußten die Sitzung unterbrechen. Für fast eine Stunde haben Sie in den Hinterzimmern gesessen und darüber diskutiert, wie es möglich ist, daß jemand ins Parlament geht und einfach die Wahrheit sagt! Worüber haben Sie sich denn sonst streiten können?

(Starker Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Hildebrandt [FDP]: Phantasieren Sie doch nicht! — Zuruf von Briese [CDU].)

Bei Ihnen brach Panik aus, und zwar aus einem einzigen Grunde: weil Herr Jürgens das sagte, was jeder wußte: CDU und FDP haben in der Deutschlandpolitik unterschiedliche Meinungen.

Nun will ich Ihnen etwas sagen. Frau Dücker und ich haben uns fest vorgenommen: Solchen Parlamentszirkus können Sie von uns — Gott sei dank — nicht erwarten.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Lachen bei der CDU. — Zurufe von Briese [CDU], Hildebrandt [FDP] und Reinemann [CDU].)

Wir wollen Transparenz, meine Damen und Herren, und wir können uns die Transparenz auch leisten. SPD und Grüne sind über das Abstimmungsverhalten im Bundesrat unterschiedlicher Meinung. Das dürfen sie sein. Sie akzeptieren gegenseitig voneinander, daß sie unterschiedlicher Meinung sind, und es wird offen dargestellt, daß wir unterschiedlicher Meinung sind, damit jeder weiß, woran er mit dieser Koalition ist.

Die FDP, Herr Hildebrandt, hat bei der Abfassung ihres Antrages natürlich nur die historische Dimension der deutschen Einheit im Auge gehabt. Daß Sie uns, den Grünen und der SPD, mit diesem Papier Schwierigkeiten machen wollten, ist ihnen wahrscheinlich erst heute vormittag eingefallen.

(Fischer [CDU]: Was Sie gerade beschreiben, ist Ihr Heißluftballon!)

Ihr Ziel war es, die deutsche Einheit hier im Niedersächsischen Landtag voranzubringen.

(Zurufe von Hildebrandt [FDP] und Hirche [FDP].)

Ich sage Ihnen: Das glaubt Ihnen jeder. Jeder glaubt Ihnen, daß Sie nur diese historischen Dimensionen im Auge gehabt haben!

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD.)

Aber Sie, lieber Herr Hildebrandt, haben das wahrscheinlich aufgeschrieben. Sie werden doch nicht im Ernst geglaubt haben, daß Grüne und wir wegen Ihres Antrages den Wählerauftrag für ein gemeinsames Regieren in Frage stellen würden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Auf die Idee können Sie doch nicht im Ernst gekommen sein! So einfach ist das.

(Hildebrandt [FDP]: Sie meinen, wir sollten auf Anträge verzichten?)

Wir stimmen für unseren eigenen Entschließungsantrag, weil er exakt unserer Beurteilung der Inhalte und der Wirkung des Staatsvertrages entspricht.

Damit überhaupt keine Unklarheit über unsere Haltung zur morgigen Abstimmung im Bundesrat aufkommen kann, erkläre ich für unsere Fraktion noch einmal mit Nachdruck: Wir erwarten von unserer Landesregierung, sich so zu verhalten, daß der Staatsvertrag an ihr nicht scheitert.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD. — Anhaltendes Lachen bei der CDU. — Stock [CDU]: Das ist ein Eiertanz! — Das war der neue Parlamentsstil von Herrn Bruns! — Grill [CDU]: Das ist Transparenz! — Jahn [CDU]: Nur der Wahrheit verpflichtet! — Gegenruf von Bruns [SPD]: Das ist die pure Wahrheit! Das überrascht euch, daß hier einfach die Wahrheit gesagt wird!)

Präsident Milde:

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Dücker.

(Anhaltende Zurufe von der CDU. — Glocke des Präsidenten.)

— Das Wort habe ich Frau Dr. Dücker erteilt und nicht Ihnen allen!

Frau Dr. Dücker (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Vor allen Dingen meine lieben neuen Kolleginnen und Kollegen!

(Briese [CDU]: Herr Bruns, hören Sie zu!)

Ich möchte vorab eine Bemerkung zu einer Äußerung des Alterspräsidenten machen, der sich heute morgen schon mit dem Thema befaßt hat.

Ich glaube, den meisten hier ist klar, daß die Behauptung falsch ist, die Anerkennung der polnischen Grenzen, insbesondere der Oder-Neiße-Linie, erfolge auf Anraten oder unter Zwang der Alliierten. Ich glaube, daß der Mehrheit der Menschen in der Bundesrepublik und auch in der DDR seit langem klar ist, daß es für eine friedvolle europäische Entwicklung längst überfällig ist, daß hier ein deutliches Wort gesprochen wird.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, Sie haben es eben schon gehört, es ist klar: Unsere Fraktion, die Fraktion der Grünen, lehnt den Staatsvertrag in der jetzigen Fassung und so, wie er morgen im Bundesrat zur Abstimmung gestellt wird, ab.

(Hildebrandt [FDP]: Was wollen Sie denn?)

— Das sage ich Ihnen gleich! — Die Grünen wollen ein sanftes Zusammenwachsen beider deutscher Staaten. Das heißt, wir wollen keine Chaosvereinigung, sondern wir wollen eine Vereinigung, bei der erstens auch die existentiellen Rechte der Bürgerinnen und Bürger in der DDR gesichert sind, bei der zweitens dieser Vereinigungsprozeß in demokratischen Bahnen verläuft, indem unter anderem auch mit getrennten Volksabstimmungen den Bevölkerungen in der Bundesrepublik und in der DDR ein Mittel an die Hand gegeben wird, ihre neue, ihre gemeinsame Verfaßtheit auch gemeinsam zu gestalten, und wir wollen drittens, daß diese Vereinigung so läuft, daß die umweltpolitischen Belange obenangestellt und nicht, wie das jetzt der Fall ist, einfach unter den Tisch gekehrt werden.

(Beifall bei den Grünen. — Grill [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Meine Damen und Herren, was jetzt passiert, ist genau das Gegenteil: In einem Urknallverfahren wird zum 1. Juli die Währungsunion eingeführt. Das ist eine Tatsache, an der nicht mehr zu rütteln ist. Aber es ist überhaupt nicht notwendig, daß wir uns hier in Niedersachsen beispielsweise von der Bundesregierung einen völlig unzulänglichen Staatsvertrag aufzwingen lassen, einen Staatsvertrag, der die ökologischen, die demokratischen Belange nicht regelt und der insbesondere zu unübersehbaren politischen und sozialen Risiken führt.

Meine Damen und Herren, mit diesem Staatsvertrag findet der Parforceritt des Bundeskanzlers für

die Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik einen vorläufigen Höhepunkt. Deswegen lehnen wir ihn ab. In unglaublicher Geschwindigkeit werden die Souveränitätsrechte der DDR auf Organe in der Bundesrepublik übertragen. Ich glaube, damit wird genau intendiert, was jetzt auch passiert, daß nämlich eine gründliche Überprüfung der Hunderte, der Tausende von Gesetzesänderungen und -übernahmen, die damit notwendig werden, im Hinblick auf die Folgen auch für die DDR überhaupt nicht möglich ist. Das ist beabsichtigt, das passiert nicht zufällig.

Meine Damen und Herren, deshalb ist ganz offensichtlich: Es geht nicht darum, eine sinnvolle, eine allmähliche Angleichung der Lebensbedingungen der Menschen in beiden deutschen Staaten zu bewirken, sondern es geht darum, der DDR ohne Rücksicht auf Verluste die ökonomischen und die politischen Strukturen der Bundesrepublik aufzudrücken.

Nur in ganz wenigen Bereichen — bezeichnenderweise natürlich im Bereich des Umweltrechtes — werden allerdings massenhaft Ausnahmen gemacht, was die Regelungen der Bundesrepublik Deutschland anbelangt. Eine ganz eklatante Ausnahme ist — das ist hier eben schon angeklungen —, daß z. B. die atomaren Schrottreaktoren in der DDR, insbesondere — und das ist für Niedersachsen sehr wichtig — aber auch das in einem abenteuerlichen Zustand befindliche Endlager Morsleben, noch weitere zehn Jahre unter Bedingungen weiterlaufen können, die selbst dem völlig unzureichenden bundesdeutschen Atomgesetz nicht genügen.

Meine Damen und Herren, wir haben Glück: Mit dieser rot-grünen Landesregierung hat Niedersachsen endlich eine Regierung, mit der die Zeiten vorbei sind, in denen die Gefährdungen der Atomindustrie ignoriert und den ökonomischen Interessen der Atomlobby untergeordnet werden. Allein die Gefährdungen, die durch diesen Staatsvertrag z. B. in bezug auf Morsleben auf die Bevölkerung in der DDR und auf die Bevölkerung in Niedersachsen zukommen, sind schon Grund genug, den Staatsvertrag abzulehnen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Darüber hinaus ist eine ernstgemeinte Umweltunion bitternotwendig. Sie ist bisher überhaupt noch nicht gegründet worden. Eine Umweltunion mit Regelungen über eine umweltverträgliche Energieversorgung, eine Müllvermeidung und Deponiesanierung wäre nötig, eine Vereinbarung, die Schluß mit einer Verkehrspolitik macht,

Frau Dr. Dückert

die der Straße den Vorrang gibt, und die die bestehende Chance nutzt, für Niedersachsen, die Bundesrepublik und für die DDR endlich eine ökologisch verträgliche Verkehrspolitik zu betreiben. Das wird aber nicht gemacht.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Wir brauchen Regelungen für Schutzzonen, Nationalparks und vieles andere mehr. Aber: Dieser Staatsvertrag ist nicht nur im Bereich des Umweltrechtes lückenhaft, fehlerhaft und ungenügend, sondern er ist es auch im Bereich der Währungsunion selbst. Da werden der Bundesbank quasi Blankoschecks ausgestellt und ein unbegrenzter Zutritt zu den Geschäftsräumen sowie den Akten und Unterlagen der Banken und natürlich auch zu den Akten und Unterlagen der Kundinnen und Kunden gewährt.

(Hildebrandt [FDP]: Warum wollen Sie das nicht?)

— Nein, das wollen wir nicht. Wir wollen es nicht, weil es einer faktischen Abschaffung der staatlichen Souveränität in der DDR entspricht.

(Gansäuer [CDU]: Das wollen Sie doch selber nicht!)

Das ist im Detail geregelt. Was ich aber vermisse — Herr Hildebrandt, das ist sehr symptomatisch —, ist z. B. ein detaillierter Hinweis darauf, wie das Vermögen der Blockparteien — ich meine nicht nur das der PDS — in die Umgestaltung der DDR-Wirtschaft einbezogen wird.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

— Stock: Frau Dückert, das ist ein Vertrag zwischen zwei souveränen Staaten!)

— Herr Stock, es geht nicht nur um diese Souveränitätsrechte. Es geht um vieles andere mehr; z. B. darum, daß die Nachbesserungen — ich nenne sie „Verschlimmbesserungen“ — im Einzelfall hart an der bundesdeutschen Verfassungsmäßigkeit vorbeisteuern. Ich will nur ein Beispiel nennen; es gibt auch noch andere. Ein Beispiel ist die angestrebte Fahndungsunion. Ich will jetzt gar nicht über den Sinn oder Unsinn einer Fahndungsunion rechten. Hier werden im Austausch von personenbezogenen Daten aber tiefgreifende Eingriffe in die verfassungsrechtlichen Kompetenzen der Länder — z. B. in das Polizeirecht — geplant, und zwar mit dem Trick, daß der Bundesrat an dieser Stelle ausgehebelt wird und die Länder nicht einmal über das befinden können, was ihnen da aufgedrückt wird. Das Ganze wird verschleiert, indem die Rechtsverordnungen, die die Bundesregierung erlassen darf, nach drei Monaten außer Kraft gesetzt werden.

Meine Damen und Herren, das sind Einzelbeispiele. In der Summe bleibt aber — das muß man zu diesem Staatsvertrag deutlich sagen — der Eindruck, daß der Bundeskanzler und die Bundesregierung massiv durchzocken wollen und nichts anderes. Außerdem wollen sie der DDR mit den realen oder vermeintlichen Notwendigkeiten und Begleitmaßnahmen zur Absicherung der Währungsumstellung in einem Blitzverfahren ökonomische und politische Bedingungen der Bundesrepublik einfach überstülpen.

Was bleibt, ist ein ganz unwürdiges Schauspiel, in dem Herr Kohl und seine Berater die ganze Zeit das Heft in der Hand gehabt haben. Was bleibt, ist auch für uns ganz eindeutig die Erkenntnis, daß es bisher überhaupt keine ernsthaften Bemühungen gegeben hat, nachzubessern. Das waren alles kosmetische Nachbesserungen, selbst wenn die Mehrheit der SPD-Führung auf Bundesebene das nicht so sieht.

Die neue Landesregierung in Niedersachsen und die sie tragenden Fraktionen, das heißt auch die Fraktion der Grünen, werden deshalb dem FDP-Antrag nicht zustimmen. Wir werden ihn ablehnen; denn ihr Antrag hat vor allem einen Zweck — das ist ganz klar —: Er hat nicht nur den Zweck, der neuen Landesregierung kleine Nadelstiche beizubringen — das ist überhaupt kein Problem —, sondern er hat einen ganz anderen Zweck, und den finde ich problematisch, nämlich die berechtigte Kritik an dem Staatsvertrag, an der Eile, an der Art, wie hier ein Vereinigungsprozeß vorangetrieben wird, einfach unter den Tisch zu wischen mit einer vorbehaltlosen Zustimmung. Das kann nicht angehen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Wir haben zusammen mit der SPD-Fraktion einen Antrag eingebracht — die wesentlichen Kriterien habe ich eben genannt —, nach dem die Landesregierung entscheiden muß, nach unserer Auffassung den Staatsvertrag ablehnen muß. Ich sage Ihnen noch einmal ganz deutlich: Nach unserer Auffassung sind die Veränderungen des Staatsvertrages nichts Besseres gewesen als verschleierte Kosmetik. Deshalb, meine Damen und Herren, wird sich die Landesregierung entsprechend der Koalitionsvereinbarung morgen im Bundesrat an der Abstimmung zum Staatsvertrag nicht beteiligen.

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Gansäuer.

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bruns, es tut mir ein bißchen leid, was ich Ihnen jetzt sagen muß,

(Lachen bei der SPD)

gerade zu Beginn einer neuen Legislaturperiode. Aber ich muß Ihnen gratulieren: Sie haben es soeben tatsächlich fertiggebracht, die übelste Rede Ihrer politischen Laufbahn zu halten!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle frage ich mich: Was ist das eigentlich für eine Koalition?

(Auditor [SPD]: Eine gute!)

Der Herr Bruns sagt, Sie seien ja eigentlich auch dafür, daß dieser Staatsvertrag in Kraft treten müsse. Dies bedeutet doch nichts anderes, weil FDP und CDU auch dafür sind, daß 5,5 % der niedersächsischen Wähler darüber befinden, wie Niedersachsen im Bundesrat abstimmt, obwohl 94 % der Wähler etwas anderes wollen.

(Beifall bei der CDU und bei FDP.)

Wenn Sie das unter Demokratie verstehen, dann würde ich Sie bitten, darüber noch einmal nachzudenken.

Im übrigen kann ich nur feststellen, Herr Bruns: Ihre ganze Rede war eine einzige Kritik an Jochen Vogel und der Bundes-SPD.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Herr Bruns, weil Sie das mit der Kumpanei angesprochen haben: Ich habe in diesem Zusammenhang noch eine Frage.

(Bruns [SPD]: Kompagnon habe ich gesagt! Das ist viel schlimmer!)

Können Sie mir eine demokratische Partei auf der ganzen Welt nennen, die freiwillig mit der SED einen Vertrag abgeschlossen hat, außer der SPD? Können Sie mir eine nennen?

(Beifall bei der CDU.)

Sagen Sie mir eine; ich frage Sie.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Staatsvertrag ist, wie immer man seinen Inhalt im einzelnen beurteilt, eben nicht nur ein Papier, das den Einigungsprozeß der Deutschen regeln soll, was für sich allein genommen — da bin ich durchaus Ihrer Meinung — schon sehr viel wäre. Dieser Staatsvertrag soll vielmehr auch, wie ich meine, einen Schlußstrich unter die leidvollste Zeitspanne deutscher Geschichte ziehen. Dabei

wollen wir die Jahre von 1933 bis 1945 nicht verschweigen und vergessen, sondern wir wollen die Vergangenheit, die zur Spaltung Deutschlands führte und die die Deutschen selbst durch den Beginn des Zweiten Weltkrieges zu verantworten haben, als Mahnung und bittere Erfahrung für unsere Zukunft bewahren.

Wir wollen gerade in diesen Tagen nicht vergessen, daß viele Generationen, Herr Bruns, das herbeigesehnt haben, was durch diesen Vertrag in greifbare Nähe rückt, nämlich ein freies und demokratisches Europa.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD: Wer vor diesem Hintergrund die Rauchschwaden über unseren Stammtischen und das Besitzstandsdenken eines Teils unserer Bürger zum Kriterium für seine politische Entscheidung im Hinblick auf die deutsche Einheit macht, repräsentiert in Wahrheit einen Typ von Politiker, dem Taktik alles, Solidarität wenig und Verantwortung für die Zukunft nichts bedeutet.

(Beifall bei der CDU. — Frau Tewes [SPD]: Das müssen Sie gerade sagen! — Aller [SPD]: Gucken Sie mal in den Spiegel, Herr Gansäuer!)

In dieser Zeit benötigen wir eben nicht die klein-karierten Wohlstandschauvinisten, sondern Frauen und Männer, die bereit sind, über den Teller- rand ihrer parteipolitischen Überzeugung hinwegzusehen, um gemeinsam das zu tun, was die Lage der Deutschen erfordert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Es übersteigt jede menschliche Vorstellungskraft, daß das Leiden und Sterben von Millionen Menschen in zwei Weltkriegen einen Sinn gehabt haben kann. Aber wenn es ein Vermächtnis dieser Toten geben würde — — —

(Oh! bei der SPD und bei den Grünen.)

— Ich wiederhole: Aber wenn es ein Vermächtnis dieser Toten geben würde, dann doch wohl dies, daß die Deutschen die Hand, die ihnen die Geschichte so unerwartet entgegenstreckt, nicht ausschlagen dürfen oder nicht zu lange zögern dürfen, sie zu ergreifen. Denn niemand weiß heute — etwa angesichts der Vorgänge in der Sowjetunion —, ob diese Hand auch morgen noch, Frau Dückert, ausgestreckt sein wird.

(Beifall bei der CDU.)

Daß das Denken Gorbatschows auch künftig die sowjetische Politik bestimmen wird, ist leider

Gansäuer

nicht so sicher, wie manche bei uns das meinen.

Meine Damen und Herren, man kann es drehen und wenden wie man will, Herr Bruns. Man kann es herauf und herunter interpretieren. Der Antrag von SPD und Grünen bedeutet ein Nein zum Staatsvertrag ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.
— Zustimmung von Frau Dr. Dücker
[Grüne].)

Als ich mir diesen Entschließungsantrag gestern abend noch einmal durchlas — wenn ich das folgende sage, müssen Sie wieder dazwischenschreien —, habe ich mich gefragt, was wohl die großen Männer unserer Nachkriegsgeschichte, wie zum Beispiel Ernst Reuter, Kurt Schumacher, Konrad Adenauer oder Theodor Heuss zu diesem Antrag gesagt hätten. Als ich diesen Antrag las und mich an diese Männer erinnerte, habe ich mich für diese Landesregierung geschämt und nichts anderes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.
— Zurufe von der SPD.)

Dieser Antrag ist ein Glaubwürdigkeitsspagat zwischen Rot und Grün, der in der Unglaubwürdigkeit enden muß und das Gegenteil von politischer Verantwortung darstellt.

(Beifall bei der CDU. — Frau Dr. Dücker
[Grüne]: Wir machen keine Eiertänze! Sie
haben das die ganze Zeit gemacht!)

Damit Sie es nun leichter haben, möchte ich noch folgendes bemerken. Annemarie Renger, die hoffentlich in der SPD noch gelitten ist, hat vor wenigen Tagen mit bemerkenswerter Klarheit gesagt — ich zitiere —:

„Solange ich denken kann, nach 1945 und als Mitarbeiterin von Kurt Schumacher, war die Politik der SPD immer unter dem Dach zu sehen, die deutsche Einheit wieder zu erreichen oder sie zu festigen. Alle Politik, die da geschehen ist, mußte man so beurteilen. Und jetzt ist für mich die Chance gegeben, dies auch aufgrund unseres Grundgesetzes zu erreichen. Und da bin ich der Meinung, man muß dem Vertrag zustimmen.“

Das hat Annemarie Renger gesagt, eure Genossin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

So, meine Damen und Herren, jetzt dürfen Sie wieder dazwischenrufen. An dieser Stelle paßt es besonders gut.

(Schneider (Salzgitter) [SPD]: Wir sind enttäuscht! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gorbatschow hat einmal gesagt: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Dieser Landesregierung sage ich: Wer gar nicht kommt, den bestraft die Geschichte.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Der Makel dieses Neins der niedersächsischen Sozialdemokraten wird Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, noch länger anhaften, als Sie glauben.

(Zustimmung bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist richtig — jeder weiß es —: Morgen fällt die wichtigste Entscheidung, die jemals im Bundesrat, wie ich finde, getroffen worden ist. Glaubt denn eigentlich die niedersächsische SPD tatsächlich, daß die Ablehnungsgründe, die sie in ihren Antrag geschrieben hat, einen einzigen verantwortungsbewußten und in geschichtlichen Dimensionen denkenden Staatsmann auf der ganzen Welt überzeugen könnten? Daran können Sie doch selber nicht glauben, Herr Bruns.

(Beifall bei der CDU.)

Abgesehen davon ist die Kritik, die darin geäußert wird, in weiten Teilen sachlich falsch.

Meine Damen und Herren! Dem neuen Niedersächsischen Ministerpräsidenten kann man allerdings nicht vorwerfen, daß er sich mit dem Nein zum Staatsvertrag persönlich untreu geworden wäre. Wer seine deutschlandpolitischen Überzeugungen kennt, weiß, daß die Ablehnung aus seiner Sicht konsequent ist.

(Beifall bei der CDU.)

Wir erinnern uns auch in dieser Stunde gut daran, daß er die Staatsbürgerschaft der DDR und die Geraer Forderungen von Honecker anerkennen wollte. Er bezeichnete die Hoffnung auf Wiedervereinigung als Lebenslüge und verstand unter ihr allenfalls, wie er hier ausgeführt hat, eine wie auch immer geartete kulturelle Vereinigung der Deutschen. Darüber hinaus teilte er den Bürgern der DDR noch vor wenigen Wochen in einem Interview mit, sie sollten sich für ihren Aufbau gefälligst selbst krummlegen. Wie Herr Schröder einem Mann wie Erich Honecker, meine sehr verehrten Damen und Herren, der für die

Unterdrückung und Ausbeutung von 16 Millionen Deutschen verantwortlich ist — da bin ich mit Ihnen einer Meinung, Herr Bruns —, bescheinigen konnte, daß er ein zutiefst redlicher Mann sei, wird mir im übrigen in meiner ganzen Karriere verborgen bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Gerhard Schröder bleibt also bei seiner gegen die Wiedervereinigung gerichteten Politik. Daß er der Wahrheit nicht die Ehre gibt und bekennt, daß auch die umfassendste Nachbesserung des Staatsvertrages an seiner Grundhaltung in Wahrheit überhaupt nichts geändert hätte, ist eigentlich sehr bedauerlich.

(Beifall bei der CDU.)

Die Art und Weise im übrigen, wie der Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine — aber das ist Ihr Problem — den SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Jochen Vogel geradezu am Nasenring durch die bundesdeutsche Arena geführt hat,

(Beifall bei der CDU)

ist ebenso makaber wie der Zickzackkurs der SPD in der Deutschlandpolitik. Vor dem 9. November erklärte beispielsweise Herr Lafontaine, die Wiedervereinigung sei eine Schimäre. Er sprach vom imperialistischen Charakter des Grundgesetzes und erklärte: Je größer die Stabilität der DDR sei, um so größer sei auch die Liberalität in der DDR. Umgekehrt, so sagte er, bedeute Schwäche der DDR-Führung eine Gefahr für die Freiheitsräume der Menschen. Das muß man sich heute einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Nicht wir, meine Damen und Herren von der SPD, müssen heute unsere Reden umschreiben. Das bleibt Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder vorbehalten, die dem Irrtum verfallen waren, daß sich die Geschichte der Deutschen künftig nur noch in der Zweistaatlichkeit organisieren könnte.

Meine Damen und Herren, wer wie die SPD die Schnelligkeit des Einigungsprozesses beklagt, verkennt völlig die Realität in der DDR. Hierzu hat wiederum Walter Momper am 22. Mai im Bundesrat gesagt — ich zitiere —:

„Die Dynamik des deutschen Einigungsprozesses wird seit dem Beginn der Ausreisewelle im Herbst des vergangenen Jahres nicht von den Plänen der Politiker bestimmt, sondern von den Menschen in der DDR selber. Die innere Entwicklung in dem zweiten deutschen Staat hat das Tempo vorgegeben, und sie hat nahezu alle Zeitpläne und Vereinigungsmodelle über

den Haufen geworfen. Vor dem Hintergrund der Entwicklung in der DDR ist es richtig, die Umstellung des Währungs-, Wirtschafts- und Sozialsystems zügig vorzunehmen. Dazu besteht keine Alternative.“

So hat er geendet. Aber nicht nur der Berliner Regierende Bürgermeister, sondern auch Lafontaine selbst sagte noch vor wenigen Monaten — ich zitiere —:

„Auch von der Bundesregierung ist Schnelligkeit gefordert. Am dringlichsten ist jetzt aber,“

— das war im Dezember —

„daß beide Regierungen eine Antwort auf das Währungsproblem finden.“

Nun haben beide Regierungen diese Antwort gefunden. Auch der Fraktionsvorsitzende der DDR-SPD, Richard Schröder, hat zu dem Vertrag erklärt, es gebe keine Alternative zu dem Weg, jetzt schnell durch die Währungsunion ein Chaos zu beenden und einen neuen Anfang zu wagen. Die Währungsunion, so sagte er, muß zum 1. Juli kommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer erst Schnelligkeit anmahnt, dann einer Verlangsamung das Wort redet, wer drüben fordert und hier den Sozialneid schürt, treibt ein widersprüchliches, schäbiges Doppelspiel, Herr Bruns,

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

das mit Ehrlichkeit und Berechenbarkeit nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

Was ist das für eine schizophrene Politik, die für den Deutschen Bundestag Ablehnung empfiehlt, wo die Zustimmung gesichert ist, und im Bundesrat Zustimmung fordert, wo Ablehnung möglich ist?

Zur Taktik der SPD nach dem Motto „Geht es gut, sind wir dabeigewesen; geht es schlecht, haben wir es schon immer gesagt“ hat kürzlich Klaus von Dohnanyi folgendes erklärt — und mehr braucht man kaum noch hinzuzufügen —:

„Eine taktische Überlegung, z. B. jetzt den Staatsvertrag anzugreifen, um dann im Wahlkampf die wirtschaftlichen Folgen in der DDR der Regierung Kohl anzukreiden, obwohl diese Folgen das Ergebnis von 40 Jahren SED-Politik sind, wäre der Bedeutung der Stunde unangemessen. Die Einheit, die Wirtschafts- und Sozialunion, der Beitritt nach Artikel 23 und möglichst frühzeitige gesamtdeutsche Wahlen hat nicht ein Machtrausch von Kanzler Kohl er-

Gansäuer

zwungen. Sie sind der Wunsch der Menschen in der DDR. Diese Schritte zur Einheit werden auch nicht dadurch falsch, daß ein Kanzler der CDU sie vertritt.“

— So Klaus von Dohnanyi.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das sind eigentlich klare Worte, wie ich finde, die all jene beschämen müßten, die nicht unterscheiden können zwischen parteitaktischem Kalkül und staatspolitischer Notwendigkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands gibt uns Deutschen die Möglichkeit, die Einheit Europas zu beschleunigen, das Vertrauen der Großmächte zu stärken, durch weitere massive Abrüstungsschritte den Aufbau in der DDR zu finanzieren und unseren Verpflichtungen gegenüber den Menschen in der Dritten Welt stärker als bisher nachzukommen. Ich mache aber auch kein Hehl daraus festzustellen, daß diejenigen, die die Einheit wollen, vorher eine endgültige Aussöhnung und, wie ich hoffe, auch Freundschaft mit Polen bewirken müssen. Ich respektiere und anerkenne in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Empfindungen der Heimatvertriebenen. Aber — so bitter dies auch für sie sein mag — an der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültiger Westgrenze Polens führt kein einziger Weg vorbei.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen der Grünen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen mit der Verabschiedung dieses Staatsvertrages ein wiedervereinigtes Deutschland. Ich sage aber auch mit aller Deutlichkeit: Wir wollen nicht einen überkommenen deutschen Nationalstaat restaurieren. Wir als christliche Demokraten haben nicht 45 Jahre für ein vereinigtes Europa gekämpft, um in der Stunde der deutschen Einheit nationalstaatlichen Egoismen hinterherzulaufen.

(Beifall bei der CDU.)

Wir wollen ein modernes, ein weltoffenes, liberales und sozial gerechtes Deutschland, eingebettet in ein zusammenwachsendes politisches und nicht nur wirtschaftliches Europa.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir christlichen Demokraten haben in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegen den Willen der SPD schon häufig für unser Land wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Ob es die Einführung der sozialen Marktwirtschaft war, ob es die Westbindung der Bundesrepublik war, ob

es der Eintritt in die Nato war, ob es der Nachrüstungsbeschluß von Helmut Schmidt war, immer haben wir all dies durchgesetzt gegen den massiven Widerstand von Sozialdemokraten. Wir werden auch diesmal für die Einheit unseres Vaterlandes kämpfen und lassen uns nicht von jenen hindern, die ihr taktisches Kalkül, aber nicht die Menschen im Auge haben.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Hirche.

Hirche (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Morgen fällt im Bundesrat eine der wichtigsten Entscheidungen dieser Bundesrepublik. Aus diesem Grunde haben wir die ursprünglich für die nächste Woche vorgesehene konstituierende Sitzung des Landtages auf heute vorgezogen. Dieser Landtag hat deswegen ein Recht darauf, vom gewählten Niedersächsischen Ministerpräsidenten hier und heute eine Erklärung zu bekommen, wie er sich morgen im Bundesrat verhalten will.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Gegenüber der Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen hat sich eines verändert: Wir haben es nicht mehr mit Kandidaten zu tun, sondern heute haben Minister und der Ministerpräsident den Eid auf die niedersächsische Verfassung abgelegt. Das bedeutet, meine Damen und Herren, daß der Ministerpräsident — um ihn anzusprechen — nicht ein Ministerpräsident für Wähler der SPD und der Grünen ist, sondern ein Ministerpräsident aller Niedersachsen.

(Zuruf von der CDU: Das sollte er sein!)

Er muß dieser Aufgabe gerecht werden. Es geht deswegen, Herr Bruns, nicht darum — da stimme ich Ihnen zu —, über kleine Pfiffigkeiten zu streiten. Aber ein Antrag, der von jedem Abgeordneten verlangt, im Plenum namentlich ja oder nein zum Staatsvertrag zu sagen, ist doch keine kleine Pfiffigkeit, sondern er verlangt eine Kernaussage zur weiteren Entwicklung.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Diese Kernaussage erwarten nicht nur wir und die Öffentlichkeit hier, sondern auch die Menschen in der DDR. Sie haben völlig zu Recht gesagt, Herr Bruns: Die Menschen in der DDR haben den Wechsel herbeigeführt. Sie haben dazu bei-

getragen zunächst durch Übersiedlung und dann auch durch ihr Wahlverhalten bei zwei Wahlen, womit sie bestätigt haben: Der Kurs der schnellen Einführung der DM und der schnellen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ist das Richtige. Es geht nicht darum, ob die Grünen meinen, das sei gut oder schlecht, sondern wenn wir Deutschlandpolitik machen, haben wir uns daran auszurichten, was die Menschen in der DDR wollen und was wir hier tun können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Herr Bruns, wir wollen Sie — darauf haben Sie einen Anspruch — nach dem beurteilen, was Sie tun. Sie haben das verlangt. Dann haben wir aber auch einen Anspruch darauf, nicht eine viereinhalbseitige Nebelerklärung zu bekommen, sondern ein klares Ja oder Nein zu dem Thema, das ansteht.

Meine Damen und Herren, Herr Bruns hat gesagt: „Wir befürchten, daß die Menschen in der DDR zum zweiten Mal betrogen werden.“ — Ich stelle fest: Dann ist die SPD der DDR an diesem Betrug beteiligt, dann ist die SPD-Bundestagsfraktion an diesem Betrug beteiligt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Sind die Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, wenn sie dem Staatsvertrag zustimmen, an einem solchen Betrug beteiligt? Ist der Ehrenvorsitzende der SPD, Willy Brandt, an einem solchen Betrug beteiligt? Herr Bruns, was Sie hier gesagt haben, ist eine Bankrotterklärung der SPD-Position in Niedersachsen, und Sie haben das als Transparenz bezeichnet.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

In Wirklichkeit sind Sie beleidigt darüber,

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

nicht beteiligt worden zu sein.

(Schultze [SPD]: Es gibt auch noch etwas anderes!)

Ich habe auch Verständnis dafür. Ich glaube, daß man mehr Integration bei den Vorarbeiten zu diesem Staatsvertrag hätte betreiben können. Das muß deutlich gesagt werden. Aber eine solche Einschätzung, Herr Kollege Schultze, ist zu trennen von der Frage, ob man am Schluß ja oder nein sagt. Ich habe auch Verständnis für Bedingungen, die sozusagen nebenher formuliert werden. Aber das ist etwas anderes, als auszuweichen

vor der Frage: Ja oder nein zu diesem Staatsvertrag, ja oder nein zu diesem Schicksalsvertrag?

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

In Wirklichkeit — das haben die letzten Tage gezeigt — geht es Ihnen auch nicht um das Thema der Deutschlandpolitik. Das bedauere ich. Vielmehr geht es um das Durchsetzen von Kommandopolitik in der SPD gegen den Bundesvorsitzenden durch einen Kanzlerkandidaten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Aber, meine Damen und Herren, es kann an keiner Stelle — Sie haben das beim Bundeskanzler kritisiert — um irgendwelche Privataktionen gehen; auch nicht bei Herrn Lafontaine und auch nicht beim Niedersächsischen Ministerpräsidenten Schröder. Das hat er machen können, solange er nicht Ministerpräsident war. Jetzt steht er in der Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande.

Ich halte es für unwürdig, das Ziel, den Bundesvorsitzenden der SPD durch eine andere Person zu ersetzen, auf dem Rücken der Bürger der DDR und auf dem Rücken des Staatsvertrages auszutragen.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend feststellen: Dieses Haus, die Erste Gewalt in Niedersachsen, hat einen Anspruch darauf, daß der Ministerpräsident des Landes erklärt, wie er sich zu verhalten gedenkt, um dieses Verhalten dann anschließend debattieren zu können. Das ist gute parlamentarische Tradition. Dieser Landtag hat einen Anspruch darauf, Herr Bruns, von den Parlamentariern in diesem Hause klipp und klar zu erfahren, wie sie zu dieser Sache stehen. Sie müssen Farbe bekennen in dem Sinne, wie es unser neuer, einstimmig gewählter Landtagspräsident heute morgen sinngemäß erklärt hat: Die deutsche Einheit in Frieden zu vollenden, ist einem freien Europa eine wahrhaft historische Aufgabe. — Alle, außer der SPD in Niedersachsen und vielleicht im Saarland, sind sich darüber einig, daß dieser Staatsvertrag ein notwendiges und geeignetes Mittel ist, um diese deutsche Einheit ein Stück voranzubringen, in Europa ein Stück Gräben zuzuschütten und Europa zu bauen und damit zum Frieden in der Welt beizutragen. Deswegen verlangen wir von Ihnen ein Ja zum Staatsvertrag.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident

Präsident Milde:

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Schröder, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will meine Rede ohne Pathos und mit einem Geständnis beginnen. Es lautet: Herr Gansäuer, Sie sind von dort leichter zu ertragen als von da. Das muß ich Ihnen wirklich sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Fischer [CDU]: Richtig staatsmännisch, der Knabe! — Zuruf von Reinemann [CDU].)

Auch wenn die Reden die gleichen geblieben sind, die Wahrnehmung ist eine andere.

Ich bin gefragt worden, wie sich die Niedersächsische Landesregierung morgen im Bundesrat verhalten wird. Ich finde es ganz richtig, daß das Parlament sagt: Wir haben einen Anspruch darauf, das zu erfahren. — Dem Anspruch ist früher weniger genügt worden, heute mehr. So sind wir eben.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Herr Hildebrandt, Sie haben recht: Es gibt im Bundesrat keine Enthaltung, sondern abgefragt werden — Herr Jürgens weiß das — die Jastimmen. Die Niedersächsische Landesregierung wird morgen nicht mit Ja stimmen.

(Zurufe von der CDU: Und wie?)

— Sie wird nicht mit Ja stimmen.

(Hildebrandt [FDP]: Also mit Nein!)

— Das ist dann die logische Konsequenz einer Geschäftsordnung, die so aussieht. Sie alle wissen doch, daß man nur mit Ja abstimmen kann und sich weder enthalten noch mit Nein stimmen kann. Aber ich sage gerne: Natürlich muß eine Nicht-Jastimme so gewertet werden, wie Sie es tun. Das ist doch klar.

(Hortmann [CDU]: Dann sagen Sie es doch gleich! — Weitere Zurufe von der CDU.)

— Ich habe doch nur referiert, wie die Geschäftsordnung des Bundesrates ist. Der ehemalige Minister für Bundesangelegenheiten weiß, daß das so ist.

Ich will ein paar Begründungen sagen, warum das so ist, über das hinaus, was Herr Bruns dazu gesagt hat, und über das hinaus, was in der Resolution steht, die Ihnen die Koalitionsfraktionen oder auch die Zählgemeinschaft, wie Sie sie sicherlich lieber nennen, vorgelegt haben. Ich habe

die herzliche Bitte, sich sehr genau anzuschauen, was in diesem Antrag der Koalitionsfraktionen steht. Denn was darin steht, ist richtig. Mein Eindruck ist, daß Sie noch einmal darauf zurückkommen werden. Warum das mein Eindruck ist, will ich Ihnen auch gerne sagen. Denn es ist ja nicht gut, wenn man nur ein kurzes Gedächtnis hat.

Wenn Sie sich an die Debatten erinnern, die wir hier im letzten halben Jahr zu der Problematik geführt haben, die wir gegenwärtig behandeln,

(Fischer [CDU]: Das ist es ja gerade!)

wird Ihnen vielleicht auffallen, daß Sie zum Beispiel in der Frage der Übersiedler eine ganz bestimmte Position vertreten haben. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie Sie mich beschimpft haben, als ich — damals noch in anderer Funktion — gesagt habe, alle privilegierenden Bestimmungen, die die Übersiedlung erleichtern, diejenigen, die kommen, finanziell besser stellen als diejenigen, die hier sind, müßten weg. Da haben Sie mich hier als zynisch, als herzlos, als unmenschlich beschimpft.

(Fischer [CDU]: Das ist doch falsch! — Weitere Zurufe von der CDU.)

— Frau Kollegin, Sie waren damals noch nicht dabei. Es war wirklich so. Ich habe das nicht vergessen.

(Hirche [FDP]: Was passiert denn bei Ablehnung des Staatvertrages?)

Im Januar dieses Jahres waren wir doch alle höchst erstaunt, als sich der ehemalige Ministerpräsident hierhin stellte und sagte, er sei eigentlich der Erfinder der Politik, für die Sie mich gescholten habe.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich sage Ihnen: Sie müssen sehr aufpassen, daß Ihnen das mit diesem Thema nicht genauso geht.

Inhaltlich bemerkenswert fand ich auch, was Herr Gansäuer gesagt hat. Von Sozialneid, den wir schürten, hat er gesprochen, von Rauchschwaden über Stammtischen, die wir einatmeten.

(Gansäuer [CDU]: Das hat Lafontaine sogar zugegeben!)

Von Besitzstanddenken, das wir zum Maßstab von Politik machten, hat er geredet und uns aufgefordert, über den Tellerrand hinauszusehen.

(Zurufe von der CDU: Damit hat er recht! — Gansäuer [CDU]: Ich habe auch von Chauvinisten gesprochen!)

Jetzt will ich Ihnen einmal etwas vorlesen. „Hannoversche Allgemeine Zeitung“, 11. Juni 1990:

„Deutsche Einheit nicht auf Kosten der Kindergärten“ — Rita Süßmuth betont Nachholbedarf. . .“

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Seltsam. Sie werfen mir, dieser Landesregierung und den Koalitionsfraktionen vor, daß wir aufpaßten, daß die Menschen bei uns nicht über die Maßen belastet werden, daß die sozialen Zustände bei uns nicht weiter kaputtgemacht werden, weil die Belastungen so groß sind und durch schlechte Politik noch größer werden können. Und dann diese Äußerung von Frau Süßmuth laut „Hannoverscher Allgemeiner Zeitung“ vom 11. Juni 1990. — Eine bemerkenswerte Frau, die Sie vor nicht allzu langer Zeit noch zur Ministerpräsidentin dieses Landes machen wollten.

(Fischer [CDU]: Zitieren Sie einmal komplett!)

— Es ist ein Zitat. Mehr kann ich Ihnen nicht sagen. Sie können es ja nachlesen.

(Kuhlmann [CDU]: Die Überschrift stammt nicht von Frau Süßmuth!)

— Sie können es doch nachlesen! Nehmen Sie es sich selber vor, und Sie werden merken, warum ich Sie davor warne, jene, die sich um die sozialen Nöte der Menschen hier Gedanken machen, um die Frage, wie es auf den Wohnungsmärkten, auf den Arbeitsmärkten auch und gerade in Niedersachsen aussieht, die sich um die Frage kümmern, was mit denjenigen wird, die unter dem Pflegenotstand leiden, und die sich zum Beispiel damit beschäftigen, daß auch hier noch soziale Probleme zu lösen sind und nicht nur in der DDR,

(Remmers [CDU]: Regierungserklärung erst nächste Woche! — Weitere Zurufe von der CDU)

leichtfertig als „Besitzstandwahrer“ und „Besitzstanddenker“ zu diffamieren.

(Beifall bei der SPD. — Kuhlmann [CDU]: Herr Schröder, deshalb den Staatsvertrag so schnell als irgend möglich! — Zuruf von Briese [CDU].)

Wenn Sie das weiter tun, könnte es sein, daß Sie hier die eigene Politik genauso einholt, wie das in den anderen Bereichen auch der Fall gewesen ist.

(Zuruf von der CDU: Was passiert, wenn Sie ablehnen? Was passiert dann?)

Dann ist von Herrn Hirche darüber geredet worden, daß ich, daß wir heute einen Eid auf die Verfassung abgelegt hätten. Das ist wahr. Diesen Eid auf die Verfassung nehmen wir auch sehr ernst.

(Eveslage [CDU]: Da haben Sie recht!)

Nur, Herr Hirche, was steht denn in der Eidesformel? In der Eidesformel steht doch, daß wir uns verpflichten, Schaden vom Lande Niedersachsen abzuwenden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Sie können doch nicht hergehen und sagen, alles, was im Staatsvertrag geregelt ist, sei identisch mit dem Nutzen des Landes Niedersachsen.

(Zuruf von der CDU: Weiterlesen! Da steht noch mehr drin! — Briese [CDU]: Herr Rau, Herr Momper und Herr Engholm sind also meineidig!)

Diese Gleichsetzung ist nicht erlaubt, und der Umkehrschluß ebensowenig. Deshalb will ich Ihnen einmal sagen, was in diesem Staatsvertrag zu Lasten Niedersachsens geregelt ist. Ich rede jetzt gar nicht über die finanziellen Belastungen, über die wir hier noch einmal streiten werden. Glauben Sie doch nicht, daß es mit dem Fond zur Deutschen Einheit getan wäre. Wir werden hierüber noch reden, und ich werde Sie an Ihre vollmundigen Erklärungen erinnern.

(Zuruf von Ronsöhr [CDU].)

Sie werden noch einmal froh darüber sein, daß wir in bezug auf die Kosten, die auf die einfachen Menschen im Lande zukommen, weit vorsichtiger sind als Sie. Diese Debatte werden wir noch einmal mit Freude und mit Nachdruck miteinander führen.

Aber das ist es doch nicht allein, worüber heute zu reden ist. Soll ich Ihnen einmal sagen, was zu Lasten der Menschen in Niedersachsen im Staatsvertrag auch nicht geregelt ist? Zum Beispiel ist nicht geregelt, welche Möglichkeiten der Einflußnahme dieses Land und über das Land der zuständige Bundesminister bei den kerntechnischen Anlagen hat. Herr Hildebrandt, Sie haben dazu eine Bemerkung gemacht; sie war nur leider falsch. Das Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll in Morsleben-Bartensleben ist, wenn der Staatsvertrag Gesetz wird, für volle zehn Jahre genehmigt.

(Widerspruch bei der CDU.)

Die Forderung, die wir in den Beratungen zum Staatsvertrag erhoben haben, lautete, die kerntechnischen Genehmigungen für solche Anlagen

Schröder

neu zu machen, sie den Sicherheitsstandards zu unterwerfen, die in der Bundesrepublik gelten. Diese Forderung ist zurückgewiesen worden.

Ebenfalls nicht in dem Staatsvertrag geregelt ist, wie die DDR Entsorgung machen will.

(Jahn [CDU]: Das ist doch nicht Aufgabe des Staatsvertrages!)

Die Betriebsgenehmigungen der dortigen Kernkraftwerke sind nicht einmal an Entsorgungsnachweise geknüpft.

(Unruhe bei der CDU.)

Alles, was hier selbstverständlich ist, ist dort mit Hilfe des Staatsvertrages auf der Basis von Recht, das vereinbart werden soll, genau im Gegenteil zu dem geregelt, was wir jedenfalls zum Teil miteinander für vernünftig halten.

(Zuruf von Fischer [CDU].)

Neue Einlagerungsmöglichkeiten gibt es auch weiterhin, ohne daß die Sicherheitsstandards, die bei uns gelten, verbindlich durchgesetzt werden könnten.

Meine Damen und Herren, ich könnte Ihnen im Umweltbereich noch eine Menge aufführen, was zu Lasten Niedersachsens oder der Bürger in Niedersachsen über den Staatsvertrag ermöglicht wird. Nun halte ich es für eine mögliche Position zu sagen: Das ist, verglichen mit dem, was wir uns unter dem Ziel vorstellen, nachrangig. Ich halte das für eine mögliche Position, und Sie nehmen diese Position ja wohl ein. Aber laufen Sie bitte schön nicht durchs Land und diffamieren eine Position, die die andere Seite besetzt, die sagt: Solange diese Fragen nicht geklärt sind, solange nicht klar ist, daß ein paar Kilometer jenseits der niedersächsischen Grenze für kerntechnische Anlagen aller Art die gleichen Sicherheitsstandards gelten wie bei uns, und solange der Staatsvertrag die schlechteren Anlagen dort im Vergleich zu unseren rechtlich privilegiert,

(Zuruf von Hirche [FDP])

so lange heißt es, Schaden vom Land Niedersachsen abzuwenden, wenn man in diesem Punkte nein sagt.

(Beifall bei der SPD. — Zustimmung von Frau Dr. Dücker [Grüne].)

Das steht alles drin in dem, was gesagt worden ist.

(Jahn [CDU]: Sie sind also grundsätzlich für nein im Gegensatz zu Herrn Bruns? — Krapp [CDU]: An welchen Zeitraum denken Sie?)

Ich will ein Letztes sagen. Sie sollten auch vorsichtig sein in diesem Bereich, wenn Sie den Menschen in Niedersachsen und anderswo einreden wollen, es gäbe eine Identität zwischen Zustimmung zur deutschen Einheit und Zustimmung zum Staatsvertrag. Das ist nicht wahr. Das ist überhaupt nicht wahr. Der Staatsvertrag ist ein Instrument, ein gewiß gewichtiges, aber ein Instrument zur Herstellung der deutschen Einheit. Es muß doch wohl möglich sein, daß man in der Öffentlichkeit und im Parlament über die Frage streitet,

(Hirche [FDP]: Natürlich!)

ob es ein vernünftiges, ein richtiges Instrument ist. Wenn man darüber streitet, Herr Hirche, dann darf einem aber doch nicht entgegenschallen, daß derjenige, der sagt, das Instrument sei nicht richtig, gegen die Einheit sei. Es gibt ja, auch was die Ökonomie angeht, einen Haufen Leute, die der Auffassung sind, das Instrument des Staatsvertrages ist gefährlich.

Man kann aus guten Gründen auch anderer Meinung sein. Das weiß ich sehr wohl. Wogegen ich mich aber wende, ist, daß man sagt: „Nur der, der für den Staatsvertrag ist, der ist für die Einheit. Der, der gegen den Staatsvertrag ist, der ist gegen die Einheit.“ Das ist keine zulässige Gleichung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Deshalb sage ich abschließend: Wenn die Landesregierung dem Staatsvertrag morgen nicht zustimmen wird, dann wird sie sich von niemandem hier in diesem Hause und auch von niemandem in der Öffentlichkeit anhängen lassen, daß ein Nein zu einem Instrument für die Einheit ein Nein zur Einheit wäre. Das ist nicht so. Es wird Ihnen nicht gelingen, diese Legende zu bilden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Fischer [CDU]: Aber es entspricht Ihrer inneren Überzeugung!)

Präsident Milde:

Ich gehe davon aus, daß die Fraktionen eine zusätzliche Redezeit erbitten. Ich schlage Ihnen gemäß § 71 vor, den Fraktionen der SPD und der CDU je fünf Minuten und den Fraktionen der FDP und der Grünen eine zusätzliche Redezeit von jeweils zweieinhalb Minuten zu gewähren. Sind Sie damit einverstanden? — Gut. Wer wünscht das Wort? — Herr Abgeordneter Gansäuer!

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Rede des Ministerpräsidenten hat deutlich gemacht, daß Herr Bruns das Hohe Haus beschwindelt hat, um es einmal ganz gelinde zu sagen.

(Beifall bei der CDU. — Biel [SPD]: Gansäuer, das war eine Unverschämtheit!)

Meine Damen und Herren, man konnte es doch gar nicht anders verstehen. Die SPD hat doch die Grünen gar nicht gebraucht, um zu dem Nein zu kommen. Das Nein entspricht doch präzise — das hat er eben begründet — der Meinung des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, man mußte ja nun nicht CDU-Mitglied sein, um das so zu verstehen. Ich glaube, das haben in diesem Hause alle so begriffen.

Herr Schröder, dann haben Sie einen weiteren Satz gesagt, den ich mir direkt aufgeschrieben habe: „Es ist nicht gut, daß man immer so ein kurzes Gedächtnis hat.“ Hinsichtlich der Deutschlandpolitik und ihrer Meinung dazu kann ich Sie voll verstehen, wenn Sie sagen, es sei nicht gut, daß man immer ein so kurzes Gedächtnis habe. Denn ich habe vorhin nur einen Teil der Zitate gebracht. Herr Schröder, in Wahrheit sind all die Dinge, die Sie gesagt haben — nehmen Sie es mir übel oder nicht; das ist mir egal —, die Ausführungen eines Wohlstandschauvinisten gewesen, dem das Schicksal derer egal ist, die 40 Jahre lang auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs gesessen haben. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, ein weiteres, was mir wichtig ist: Sie haben die Aussiedler angezogen. Das hat der damalige Ministerpräsident von dieser Stelle aus immer gesagt: Die Probleme, die mit diesen Aussiedlern, die zu uns kommen, zusammenhängen, haben wir nie bestritten. Das einzige, was uns — Sie und uns — unterschieden hat, war, daß Sie gegen die deutschen Aussiedler gehetzt haben. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU.)

Ein weiteres — das ist genau dieser Stil, den wir im Wahlkampf zur Kenntnis nehmen mußten —: Sie handeln hier nach dem Motto: Entweder deutsche Einheit oder soziale Gerechtigkeit. Diese Alternative besteht in Wahrheit aber nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn es diese Alternative gäbe, dann müssen Sie bitte schön erklären, ob es künftig in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg keine soziale Gerechtigkeit mehr gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Das heißt: Dieses holzschnittartige Argumentieren, mit dem Sie die Rauchschwaden über den Stammtischen zumindest zum Teil beherrscht haben, ist in Wahrheit zutiefst unredlich, weil es die Sache, um die es hier geht, nicht trifft.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, Sie beklagen sich darüber, daß die Regelungen im Staatsvertrag, die Sie im Rahmen Ihres Antrags hier kritisieren, so abgefaßt sind. Waren es nicht auch große Teile der SPD, die immer gefordert haben, man müsse einen sanften Übergang gewährleisten, damit sich die Wirtschaft drüben auch an den Konkurrenzdruck und die Tatsache, daß sie hier plötzlich mit einer freien leistungsfähigen Wirtschaft zusammenprallt, gewöhnen kann? Sie sind es doch immer gewesen, die uns dazu aufgefordert haben. Deshalb kann ich an dieser Stelle nur noch einmal sagen: Wenn es die deutsche Einheit nicht geben würde, wenn es die Zweistaatlichkeit weiter geben würde, dann würden diese Kernkraftwerke mit ihrem verminderten Sicherheitsstandard im Vergleich zu unserem wahrscheinlich in 20 Jahren noch laufen, Herr Bruns. Das ist doch Tatsache.

(Beifall bei der CDU.)

Sie beklagen die Möglichkeit, daß wir drüben soziale Spannungen erhalten werden. Wer wollte dies eigentlich ernsthaft bestreiten, daß diese Gefahr tatsächlich besteht? Herr Schröder, darüber kann es doch überhaupt keinen Streit unter vernünftigen Politikern geben, daß es diese Gefahr gibt. Sie malen dies als Schreckgespenst an die Wand. Wir alle haben die verdammt Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß dieser Zustand nicht eintritt. Eines kann ich Ihnen garantieren: Wenn wir so vorgehen, wie das in Ihrem Antrag formuliert ist, zum Beispiel sofortige Abschaltung der Kernkraftwerke, dann werden es noch mehr Arbeitslose sein, als Sie ohnehin schon befürchten.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Bruns.

Bruns (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf den Fortgang der Debatte, soweit sie

Bruns

jedenfalls nach meinem Eindruck mehr politischer Natur war, will ich deshalb nicht eingehen, weil ich auch meinen Teil der Polemik beigetragen habe. Ich will mich jetzt nur ganz kurz mit einem Argument befassen, das Herr Hirche hier vorgebracht hat. Dazu muß ich Stellung nehmen, weil jeder, der versucht, sich aus dieser Diskussion, die wir hier miteinander führen, ein eigenes Urteil über das zu bilden, was wir hier miteinander diskutieren,

(Stock [CDU]: Da kommen Sie heute schlecht weg, Herr Bruns!)

wahrscheinlich zu völlig falschen Informationen durch das gekommen sein kann, was Herr Hirche gesagt hat.

Um sozusagen meinem Bedürfnis nach einer klaren öffentlichen Meinungsbildung zu dienen, lieber Herr Hirche, muß ich darauf aufmerksam machen, daß das nun erfreulicherweise nicht stimmt, was Sie hier vorgetragen haben. Herr Hirche hat breit angelegt — da haben seine Mitarbeiter ihm gut zugearbeitet; das soll man bei dieser Gelegenheit auch einmal würdigen —; er hat eine ganze Reihe von sozialdemokratischen Namen und sozialdemokratischen Institutionen genannt, die sich im Gegensatz zu dem geäußert haben, was dieser Ministerpräsident Schröder zum Staatsvertrag sagt und was die SPD-Landtagsfraktion zum Staatsvertrag sagt. Ich will die jetzt nicht alle wiederholen; denn wir haben sie noch alle im Ohr. Meine Damen und Herren, alle Namen und alle Organisationseinheiten der SPD, die Sie aufgezählt haben, Herr Hirche, sind präzise der Auffassung der niedersächsischen SPD,

(Hirche [FDP]: Die sagen Ja zum Staatsvertrag!)

nämlich daß dieser Staatsvertrag nicht den Interessen der Menschen in der DDR und der Bundesrepublik dient.

(Beifall bei der SPD.)

Alle, so wie sie da sind!

(Zurufe von der CDU.)

Sie sind ferner präzise der Meinung, die auch die SPD Niedersachsens ist, nämlich daß, nachdem der Wiedervereinigungszug ein solches Tempo aufgenommen hat, sozusagen ein Blockieren der Räder jetzt im Bundesrat zu unverantwortlichen Folgen in der DDR und bei uns führen würde. Präzise sagen wir: Dieser Staatsvertrag ist nicht der, den wir wollen, aber diesen Staatsvertrag zu stoppen wäre deshalb unverantwortlich, weil die

negativen Folgen noch größer würden. Meine Damen und Herren, das ist der Punkt.

Nun will ich gern noch einen Satz hinzufügen: Wir wissen, daß es an diesem Staatsvertrag keinen Weg vorbei gibt.

(Stock [CDU]: Herr Bruns, mit Ihrer Rede ist es so, wie wenn man im Moor ist: Wenn man erst einmal drin ist, sinkt man immer tiefer!)

Aber wir bedauern es, daß es an diesem Staatsvertrag vorbei keinen Weg gibt. Darum gibt es überhaupt keinen Grund, diesen Staatsvertrag im Bundesrat auch noch mit einer komfortablen Mehrheit auszustatten,

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

ihn sozusagen noch mit einer Prämie zu versehen. Darum ist das, was der Herr Ministerpräsident hier ausgeführt hat, präzise die Auffassung der gesamten niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Hildebrandt.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich meine, daß wir bald zu einem Schluß der Debatte kommen sollten,

(Bruns [SPD]: Wieso? Hast du schon keine Lust mehr?)

weil es in der Tat immer peinlicher wird, Herr Bruns.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Die Widersprüche zwischen Ihnen und Herrn Schröder sind deutlich gemacht worden. Auch das, was Sie dem Kollegen Hirche vorgeworfen haben, ist natürlich falsch. Sie wissen, daß Ihre Parteigenossen dem Staatsvertrag zustimmen werden. Wir haben Ihnen ausreichend Zitate vom Ehrengeschäftlichen, von Anke Fuchs, von Herrn Struck usw. vorgelegt. All dies sind Zitate, die belegbar sind. Insofern wird Ihre Position immer schwieriger.

Im übrigen sind es nicht die Argumente zur Sache — wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie das zugeben, Herr Bruns; Sie haben es auch selbst gesagt —, die vom Herrn Ministerpräsidenten Schröder und von Ihnen vorgetragen worden sind, die Sie von einer Zustimmung zu dem

Staatsvertrag abhalten. Der Hinderungsgrund liegt in dem Koalitionsvertrag, aus dem Sie nicht herauskommen.

(Dr. Hruska [FDP]: Das gilt nur für Bruns, für Schröder nicht!)

— Das ist richtig. — Viel schlimmer ist — das gilt für Herrn Schröder und natürlich auch für Herrn Lafontaine —, daß Sie sich der gesamtdeutschen Verantwortung entziehen wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Sie wissen natürlich — das ist klar und ist auch uns bekannt —, daß ein solcher Staatsvertrag und ein solcher schwieriger Weg in die deutsche Einheit mit erheblichen Risiken verbunden sind. Sie wissen, daß es bei einem so schwierigen Prozeß für die Bürger in der Bundesrepublik und für die Bürger in der DDR zu Problemen kommen kann. Sie wollen eben am Schluß als diejenigen dastehen, die sagen können: Bitte schön, das haben wir immer gesagt. Wir waren damals dagegen. — Sie wollen hinsichtlich der Stimmungslage über den Stammtischen in der Bundesrepublik wieder auf der sicheren Seite sein, um damit Ihren wahltaktischen Überlegungen Rechnung zu tragen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich von Herrn Schröder doch gern etwas wissen wollte. Er hat sich in seinem Schlußwort eindeutig zur deutschen Einheit bekannt. Ich frage den Ministerpräsidenten: Gilt dies nur für ihn persönlich? Für die sozialdemokratische Fraktion nehme ich das an. Gilt dies aber auch für die gesamte Landesregierung? — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Milde:

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Dückert.

(Stock [CDU]: Die Antwort wird der Ministerpräsident schuldig bleiben! Davon gehe ich aus! — Gansäuer [CDU]: Frau Dückert gibt jetzt die Antwort für den Ministerpräsidenten! — Stock [CDU]: Antworten Sie für den Ministerpräsidenten! Der kneift nämlich!)

Frau Dr. Dückert (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur zu einem Punkt etwas sagen. Bei

Ihnen scheint sich der Eindruck festgesetzt zu haben, daß der Zweck jedes Mittel heiligt.

(Jahn [CDU]: Nein, daß Herr Bruns zustimmen wollte!)

Wenn beispielsweise Herr Gansäuer darauf hinweist, daß die Zustände, hätte es die Entwicklung in Osteuropa und in der DDR nicht gegeben, weiterhin so schlecht wären wie sie sind,

(Gansäuer [CDU]: Zu meinem Bedauern!)

etwa im Bereich der Atomtechnologie, und dieses Argument nutzt, um zu rechtfertigen, daß man noch zehn Jahre so weitermacht und noch auf zehn Jahre mit diesen Schrottreaktoren leben muß,

(Gansäuer [CDU]: Das ist nicht fair!)

dann ist das doch ein Eiertanz, eine Strategie, die eigentlich nur eines verschleiern will,

(Stock [CDU]: Sie sind intelligenter, als Sie jetzt argumentieren!)

nämlich die Brachialgewalt, mit der Ihr Bundeskanzler, Herr Kohl, jegliche Bedingung für einen wohlgestalteten Vereinigungsprozeß, insbesondere auch unter ökologischen Kriterien, unter den Tisch kehren will. Nichts anderes wollen Sie. Und das machen wir nicht mit.

(Zustimmung bei den Grünen. — Stock [CDU]: Dafür hätten Sie auch sitzen bleiben können! — Jahn [CDU]: Vor ein paar Wochen wolltet ihr nicht einmal die Wiedervereinigung!)

Präsident Milde:

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen.

Die Fraktion der FDP hat bezüglich ihres Antrags in der Drucksache 12/2 beantragt, die zweite Beratung und damit die Entscheidung über den Antrag sofort anzuschließen. Das kann der Landtag nach § 39 Abs. 2 Satz 3 der Geschäftsordnung beschließen, jedoch nur dann, wenn der Antrag nicht zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen wird. Für die Überweisung genügt die Zustimmung von 30 Abgeordneten. Ich frage daher zunächst, ob für den Antrag Ausschußüberweisung beantragt wird. — Das ist nicht der Fall.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob über den Antrag der FDP-Fraktion sogleich in zweiter Beratung entschieden werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Präsident

Nach dieser Entscheidung zum Verfahren lasse ich nun über den Antrag der Fraktion der FDP in Drucksache 12/2 abstimmen.

(Hildebrandt [FDP]: Namentliche Abstimmung!)

— Seien Sie bitte nicht so ungeduldig. Das kommt alles. Es ist dazu namentliche Abstimmung beantragt worden. Diesem Antrag ist zu entsprechen, wenn es zehn Abgeordnete verlangen.

(Zurufe: Ja!)

Wer für die namentliche Abstimmung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die notwendige Unterstützung ist gegeben.

Wir kommen daher zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion. Wer den Antrag annehmen will, stimmt mit Ja. Wer ihn ablehnen will, stimmt mit Nein. Wer sich der Stimme enthalten will, stimmt mit Enthaltung. Ich bitte, so laut abzustimmen, daß es vom Sitzungsvorstand gut zu verstehen ist. Im Stenographischen Bericht wird vermerkt, wie jeder Abgeordnete abgestimmt hat. Ich bitte die Schriftführerin Frau Stoll, die Namen vorzulesen. Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung.

(Schriftführerin Stoll verliest die Namen der Abgeordneten. Die Abstimmung verläuft wie folgt:)

| | |
|------------------|------|
| Adam | Nein |
| Aller | Nein |
| Frau Alm-Merk | Nein |
| Auditor | Nein |
| Frau Auerbach | Nein |
| Augustin | Ja |
| Backhaus | Nein |
| Bartling | Nein |
| Beckmann | Nein |
| Biel | Nein |
| Biermann | Ja |
| Dr. Blanke | Ja |
| Böhlke | Ja |
| Boekhoff | Nein |
| Bontjer | Nein |
| von Borstel | Nein |
| Graf von Bothmer | Ja |
| Brauns | Nein |
| von Bredow | Ja |
| Frau Breuel | Ja |
| Briese | Ja |
| Brunkhorst | Ja |
| Bruns | Nein |
| Frau Bührmann | Nein |
| Dr. Cassens | Ja |

| | |
|-------------------|------|
| Collmann | Nein |
| Deike | Nein |
| Frau Detert-Weber | Nein |
| Dierkes | Ja |
| Döring | Ja |
| Döscher | Ja |
| Dr. Domröse | Nein |
| Dorka | Ja |
| Frau Dr. Dückert | Nein |
| Dr. Eilers | Nein |
| Endlein | Nein |
| Dr. Engstler | Ja |
| Eveslage | Ja |
| Fasold | Nein |
| Fischer | Ja |
| Fuchshuber | Ja |
| Funke | Nein |
| Gabriel | Nein |
| Gansäuer | Ja |
| Glogowski | Nein |
| Frau Goede | Nein |
| Goldmann | Ja |
| Grill | Ja |
| Groth | Nein |
| Gruber | Nein |
| Frau Hammelstein | Nein |
| Frau Hartwig | Nein |
| Haselbacher | Ja |
| Hasselmann | Ja |
| von der Heide | Ja |
| Heineking | Ja |
| Heinemann | Ja |
| Herbst | Ja |
| Frau Herrmann | Nein |
| Hildebrandt | Ja |
| Hinrichs | Ja |
| Hirche | Ja |
| von Hofe | Nein |
| Frau Hoops | Nein |
| Hortmann | Ja |
| Dr. Hruska | Ja |
| Inselmann | Nein |
| Isernhagen | Ja |
| Jahn | Ja |
| Jansen | Ja |
| Jordan | Nein |
| Jürgens | Ja |
| Jüttner | Nein |
| Kempmann | Nein |
| Kethorn | Ja |
| Kirschner | Nein |
| Klare | Ja |
| Frau Knoblich | Ja |
| Köneke | Nein |
| Kohlenbach | Ja |
| Kopischke | Nein |

| | |
|----------------------------|------|
| Frau Kopp | Ja |
| Krapp | Ja |
| Frau Kruse | Nein |
| Küpker | Ja |
| Kuhlmann | Ja |
| Frau Lau | Nein |
| Frau Lemmermann | Nein |
| Frau Lenke | Ja |
| Lindhorst | Ja |
| Frau Lübben | Nein |
| Dr. Martens | Ja |
| Mientus | Nein |
| Milde | Nein |
| Möhrmann | Nein |
| Möllring | Ja |
| Mühe | Nein |
| Frau Müller | Nein |
| Müller | Ja |
| Nolting | Nein |
| Ontijd | Ja |
| Oppermann | Nein |
| Ottens | Ja |
| Patzschke | Nein |
| Frau Pawelski | Ja |
| Plaue | Nein |
| Pörtner | Ja |
| Puls | Nein |
| Rabe | Nein |
| Reckmann | Nein |
| Rehkopf | Ja |
| Reinemann | Ja |
| Remmers | Ja |
| Dr. Remmers | Ja |
| Rettig | Nein |
| Rippich | Nein |
| Dr. Ritz | Ja |
| Röhrs | Ja |
| Ronsöhr | Ja |
| Schack | Nein |
| Schirmbeck | Ja |
| Frau Schliepack | Ja |
| Schmalstieg | Nein |
| Dr. Schneider (Isernhagen) | Ja |
| Schneider (Sibbesse) | Ja |
| Schneider (Salzgitter) | Nein |
| Frau Dr. Schole | Nein |
| Schröder | Nein |
| Schultze | Nein |
| Schuricht | Nein |
| Schurreit | Nein |
| Schwarz | Nein |
| Frau Seeler | Nein |
| Sehrt | Ja |
| Senff | Nein |
| Frau Stiller | Ja |
| Stock | Ja |

| | |
|-------------------------|------|
| Frau Stoll | Ja |
| Dr. Stratmann | Ja |
| Swieter | Nein |
| Frau Tewes | Nein |
| Theilen | Nein |
| Thielke | Nein |
| Frau Tönsing | Nein |
| Frau Vockert | Ja |
| Frau Vogelsang | Ja |
| Waike | Nein |
| Wallraff | Nein |
| Freiherr von Wangenheim | Ja |
| Wernstedt | Nein |
| Frau Wiegel | Nein |
| Wiesensee | Ja |
| Wilken | Ja |
| Wolter | Ja |
| Frau Zachow | Ja |

Präsident Milde:

Ich frage, ob sich jemand im Saal befindet, der nicht aufgerufen worden ist oder der noch nicht abgestimmt hat. — Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung.

Ich schlage vor, daß wir die Sitzung nicht unterbrechen. Das Ergebnis der Auszählung wird in Kürze vorliegen.

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: Mit Nein haben gestimmt 79 Abgeordnete, mit Ja 76 Abgeordnete. — Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen in der Drucksache 12/5. Hierzu haben die Fraktionen beantragt, die zweite Beratung und damit die Entscheidung über den Antrag sofort anzuschließen. Das kann der Landtag nach § 39 Abs. 2 Satz 3 unserer Geschäftsordnung beschließen, jedoch nur dann, wenn der Antrag nicht zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen wird. Ich frage daher zunächst, ob für den Antrag Ausschußüberweisung beantragt wird. — Das ist nicht der Fall.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob über den Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen gleich in zweiter Beratung entschieden werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Das erste war die Mehrheit.

Ich lasse nun nach der Entscheidung zum Verfahren über den Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen in der Drucksache 12/5 abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen zustimmen will, den bitte ich um ein

Präsident

Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Hirche hat darum gebeten, eine persönliche Erklärung abgeben zu dürfen. Ich erteile ihm das Wort.

(Zuruf von der SPD: Er muß immer das letzte Wort haben!)

Hirche (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Bruns hat gesagt, ich hätte einen falschen Eindruck über Institutionen der SPD verbreitet. — Ich möchte gern noch einmal klarstellen, was ich in diesem Zusammenhang gesagt habe, weil ich ungern einen falschen Eindruck im Raum stehen ließe. Ich habe den von mir genannten Institutionen nicht Betrug an den Menschen in der DDR vorgeworfen, sondern ich habe die Institutionen SPD der DDR, SPD-Bundestagsfraktion sowie schleswig-holsteinische und nordrhein-westfälische Landesregierung genannt, weil all diese Institutionen trotz mancher Bedenken dem Staatsvertrag zustimmen. Ich habe daraus ableiten wollen, Herr Bruns — ich möchte schon, daß das richtig aufgefaßt wird —, daß sich diese Institutionen ihrer Verantwortung für Deutschland und für die Menschen in der DDR stellen und daß Sie mit einer Nichtaussage dieser Verantwortung ausweichen. Ich möchte nicht, daß ein falscher Eindruck im Raum bleibt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Milde:

Das Wort zu einer persönlichen Erklärung hat der Abgeordnete Bruns.

Bruns (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wiederhole noch einmal, daß all die Personen und Organisationsgliederungen der Sozialdemokratischen Partei der Bundesrepublik Deutschland, die Herr Hirche aufgezählt hat, präzise der Meinung sind, die ich für die SPD in Niedersachsen vorgetragen habe,

(Oh! bei der CDU. — Zuruf von der CDU: Das werden wir weiterleiten!)

daß nämlich dieser Staatsvertrag nicht unseren Vorstellungen eines guten Staatsvertrages entspricht und aus diesem Grunde abgelehnt gehört, wenn der Tatsachenzustand nicht der wäre, daß bei einer jetzigen Ablehnung des Staatsvertrages die Nachteile größer wären als die Vorteile. Ich glaube nicht, daß das so schwierig zu kapieren ist.

(Zustimmung bei der SPD.)

Darum haben Sie nichts anderes getan, lieber Herr Hirche, als noch einmal die Position der SPD falsch darzustellen. Das muß ich natürlich zurückweisen.

(Beifall bei der SPD. — Hirche [FDP]: Nein, Sie haben das getan!)

Präsident Milde:

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den beiden weiteren Punkten der Tagesordnung:

Erste Beratung:

a) Entwurf eines Vorschaltgesetzes für ein Niedersächsisches Gesetz über Lernmittelfreiheit (NLFr-VorschaltG) — Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und der Grünen — Drs 12/4 — Änderungsantrag der Fraktion der CDU — Drs 12/9

b) Entwurf eines Zweitens Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Lernmittelfreiheit — Gesetzentwurf der Fraktion der FDP — Drs 12/8

Für die Beratung dieser Gesetzentwürfe stehen vereinbarungsgemäß maximal 45 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann jeweils bis zu fünf Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: der SPD und der CDU jeweils bis zu zehn Minuten, der FDP und den Grünen jeweils bis zu fünf Minuten.

Der Herr Abgeordnete Schneider (Salzgitter) hat um das Wort gebeten. Bitte schön!

Schneider (Salzgitter) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 8. März dieses Jahres hat meine Fraktion einen Entwurf zu einem Niedersächsischen Gesetz über Lernmittelfreiheit eingebracht.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Hans Kaiser hat seinerzeit für die SPD-Fraktion die damaligen Regierungsfractionen aufgefordert, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen. Er schloß mit folgenden Worten — ich zitiere —: „Wenn Sie allerdings, was ich annehmen kann,

nicht zustimmen werden, können Sie und die Bürgerinnen und Bürger im Lande sicher sein, daß wir den Gesetzentwurf unmittelbar nach der Wahl erneut einbringen und dann durchsetzen werden.“ In dem Protokoll über die Plenarsitzung ist daraufhin „Beifall bei der SPD“ und ein sehr bemerkenswerter Zwischenruf des Herrn Gansäuer verzeichnet.

(Gansäuer [CDU]: Schon wieder?)

Er lautete: „Im Jahr 2030!“

(Lachen bei der SPD.)

So ist das mit dem Hochmut, Herr Gansäuer. Er kommt schnell vor dem Fall.

(Hildebrandt [FDP]: Halten Sie sich mal daran, Herr Schneider!)

Wir machen heute wahr, was Hans Kaiser am 8. März angekündigt hat.

(Gansäuer [CDU]: Das machen Sie nicht wahr!)

Mit dem Ihnen vorliegenden Entwurf für ein Vorschaltgesetz zum Niedersächsischen Gesetz über Lernmittelfreiheit schaffen die neuen Regierungsfractionen die Voraussetzung für einen ersten wichtigen Einstieg schon zum Beginn des nächsten Schuljahres.

Sie werden sich erinnern, der Gesetzentwurf der SPD sah die Einführung der Lernmittelfreiheit in drei Schritten vor, beginnend mit dem Schuljahr 1991/92, also mit dem Sommer des nächsten Jahres. Das Vorschaltgesetz zielt nun auf den diesjährigen Sommer. Der erste Schritt wird also vorgezogen, und er wird sehr schnell getan. Mit dem Vorschaltgesetz werden wir also unser Wahlversprechen nicht nur erfüllen, nein, wir werden es übererfüllen.

(Zuruf von der FDP: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

— Sie waren doch noch gar nicht dabei. — Aus dem seinerzeitigen Gesetzentwurf wird jener Teil übernommen, der die Übereignung von Lernmitteln für allgemeinbildende Schulen zum Inhalt hat. Alle Schülerinnen und Schüler des ersten Schuljahres werden schon von diesem Sommer an kostenlose Lernmittel erhalten. Außerdem werden die Schülerinnen und Schüler des 5. Schuljahres einen geographischen Atlas und die Schülerinnen und Schüler des 7. Schuljahres ein Deutsch-Wörterbuch sowie ein Fremdsprachenlexikon erhalten.

Mit Ausnahme des 1. Schuljahres wird daneben das überkommene Gutscheinsystem für einkommenschwächere Elternhäuser weiter gelten. Es

entfällt bei der weiteren schrittweisen Einführung der Lernmittelfreiheit. Mit diesem Gutscheinsystem werden auch die unseligen Einkommensteuererklärungen aus den Schulen verschwinden, die von jenen Eltern beigebracht werden mußten, die in den Genuß von sage und schreibe 50 DM Lernmittelhilfe kommen wollten. Die Schulen werden dann weniger über die Einkommensverhältnisse der Elternhäuser wissen. Das ist gut so.

Freie Lernmittel sind die notwendige Fortsetzung des langen Weges, der mit der Abschaffung des Schulgeldes begonnen hat und der zu einem öffentlichen demokratischen Bildungswesen hin­führt, das keine sozialen und materiellen Zugangshemmnisse kennt. Meine Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, hat von Beginn an für dieses Ziel gestritten. Schon im Gothaer Programm von 1875 heißt es zu den Grundlagen des Staates unter anderem — ich zitiere —: „... allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat, allgemeine Schulpflicht, unentgeltlichen Unterricht in allen Bildungsanstalten“. — So weit das über 100 Jahre alte Programm. Teil dieses unentgeltlichen Unterrichts sind freie Lernmittel.

Es ist mit dem Anspruch gleicher Zukunftschancen für alle Kinder nicht vereinbar, wenn die sachgerechte Teilnahme am Unterricht nur dann möglich ist, wenn die Eltern zuvor einige hundert Mark für Lernmittel auf den Tisch geblättert haben.

(Eveslage [CDU]: Warum geben Sie dann für das 1. Schuljahr nur 78 DM aus?)

— Nun warten Sie doch einmal ab! Was haben Sie denn in all den Jahren zustande gebracht? Überhaupt nichts!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.
— Zurufe von der CDU.)

— Das sind aber abenteuerliche Positionen, die Sie hier einnehmen! — In den vergangenen 14 Jahren hatten sie fünfmal Gelegenheit, die Lernmittelfreiheit einzuführen. Fünfmal sind die Sozialdemokraten mit Gesetzentwürfen in dieser Sache an den konservativen Mehrheiten dieses Landtages gescheitert. Der letzte dieser Versuche — noch in diesem Frühjahr — traf dann allerdings auf eine Landtagsmehrheit, die offensichtlich vom massenhaften Protest der Elternschaft im Lande aufgeschreckt war. Anstatt jedoch das bildungs- und sozialpolitisch Richtige zu tun, nämlich die Lernmittelfreiheit einzuführen, wurde, nachdem unser Gesetzentwurf vorlag, im Schnellgang ein eigener Gesetzentwurf zur Ausweitung des Gutscheinsystems ins Verfahren ge-

Schneider (Salzgitter)

bracht. Zu spät, meine Damen und Herren von CDU und FDP! Sie hätten diese 14 langen Jahre nutzen sollen, um das Problem anzugehen, anstatt am Ende der Legislaturperiode mit einer wenig glaubwürdigen Hauruck-Aktion den Versuch zu machen, noch zu retten, was zu retten ist. So ist das nämlich.

Herr Gansäuer hat heute schon einmal Gorbatschow zitiert. Ich darf dies dann auch tun: Wer zu spät wach wird, Herr Gansäuer, den bestrafen die Wähler.

(Beifall bei der SPD. — Gansäuer [CDU]: Das war ein bißchen gequält, aber es ging noch!)

Nun legen Sie den Gesetzentwurf, den Sie selber nicht zu Ende gebracht haben, erneut vor. Jedenfalls tut dies die FDP, und die CDU tut dies durch ihren Änderungsantrag dem Sinne nach auch. Daß Sie nun am ersten Tag Ihrer Oppositionsarbeit schwungvoll das fordern, was Sie in der Regierungsverantwortung nicht zu Wege gebracht haben, gibt allenfalls zum Schmunzeln Anlaß.

(Zustimmung bei der SPD.)

Ihre Glaubwürdigkeit wird das nicht stärken. Im übrigen ist die Änderung bzw. die Ausweitung des Gutscheinsystems der falsche Weg. Nahezu ein Drittel aller Eltern müßte, folgte man Ihren Vorstellungen, zukünftig gegenüber der Schule ihre Einkommensverhältnisse offenlegen oder aber weiterhin etliche Hunderter alleine tragen.

(Aller [SPD]: Ein Skandal ist das!)

SPD und Grüne werden die Lernmittelfreiheit gemeinsam einführen, so wie es ursprünglich vorgesehen war, nämlich in mehreren Schritten. Daran wird überhaupt nichts geändert. Wir ziehen lediglich einen Schritt sogar noch vor. Am Ende dieser Legislaturperiode wird Niedersachsen die Lernmittelfreiheit für alle Schülerinnen und Schüler und damit ein Stück Chancengleichheit mehr haben.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Goldmann.

Goldmann (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schneider, ich kannte Sie bis jetzt nicht. Ich habe Sie eben kennengelernt.

(Schneider (Salzgitter) [SPD]: Da haben Sie bisher etwas verpaßt!)

— Ich habe auch den Eindruck, daß ich etwas verpaßt habe. Wissen Sie, Herr Kollege Schneider, wenn man nun schon ein Gesetz einbringt, dann sollte es nicht nur ein neues Gesetz sein, sondern es sollte auch ein richtiges Gesetz sein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Deswegen bin ich schon der Auffassung: Lieber richtig, wenn vielleicht auch ein bißchen zu spät. Da stimme ich völlig mit Ihnen überein. Ich bin der Auffassung, daß man gerade im bildungspolitischen Bereich mehr tun muß und sich auch finanziell stärker engagieren muß; aber man muß es richtig tun. Man muß es pädagogisch sinnvoll tun, man muß es erzieherisch sinnvoll tun, — — —

(Frau Hammelstein [SPD]: Er hat den ganz großen Durchblick!)

— Ich weiß nicht, warum Sie lachen. Sie scheinen länger im Schulleben gewesen zu sein als ich.

(Schultze [SPD]: Wie lange sind Sie denn schon dabei?)

— Ich war immerhin 15 Jahre im Schulwesen, im berufsbildenden Schulwesen, ein Bereich, der Ihnen scheinbar weitgehend verborgen ist. — Man muß es auch organisatorisch richtig tun, und man muß es sozial richtig tun.

(Zustimmung von der FDP und von Horrmann [CDU]. — Zuruf von der SPD.)

— Ich bin auch froh, daß ich jetzt hier bin.

(Schultze [SPD]: Das Parlament hat auf Sie gewartet!)

— Sie brauchen nicht auf mich zu warten. Ich bin von selbst gekommen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das soeben eingebrachte Vorschaltgesetz der Koalitionsfraktionen hat uns geradezu herausgefordert.

(Waike [SPD]: Nein! — Kempmann [Grüne]: Ach!)

— Doch, es hat uns herausgefordert, einen Gegengesetzentwurf zu machen und einzubringen. Wir wollen keine Gleichmacherei.

(Waike [SPD]: Das ist uns klar! Sie wollen das von der Brieftasche abhängig machen!)

— Richtig! Wir wollen soziale Gerechtigkeit in dieser Frage.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

— Vorhin habe ich eine neue Lebenserfahrung gemacht. Ich habe mich in meiner kommunalpolitischen Auseinandersetzung mit einigen trefflich gestritten.

(Waike [SPD]: Das stimmt!)

Aber ich habe im kommunalen Parlament noch nie ein solches Gekeife wie das vorhin erlebt.

(Kempmann [Grüne]: Na!)

Ich muß sagen, aus meiner Sicht haben sich da Sozialdemokraten besonders hervor getan.

(Widerspruch bei der SPD. — Zuruf von Waike [SPD].)

— Nein, Herr Kollege, wenn von Bananenquer-Fressen und von Schleimwegwischen beim Sich-Ereifern oder beim Geifern die Rede ist,

(Waike [SPD]: „Beim Geifern“ haben Sie gesagt?)

— das hatte der Kollege wahrscheinlich gemeint — , dann denke ich schon, daß wir uns bei einer Debatte über Bildung — das hat hier ja etwas mit Bildung zu tun — ein wenig mehr an Kultur erinnern sollten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Sie wissen, daß viele Familien heute nicht mehr in den Genuß der Gutscheine kommen. Deswegen muß die Einkommensgrenze heraufgesetzt werden. Sie wissen, daß sich das Gutscheinsystem insgesamt bewährt hat.

(Widerspruch bei der SPD. — Zuruf von der SPD: Ich denke, Sie kommen aus der Schule!)

— Ich habe drei Kinder, die zur Schule gehen. — Ich glaube auch, daß das Leihverfahren abzulehnen ist. Nach meiner Einschätzung sind dafür pädagogische Gründe maßgebend.

(Hormann [CDU]: Sehr richtig!)

Ich denke, daß Eigentumserwerb und Eigentumsvorsorge und -fürsorge ein wesentliches erzieherisches Moment sind. Ich glaube nach wie vor, daß es gut ist, wenn man einen Atlas, in dem man sich international orientieren kann, und einen Duden, mit dem man sich Kulturtechnik verschaffen kann, in Eigenbesitz hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Deswegen bin ich der Meinung, daß Ihre Konzeption in die falsche Richtung geht.

(Frau Hammelstein [SPD]: Den Duden sollen sie doch erhalten!)

Wir wollen eine erhebliche Erhöhung des jetzigen Gutscheinsystems.

Ich bitte Sie, die sonstigen Begründungen zu unserem Gesetzentwurf der Vorlage zu entnehmen, die Ihnen hoffentlich vorliegt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Klare.

Klare (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte für die CDU-Fraktion zu dem Vorschaltgesetz sprechen, das von Ihnen, von der SPD und von den Grünen, eingebracht wurde.

(Plaue [SPD]: Herr Kollege, bis jetzt ist alles in Ordnung!)

Herr Kollege Schneider, am Anfang möchte ich eine Klarstellung zu dem vortragen, was Sie mit so deutlichen und kraftvollen Worten gesagt haben. Es geht uns heute weniger darum, über das zu diskutieren, was wir einmal machen wollten, sondern es geht uns darum, Sie dazu zu zwingen, das einzuhalten, was Sie draußen im Wahlkampf vollmundig versprochen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, mit diesem Vorschaltgesetz wird heute, am ersten Regierungstag dieser neuen rot-grünen Landesregierung, deutlich, was sich schon seit langem wie ein roter Faden — wir haben es jedenfalls so verfolgen können — durch die Koalitionsvereinbarungen zieht.

(Kempmann [Grüne]: Die haben Sie doch bis heute nicht gelesen!)

Diese neue Landesregierung geht mit einer Kühle und mit einer Arroganz über die Aussagen hinweg, die von SPD und von Grünen im Wahlkampf versprochen worden sind, nach dem Motto: Was stört uns unser Geschwätz von gestern; Hauptsache, wir sind an der Regierung!

(Beifall bei der CDU. — Unruhe bei der SPD.)

Ich glaube, in jeder Rede des Ministerpräsidenten oder des heutigen Kultusministers, in jeder Rede der Landtagsabgeordneten draußen haben Sie laut verkündet: Wenn Sie uns wählen, bekommen Sie die Lernmittelfreiheit sofort!

(Beifall bei der SPD.)

In fast jeder Anzeige war dies ein zentraler Punkt, und nach jeder Anzeige und nach Ihren Erklärungen, daß die SPD, wenn sie in die Regierungs-

Klare

verantwortung kommt, die Lernmittelfreiheit sofort einführt, konnten die Bürger davon ausgehen, daß Sie das durchsetzen werden.

(Frau Goede [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! — Unruhe bei der SPD.)

— Beruhigen Sie sich, meine Damen und Herren; jetzt kommen wir auf den Kern der Sache zu sprechen! — Die Bürgerinnen und Bürger mußten durch die Art Ihrer Informationspolitik davon ausgehen, daß die Lernmittelfreiheit in vollem Umfang und sofort eingeführt wird. So haben Sie das dargestellt.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Das stimmt überhaupt nicht! — Kempmann [Grüne]: Was wollen Sie denn jetzt?)

— Ich bin gern bereit, Ihnen hier und heute die Vielzahl von Anzeigentexten vorzulegen. Ich bin auch gern bereit, Ihnen die Redeausschnitte zu präsentieren. Ich habe sie in meinem Büro liegen, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD.)

Sie haben das nie differenziert dargestellt; der Kollege Schneider hat es hier ehrlicher Weise gerade getan. Draußen haben Sie vollmundig immer etwas anderes versprochen.

(Beifall bei der CDU. — Schneider [Salzgitter] [SPD]: Sie müssen schon die Drucksache lesen!)

Meine Damen und Herren, heute müssen Sie schon ein Vorschaltgesetz einbringen, weil Sie vorher im Grunde genommen niemals die Absicht hatten, die Lernmittelfreiheit zu dem jetzt beginnenden Schuljahr einzuführen. Das wollen Sie doch nicht bestreiten, Herr Schneider.

(Schneider [Salzgitter] [SPD]: Das stand doch im Gesetz auch gar nicht drin!)

Hier im Hause kennen wir ja Ihren Gesetzentwurf vom 6. Februar — das gebe ich ja zu —, nach dem Sie erst im nächsten Schuljahr und dann schrittweise bis zur nächsten Landtagswahl — natürlich bis zur nächsten Landtagswahl — die Lernmittelfreiheit einführen wollten.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Das ist doch ein ehrlicher Entwurf gewesen!)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Das, was Sie draußen im Wahlkampf gesagt haben, und das, was Sie als Eindruck draußen vermittelt haben,

(Zurufe von der SPD: Wer denn?)

steht in einem eklatanten Widerspruch zu Ihren wirklichen Absichten. Mit anderen Worten — ich

sage das an Ihre Adresse mit allem Ernst —: Sie haben die Eltern über Ihre Absichten bewußt im unklaren gelassen. Das ist zutiefst unredlich.

(Beifall bei der CDU. — Zuruf von der SPD: Das ist doch überhaupt nicht wahr!)

Ich möchte Ihnen das auch an einem Beispiel aufzeigen. Eltern von Schülern, die jetzt in eine neunte oder in eine zehnte Abschlußklasse kommen und die Sie möglicherweise wegen Ihrer Aussage zur Lernmittelfreiheit gewählt haben, werden heute betrogen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Sie erwarten die Lernmittelfreiheit jetzt und nicht erst zum nächsten oder zum darauffolgenden Schuljahr oder wie immer Sie es formuliert haben. Da sind die ja schon lange aus der Schule heraus. Sie werden wirklich betrogen, meine Damen und Herren. Die Eltern unserer Grundschüler und die Eltern der Orientierungsstufenschüler werden auf 1994 vertröstet. Warum denn auf 1994, wenn ich einmal fragen darf? Warum die Lernmittelfreiheit, die Sie versprochen haben, nicht jetzt?

(Deike [SPD]: Weil ihr zuviel Geld ausgegeben habt!)

Sie hatten gar nicht die Absicht, wie ich vorhin schon gesagt habe. Erst aufgrund der Initiative von Jürgen Gansäuer,

(Lachen bei der SPD)

der Ihnen ja eine Sondersitzung angeboten hat, sind Sie dazu gezwungen worden, dieses Vorschaltgesetz einzubringen.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Jetzt wollen Sie das auch noch an Ihre Weste heften! Erst nichts tun, und sich das jetzt an die eigene Weste heften! — Kempmann [Grüne]: Sagen Sie, was Sie wollen! — Weitere Zurufe von der SPD und von den Grünen. — Glocke des Präsidenten.)

— Danke, Herr Präsident. Wenn die Leute so aufheulen, dann kann ich nur etwas Richtiges gesagt haben. Oder sehe ich das verkehrt?

Deswegen — Herr Kollege Schneider, Sie haben es ja eingebracht — möchte ich Ihnen zumindest zugestehen, daß Sie angesichts der vielen draußen gemachten Versprechungen nun vom schlechten Wissen geplagt worden sind und jetzt bereit sind, dieses kleine Minivorschaltgesetz einzubringen.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Was wollen Sie denn?)

Ein weiterer Punkt wird hier deutlich, meine Damen und Herren. Sie geben den Eltern mit dem Begriff „Lernmittelfreiheit“ — Sie haben ja immer vollmundig erklärt „volle Lernmittelfreiheit“; das ist ein schöner unterstrichener Begriff — die Gewißheit, daß die Lernmittel wirklich frei sind. Was aber ist Tatsache? — Sie schreiben in Ihren Gesetzentwurf hinein, daß für das erste Schuljahr ein Beschaffungspreis von 78 DM Richtschnur sein solle.

(Zuruf von der CDU: Das ist ja lächerlich!)

Ich habe mir die Schulbuchlisten und die Schulbedarfslisten heute morgen von drei Grundschulen aus verschiedenen Landesteilen hierherbringen lassen.

(Lachen bei der SPD.)

— Ja, das machen die noch. — Danach liegen bei diesen drei Grundschulen die Ausgaben für Lernmittel für die erste Klasse zwischen 142 und 150 DM.

(Waike [SPD]: Da können Sie einmal sehen, was Sie den Leuten bisher zugemutet haben!)

— Wir haben ihnen das auch nicht versprochen, lieber Herr Waike. Sie aber haben Lernmittelfreiheit suggeriert, und jetzt bleiben die Eltern auf der Hälfte der Kosten sitzen. Das ist zutiefst unredlich!

(Beifall bei der CDU. — Frau Dr. Dücker [Grüne]: Nein, Sie können nicht rechnen!)

Meine Damen und Herren, ich muß es viel deutlicher sagen: Es ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Mogelpackung.

(Aller [SPD]: Ihr habt ja noch nicht einmal die Marktwirtschaft begriffen!)

Frau Alm-Merk wird mir sicherlich zustimmen: Juristen würden in diesem Fall von betrügerischer Absicht sprechen.

Wir von der CDU haben den Bürgern gesagt: „Wir zahlen einen Zuschuß zu den Lernmitteln.“ Sie wollten aber die Lernmittelfreiheit. Interessant ist, daß Sie heute im Gegensatz zu Ihren Ankündigungen vom Februar von völlig neuen Berechnungen ausgehen. Es scheint sich doch ein Wandel dahingehend einzustellen: Wem der Mensch ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand. — Sie gehen heute von 78 DM aus. Sie müßten aber 150 DM einsetzen. Erst dann würden Sie den Eltern und Schülern wirklich gerecht.

(Patzschke [SPD]: Das ist nicht wahr!)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle unseren Änderungsantrag zurückziehen. Wir werden uns auf den Antrag der FDP beziehen. Wir wollten Sie aber zwingen — das will ich doch sagen —, daß Sie nicht so weit hinter dem hinterherhinken, was wir eingebracht haben. Und, meine Damen und Herren, wir wollten vor allen Dingen nicht, daß nach Ihren vollmundigen Ankündigungen gerade die Eltern aus den unteren Einkommenschichten noch drei oder vier Jahre warten müssen, bloß weil sie nicht in Ihre Systematik hineinpassen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, aber auch vom Grundsatz her wollen wir die von Ihnen gewollte Form der Lernmittelfreiheit nicht. Die Lernmittelfreiheit in dieser Form ist überholt.

(Frau Dr. Dücker [Grüne]: Was wollen Sie denn?)

Die Motivation, die durch ein neues Schulbuch bei Schülern erzeugt wird, ist dahin, wenn die Schüler eine abgegriffene — ich sage das mal — Schwarte in die Hand bekommen, die vier oder fünf Jahre lang durch verschiedene Schultaschen gewandert ist.

(Zuruf von der SPD: Blödsinn!)

Die Arbeit mit dem Schulbuch, zum Beispiel das Unterstreichen oder das Hineinschreiben von Randbemerkungen, kann nicht mehr stattfinden.

Meine Damen und Herren, Ihr System ist auch unsozial,

(Frau Dr. Dücker [Grüne]: Sagen Sie doch mal, was Sie wollen, Herr Klare!)

weil Sie mit der Gießkanne über das Land ziehen. Anstatt denen zu helfen, denen wirklich geholfen werden muß, machen Sie das, was Sie uns in der Vergangenheit immer vorgeworfen haben, nämlich die Reichen immer reicher.

(Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD.)

Nicht nur wir, sondern auch die anderen Bundesländer — schauen Sie mal dorthin, wo Sie noch regieren —, haben die Defizite Ihres Systems erkannt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß noch eine Bemerkung zu unserem neuen Kultusminister machen.

(Frau Dr. Dücker [Grüne]: Zum Schluß sollten Sie sagen, was Sie wollen! Ich warte darauf schon lange! — Schneider [Salz-

Klare

gitter] [SPD]: Er braucht nichts zu wollen, er schließt sich doch der FDP an!

Nach den großen Erklärungen vor der Wahl zur Lernmittelfreiheit, aber auch zu anderen Schwerpunkten, und nach diesem winzigen Überbleibsel, das Sie „Vorschaltgesetz“ nennen, möchte ich kurz noch Sie persönlich ansprechen, Herr Wernstedt. Der Superminister, hieß es, zuständig für Schule, für Hochschule, für Kindergärten, für Jugend, für Sport und was weiß ich, was man noch alles dem Herrn Wernstedt mitgeben wollte.

(Frau Dr. Dücker [Grüne]: Wofür sind Sie denn zuständig, Herr Klare? — Zuruf von der SPD: Zur Sache, Schätzchen! — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Wollen Sie das nicht hören? Ich sage es trotzdem! — Dann sollte er auch noch zwei Staatssekretäre erhalten. Die waren auch schon benannt. Einer hat sogar schon einen für mich ausgegeben. Was ist von ihm übriggeblieben, meine Damen und Herren? Sie haben ihn in Ihren Koalitionsgesprächen, möchte ich fast sagen, wie einen alten Adler gerupft!

(Beifall bei der CDU.)

Herr Wernstedt, das haben Sie in dieser Form nicht verdient. Das sage ich hier für die CDU-Fraktion.

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP]. — Lachen bei der SPD und bei den Grünen.)

Sie persönlich und Ihr Arbeitsgebiet sind blamabel demontiert worden. Hinzu kommt die mehr als fragwürdige Personalentscheidung, mit der man Ihnen auch noch eine grüne Staatssekretärin an die Seite gestellt hat.

(Kempmann [Grüne]: Werden Sie mal nicht unverschämt!)

Ich habe mich gefragt, Herr Wernstedt: Wie muß Ihnen zumute gewesen sein, als Sie davon hörten?

(Puls [Grüne]: Sprechen Sie zur Sache!)

Präsident Milde:

Herr Abgeordneter Klare, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Klare (CDU):

Ich komme mit einem Satz zum Schluß, Herr Präsident. — Ich weiß, daß die Entscheidung zustande gekommen ist, ohne den zuständigen künftigen Minister in die Überlegungen einzubeziehen. Was Sie hier gemacht haben, meine Damen und

Herren von den Verhandlungskommissionen, ist nicht nur ein beleidigender Akt gegenüber Herrn Wernstedt — das sehen übrigens viele Genossen auch so —, sondern das ist ein schlimmes Zeichen dafür, welche Bedeutung Sie der Bildungspolitik in Wahrheit zumessen. Sie, Herr Wernstedt, darauf können Sie sich verlassen, werden wir in Ihrer Arbeit konstruktiv unterstützen, aber natürlich auch kritisch begleiten.

(Lachen bei der SPD.)

Wir hoffen, Herr Wernstedt, daß Sie in Zukunft für dieses schwere Amt eine glückliche Hand haben werden.

(Beifall bei der CDU. — Frau Dr. Dücker [Grüne]: Sie müssen in der Opposition noch üben!)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Puls.

Puls (Grüne):

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Das Land Niedersachsen hat mit dem heutigen Tag eine neue Regierung.

(Gansäuer [CDU]: Das ist uns auch schon aufgefallen! Sie werden es nicht für möglich halten!)

Die neue rot-grüne Koalition hat sich zum Ziel gesetzt,

(Zuruf von der CDU: Zählgemeinschaft!)

für mehr Gerechtigkeit im Lande zu sorgen. Einen ersten Schritt auf diesem Wege tut sie mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, so wie es beide Parteien vorher in ihren Programmen angekündigt haben.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Für Herrn Klare scheint der Wahlkampf noch nicht zu Ende zu sein.

(Zurufe von der CDU.)

Er betreibt ihn hier weiter. Ich möchte die Politik, wie Sie Herr Klare hier vorgeführt hat, nicht fortsetzen.

(Frau Dr. Dücker [Grüne]: Damit haben sie auch verloren!)

Ich möchte nur sagen, daß mir dazu die Bildungspolitik viel zu schade ist.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Leider ist es auch heute noch so, daß insbesondere in Regionen mit

hoher Arbeitslosigkeit die Eltern die Wahl der Schullaufbahn ihrer Kinder daran orientieren, wie hoch die Kosten für Lernmittel in der jeweiligen Schullaufbahn sind. Es ist nun einmal so, daß der Aufwand für Lernmittel in der Hauptschule wesentlich geringer ist als beispielsweise in der Realschule oder im Gymnasium. Um diese Ungerechtigkeit auszugleichen, treten wir Grünen mit der SPD für die Lernmittelfreiheit ein.

Nach dem bisherigen System müssen sogenannte bedürftige Familien erst einmal dem Lehrer oder der Lehrerin des Kindes ihre Einkommensverhältnisse offenlegen.

(Eveslage [CDU]: Stimmt ja gar nicht!)

Können Sie sich vorstellen, wie diskriminierend das sein kann? Können Sie sich vorstellen, wie diskriminierend es für ein Kind sein kann, auf die Frage der Lehrerin, wer denn einen Gutschein brauche, den Finger heben zu müssen?

(Fischer [CDU]: So ist es doch gar nicht!)

Können Sie sich vorstellen, wie diskriminierend es ist, die Schulbücher in der Buchhandlung per Gutschein kaufen zu müssen?

(Fischer [CDU]: Es ist doch völlig falsch, was Sie sagen! — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren! Mit dem Gutscheinsystem, das von CDU und FDP favorisiert wird, sind weitere erhebliche Nachteile verbunden, die ich aufgrund der Kürze der Zeit nicht alle aufzählen kann.

(Fischer [CDU]: Warum soll ich eigentlich für meine Kinder Lernmittelfreiheit bekommen?)

Es ist ein gewaltiger Verwaltungsaufwand notwendig. Das Gutscheinsystem leistet der Praxis Vorschub, daß das jeweilige Schulbuch nur ein einziges Mal genutzt wird. Die tatsächlichen Kosten für Lernmittel wurden über das Gutscheinsystem keineswegs aufgefangen. Bei Kosten zwischen 280 DM in der Grundschule bzw. Orientierungsstufe und etwa 450 DM in der 7. Klasse eines Gymnasiums ist der Gutschein über 50 DM nur ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen.

Das hatten CDU und FDP — nicht zuletzt unter dem Druck der Wähler — schon im März dieses Jahres erkannt. Sie haben versucht, ihre Vorstellungen durch kosmetische Veränderungen zu retten. Dieser Versuch wird durch die heute vorliegenden Änderungsanträge von CDU und FDP wiederholt. Ich weiß gar nicht, was ein solcher

Antrag, wie ihn die CDU eingebracht hat, überhaupt dazu beitragen soll.

(Fischer [CDU]: Weil es an die Einkommensgrenzen geht! — Hirche [FDP]: Sozial gerecht statt Gleichmacherei! Das ist die Devise!)

Nun zu den Vorzügen, die das von uns geplante Vorgehen demgegenüber bietet. Eine Diskriminierung der finanzschwächeren Bevölkerungsteile wird durch unser Konzept verhindert.

(Fischer [CDU]: Das ist genau falsch!)

Die Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler im Land wird verbessert.

(Eveslage [CDU]: Auch für die Millionärskinder!)

Da die Schulbücher durchschnittlich jeweils dreimal genutzt werden können, werden wertvolle Ressourcen eingespart.

(Eveslage [CDU]: Die dreckigen Bücher will auch keiner mehr haben!)

Die Einführung der Lernmittelfreiheit in einem Stufenkonzept ist finanzpolitisch sinnvoll und orientiert sich an den finanziellen Ressourcen unseres Landes.

(Glocke des Präsidenten.)

Durch unser Vorgehen wird die Autonomie der Schulen gewahrt. Die Einführung des Vorschaltgesetzes macht einen Probelauf möglich. Kritik und Anregungen von seiten der Schulen können so aufgenommen werden.

Ein letztes Wort. Niemand kann etwas dagegen haben, daß diejenigen, die die Lernmittelfreiheit eigentlich nicht in Anspruch zu nehmen brauchen, einen entsprechenden Betrag in einen Schulfonds einzahlen.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP. — Hildebrandt [FDP]: Das ist abenteuerlich!)

Aus diesem Fonds könnten beispielsweise Schulfahrten, Schulfeste, Projekte zur ökologischen Umgestaltung und ähnliches unterstützt werden. Ich meine, daß diejenigen Mitglieder dieses Parlaments, die in der letzten Plenarsitzung am 8. März dieses Jahres und auch heute so heftige Bedenken in dieser Richtung geäußert haben, insoweit mit einem guten Beispiel vorangehen und landesweit einen positiven Akzent setzen können. — Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Wallraff.

Wallraff

Wallraff (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Goldmann, ich finde es sehr schön, daß Sie sich durch den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen herausfordern lassen. Es ist auch höchste Zeit. Denn Ihre Partei hat sich in den letzten vier Jahren von bildungspolitischen Fragen überhaupt nicht mehr herausfordern lassen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Sie war bildungspolitisch nicht mehr wahrnehmbar. Sie hätten das in den letzten vier Jahren merken müssen, wenn Sie selbst in der Partei gearbeitet hätten. Auf Ihren Redebeitrag komme ich noch zurück.

Ich will beiden Herren, Herrn Klare und Ihnen, zu Beginn meiner Ausführungen etwas vorlesen, was vom Februar aus dem Kultusministerium von Rheinland-Pfalz stammt.

(Schneider [Salzgitter] [SPD]: Wer regiert denn da?)

Es reicht im Prinzip ein Satz aus, der die Haltung der dort regierenden CDU/FDP-Mehrheit kennzeichnet. Der Satz lautet: Entscheidende Veränderung wird die Einführung eines Ausleihsystems für Schulbücher in der Grundschule und den Schulen der Sekundarstufe I innerhalb von drei Jahren sein. Die Rheinland-Pfälzer machen es also. Es ist sehr interessant, daß es fast mit dem identisch ist, was wir vorschlagen. Sie übereignen die Schulbücher oder ein Schulbuch im ersten Schuljahr und entleihen alle anderen, und sie führen das in einem Stufenplan über drei Jahre ein. Sie machen zwar insgesamt etwas weniger, als wir wollen, aber das System entspricht unserem. Was Sie hier eben an Schimpfen losgelassen haben, richtet sich logischerweise auch gegen Ihre eigenen Freundinnen und Freunde in Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Herr Klare hat sich durch seine Rede eigentlich am meisten selbst demontiert. Deswegen will ich mich nicht über die Maßen mit ihm befassen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Alles das, was er wahlkämpferisch vorgetragen hat, war falsch und kündete von Unfähigkeit des Lesens.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Er hat in seinem Wahlkreis einiges von Eltern einstecken müssen. Das werden wir ihm auch wohl noch sagen müssen.

(Fischer [CDU]: Aber so einfach ist Politik nun auch wieder nicht!)

Ich will sehr sorgfältig auf den Vorwurf eingehen, wir hätten etwas versprochen, was zeitlich nicht zu halten war, und dabei die Rolle von CDU und FDP in der abgelaufenen Legislaturperiode beschreiben. Die CDU/FDP hat in der Kultusausschußsitzung am 16. Mai — drei Tage nach der Wahl — erst einmal flugs den eigenen Antrag mit der hübschen und ganz glaubwürdigen Erklärung zurückgezogen, man wolle den Lauf der Dinge nicht aufhalten. Das war ganz gut abnehmbar. War das ein Akt der Einsicht? Wir haben gesagt: Na gut, glauben wir das. Möglicherweise war es etwas weniger ein Akt der Einsicht als vielmehr der Versuch, der geschlagenen Mannschaft und damit natürlich auch dem Ex-Ministerpräsidenten den Weg in die Plenarsitzung am 30. Mai zu ersparen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Herr Jahn hatte sich aus dem Fraktionsvorstand der CDU auf die Ebene des Kultusausschusses herunterbegeben und dort am 15. März erklärt, daß am 30. Mai, also in der abgelaufenen Legislaturperiode, die Gesetzentwürfe, beide, der eigene, also der der CDU/FDP, und unserer, abschließend beraten und verabschiedet werden sollten, damit — man höre — die Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 1990/91 schon in den Genuß verbesserter Regelungen kommen sollten.

(Jahn [CDU]: So ist es! Das können wir auch heute noch erreichen!)

Sie haben dann allerdings nicht nur den eigenen Entwurf zurückgezogen, sondern Sie haben auch verhindert, daß sich der Ausschuß mit dem Entwurf der SPD befassen konnte. Damit haben Sie verhindert, daß das Plenum am 30. Mai einen Beschluß hätte fassen können, der uns in den Stand gesetzt hätte, vier Wochen vorher, also rechtzeitig, eine deutliche Verbesserung für die Schülerinnen und Schüler durchzusetzen, und mit dem Sie uns dieses sehr schnellen Verfahrens enthoben hätten.

Ich will mich auch mit dem Vorwurf des Unsozialen auseinandersetzen. Den haben ja beide Redner, Herr Goldmann und Herr Klare, erhoben. Zunächst einmal finde ich es merkwürdig, Herr Goldmann, wenn ausgerechnet die FDP diesen Vorwurf des Unsozialen erhebt, die doch so stolz

darauf ist, daß die Anhebung der Kinderfreibeträge durchgesetzt worden ist, wodurch ja den Höherverdienenden auch bessere Möglichkeiten eröffnet wurden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Aber das war eher beiläufig.

Ich will zum Argument dieser sozialen Ungerechtigkeit kommen und zu unserer Begründung, warum die Lernmittelfreiheit eingeführt werden muß. Wenn der Staat Schulpflicht festsetzt — das hat der Staat getan —, dann geht er damit auch die Verpflichtung ein, Erziehung und Unterricht zu ermöglichen, und zwar nicht nur dadurch, daß er die Gemäuer bereitstellt, nicht nur dadurch, daß er die Lehrkräfte bereitstellt — er bezuschußt und bezahlt ja sogar den Transport der Schülerinnen und Schüler, wenn sie weit weg vom Schulort wohnen —, sondern auch dadurch, daß den Schülern die Lernmittel und die Lehrmittel unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden sollen. Sie müssen sich das einmal vorstellen: Da arbeiten Schüler im Physikunterricht mit Experimentalkästen, die ihnen die Schule zur Verfügung stellt. Aber das naturwissenschaftliche Gesetz, das dazu gehört, die technische Umsetzung, die Beobachtungsaufgaben, das alles lesen sie in einem Buch nach, das ihnen ihre Eltern finanzieren müssen. Wie paradox und welch ein merkwürdiger Widerspruch!

Meine Damen und Herren! Die anderen Argumente gegen das Gutscheinsystem sind eher nachrangig. Das Offenlegen der Vermögensverhältnisse mit dem Nachteil, daß man Schülerinnen und Schüler sozusagen in zwei Sorten aufteilen kann, die Gefahr, daß viele diesen Weg scheuen — aus Scham, wie wir aus anderen Bereichen der Gesellschaft wissen —, der Verwaltungsaufwand, der damit verbunden ist, und natürlich — das wissen wir auch — die Möglichkeit mancher in der Gesellschaft, ihr Einkommen sehr trickreich runterzurechnen, all diese Nachteile werden nicht mehr existieren, wenn wir das Lernmittelgesetz eingeführt haben. Wir werden es in Stufen einführen. Innerhalb dieser Legislaturperiode wird dann das Wirklichkeit werden, was 14 Jahre lang nicht Wirklichkeit werden durfte.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Wernstedt, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Abschluß der Debatte

nur einige kurze Bemerkungen machen. Daß Herr Klare sowohl in unseren Landtagsberatungen als auch in den öffentlichen Debatten nicht mitbekommen hat, daß wir die stufenweise Einführung der Lernmittelfreiheit gefordert haben und daß wir dies auch für die Legislaturperiode 1990 bis 1994 gefordert haben, halte ich nun wirklich für ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich möchte einen einzigen unserer Abgeordneten oder Parteimitglied oder Kandidaten wissen, der etwas anderes gesagt haben sollte als diese Beschluslage. Wir selber haben Tausende von entsprechenden Broschüren verteilt, in denen — — —

(Zuruf von der CDU: Anzeigen, Herr Wernstedt!)

— Nein, die Anzeigen haben auch nichts anderes ausgesagt!

Es führt nichts daran vorbei: Wir haben Lernmittelfreiheit zugesagt, und wir haben heute damit begonnen, sozusagen in einem ersten Vorschritt, sogar noch mehr zu tun als das, was wir versprochen haben. Das ist der Fakt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Zweiter Punkt. Der Gesetzentwurf begründet auch den festen Willen, daß die Lernmittelfreiheit in dieser Legislaturperiode vollständig eingeführt wird. Wir wollten wirklich — und das ist der fundamentale, auch systematische Unterschied zwischen dem, was SPD und Grüne auf der einen Seite und CDU und FDP auf der anderen Seite jeweils unterscheidet — die Lernmittelfreiheit für alle, weil nämlich sonst genausogut die Rückfrage erlaubt ist — ich glaube, Herr Fischer hat vorhin gefragt, warum denn seine Kinder Lernmittelfreiheit haben sollten —: Warum gehen denn Ihre Kinder kostenfrei zur Schule? Dann könnten wir ja auch wieder Schulgeld einführen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.
— Zuruf von Fischer [CDU].)

Das Prinzip der Unentgeltlichkeit der Schule ist für uns ein sehr wichtiges bildungspolitisches Prinzip; in historischer und systematischer Hinsicht.

Meine Damen und Herren, ich habe mich doch sehr gewundert: Ausgerechnet Herr Klare spricht davon, daß er uns den Vorwurf machen müsse, wir hätten falsche Eindrücke erweckt. Ich habe hier einen Artikel aus der „Kreiszeitung für die Landkreise Diepholz und Verden“ vom 18. Mai 1990. Das war genau zwei Tage nach der Kultus-

Wernstedt

ausschußsitzung, von der der Kollege Wallraff gesprochen hat und in der die Fraktionen von CDU und FDP ihren eigenen Antrag zurückgezogen und uns daran gehindert haben, unseren Gesetzentwurf ordentlich zu beraten; auch mit der Fragestellung, wie man so etwas umsetzt. Das ist passiert. — Was sagte der Kreiselternrat? — Der Kreiselternratsvorsitzende — Zitat —:

„Jetzt — drei Tage nach der Wahl — platzt für uns Eltern die Bombe: Die CDU/FDP-Regierung im Land Niedersachsen läßt am 16. 5. 1990 über Radio ffn mitteilen,“

(Gansäuer [CDU]: Da müssen Sie sich irren! ffn kann nicht sein!)

„sie hat den bereits im Landtag eingebrachten Gesetzentwurf betr. Lernmittelbeihilfe zurückgezogen. Damit ist der Betrug an der Elternschaft komplett. Der Kreiselternrat ist fassungslos und fragt sich, ob es in der CDU/FDP-Regierung niemanden gibt, dem es klar ist, daß Eltern nicht nur SPD und Grüne wählen, sondern es auch viele CDU- und FDP-Wähler gibt. Müssen wieder einmal die Eltern die Zeche der verfehlten Bildungspolitik der CDU/FDP-Regierung bezahlen? Wir werden der CDU und FDP diesen Betrug nie verzeihen und erst recht nicht vergessen.“

Meine Damen und Herren, wer im Glashaus sitzt, sollte sich genau überlegen, was er sagt. Jetzt sagt Herr Klare auch noch, ich solle weiterlesen.

(Klare [CDU]: Meine Antwort darauf!)

In der Zeitung steht auch noch, wir würden keine Lehrer einstellen. — Meine Damen und Herren, wir haben in der Wahlaussage versprochen, daß wir — die Sozialdemokraten — mindestens 1 000 Lehrer einstellen, und die Grünen haben gesagt: mindestens 1 500. Nicht zusätzlich! — Was haben wir heute getan? Die erste Handlung dieser neuen Niedersächsischen Landesregierung be-

stand in der Entscheidung, daß wir noch zum 20. August über das, was wir in der Wahlaussage gesagt haben, hinaus 600 Lehrkräfte einstellen. Wenn das nichts ist!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Zuruf von Klare [CDU].)

— Herr Klare, ich finde es ja ganz schön, daß Sie sich Gedanken über meinen Seelenzustand machen. Aber ich bin lange genug in der Politik, um zu wissen, daß man in der Politik kämpfen muß. Ich habe für meine Interessen im Bildungsbereich gekämpft, und ich finde, ich bin dabei unheimlich gut weggekommen. Dafür danke ich beiden Koalitionsparteien.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Lachen bei der CDU.)

Präsident Milde:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, die beiden Gesetzentwürfe zur federführenden Beratung und¹Berichterstattung an den Kultusausschuß sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Rechts und Verfassungsfragen und an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen zu überweisen.

Wer der Ausschußüberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das erste war die Mehrheit.

Wir kommen zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnittes. Der nächste, der zweite Tagungsabschnitt ist für den 27. und 28. Juni vorgesehen. Ich bitte, den Präsidenten zu ermächtigen, im Einvernehmen mit dem Ältestenrat Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnittes festzulegen.

Ich wünsche Ihnen allen eine gute Heimfahrt und schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung: 18.39 Uhr.